AdB
Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V.

Politische Bildung für alle

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten

Jahresbericht
2015

Herausgeber:

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB)
Mühlendamm 3, 10178 Berlin

Tel.: 030-400 401 00
Fax: 030-400 401 22

E-Mail: info@adb.de
Internet: www.adb.de

Redaktion: Ina Bielenberg, Dr. Friedrun Erben
Layout: LayoutManufaktur, Berlin

Fotos: AdB, Titelseite u. li.: Bildungswerk der Humanistischen Union e. V.,
S. 17: flügelwesen/photocase.de
Druck: Point of Print, Berlin
Berlin, April 2016

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB)
wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend gefördert.

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Politische Bildung für alle

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten

Jahresbericht 2015

AdB
Arbeitskreis deutscher
Bildungsstätten e.V.

Inhalt

Vorwort 5

1. Position beziehen – demokratische Prozesse anstoßen **Ziele und Schwerpunkte** 7

2. Politische Bildung für alle **Aktivitäten, Erfahrungen und Ergebnisse** 11

Programm Politische Jugendbildung 11

Zum Wählen zu jung? Die Altersfrage – Wahlrecht und Generationengerechtigkeit 15

Jugendbildungseinrichtungen in Thüringen – Entwicklung einer fachlichen Definition und Stärkung der außerschulischen Lernorte 16

„Globale Migration – Zuwanderung, Flucht und Asyl im Fokus politischer Bildung" – AdB-Jahresthema 2015 17

Die qualitative Vertiefung wagen! Weiterentwicklung der europäischen und internationalen politischen Bildungsarbeit im AdB 19

Democracy and Human Rights Education in Europe – Netzwerk DARE 22

Qualifizieren und Qualität sichern – Fortbildungen und Fachtagungen im AdB 23

Foren des fachlichen Austauschs, Netzwerke für Kooperationen und Gremien für Fortbildung – Die Fachkommissionen im AdB 30

Themen besetzen, politische Bildung kommunizieren – Öffentlichkeitsarbeit im AdB 36

Netzwerken – Kooperationen und partnerschaftliche Zusammenarbeit 40

3. Querschnittsthemen 43

Gender Mainstreaming 43

Interkulturelle Kompetenz und Interkulturelle Öffnung 44

4. Verbandsentwicklungen 45

Vorstand 45

Mitgliederentwicklung 47

5. Gesellschaftliche Herausforderungen annehmen – Politische Bildung stärkt Demokratie **Schlussfolgerungen und Perspektiven** 51

Positionen 55

AdB-Stellungnahme zur Weiterentwicklung der europäischen und internationalen politischen Bildungsarbeit im AdB 55

„Wie wollen wir zusammen leben? Armut und Reichtum in der Demokratie" 58

Der AdB im Überblick 59

Veranstaltungen des AdB 59

Mitglieder des Vorstands 61

Mitglieder des Redaktionsbeirats der „Außerschulischen Bildung" 62

Mitglieder der Fachkommissionen 62

Jugendbildungsreferentinnen und -referenten und pädagogische Mitarbeiter/-innen im Programm „Politische Jugendbildung" im AdB im Rahmen des KJP 64

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle 65

Mitgliedschaften und Gremienarbeit 66

Mitgliedseinrichtungen des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e.V. 67

Liebe Leserinnen und Leser,

wie wichtig politische Bildung in einer und für eine demokratische Gesellschaft ist, die auf den allgemeinen Menschenrechten basiert, ist im Jahr 2015 auf vielfältige Weise zum Ausdruck gekommen. Mit dem Jahresthema des AdB 2015 „Globale Migration – Zuwanderung, Flucht und Asyl im Fokus politischer Bildung" hat der Verband eine gesellschaftspolitische Herausforderung in den Mittelpunkt gestellt, von der zwar viele in Bezug auf die Dimension, Aktualität und Brisanz überrascht waren, die sich aber schon seit langer Zeit abzeichnete.

Wie deutlich diese Herausforderung in den Mitgliedseinrichtungen zum Thema gemacht wurde, spiegeln die vielfältigen Aktivitäten wider. Im Veranstaltungskalender auf der AdB-Homepage haben sich noch nie so viele Einträge mit Veranstaltungen zu einem Jahresthema befunden wie in 2015. In unzähligen Seminaren, Veranstaltungen, Diskussionen ging es um Angebote zur Information und Aufklärung über Gründe von Flucht und Asylsuche, um die Vermittlung von Kompetenzen zur Gestaltung einer vielfältigen Gesellschaft, um die Stärkung des ehrenamtlichen Engagements oder um die Auseinandersetzung mit fremdenfeindlichen oder rassistischen Überzeugungen. Eine ganze Reihe von Bildungsstätten hat zudem Geflüchtete aufgenommen (z. B. Haus Neuland, Jugendbildungsstätte Welper, Bildungsstätte Alte Schule Anspach, LidiceHaus in Bremen) oder bereiten sich darauf vor; andere Einrichtungen stellen Ausbildungsplätze für junge Geflüchtete zur Verfügung und haben Praktikumsplätze geschaffen. Etliche sind in Netzwerken vor Ort aktiv und unterstützen ehrenamtliches Engagement. Konkrete Aktionen und Bildung miteinander zu verknüpfen finden gerade hier in beeindruckender Weise statt.

Unsere Gesellschaft, das heißt vor allem auch die europäische Gemeinschaft und die Weltgemeinschaft, braucht mehr politische Bildung: Wir alle – die sogenannte Aufnahmegesellschaft ebenso wie Geflüchtete und die hier Ankommenden – stehen in Bezug auf eine demokratische und menschenrechtsorientierte politische Kultur vor großen Herausforderungen.

Die Bildungsstätten und Bildungswerke zeigen, dass sie ihren Beitrag zur Integration der Zugewanderten in die demokratische Gesellschaft leisten und sie setzen sich zugleich mit den Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, zunehmenden antidemokratischen Tendenzen und gesellschaftlichen Exklusionsprozessen, aber auch mit den globalen Ursachen von Zuwanderung, Flucht und Asyl auseinander. Politische Bildung bildet geradezu die Voraussetzung für demokratische und soziale Integration und Teilhabe.

Ein wichtiges Standbein der Arbeit des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten ist das Programm „Politische Jugendbildung im AdB". Hierüber haben wir die Möglichkeit, für einen Zeitraum von jeweils sechs Jahren 16 Jugendbildungsreferenten und -referentinnen direkt in den Mitgliedseinrichtungen zu fördern. Gemeinsam – im Zusammenspiel zwischen Jugendbildungsreferenten, -referentinnen, Bundestutor, dem Vorstand und den jeweiligen Mitgliedseinrichtungen – ist es dabei Aufgabe, die politische Bildung im Rahmen dieses Bundesprogramms weiterzuentwickeln. In welcher Qualität diese fachliche Weiterentwicklung im Bundesinteresse in den letzten 5 Jahren gelungen ist, belegen eindrucksvoll die zahlreichen Kooperationsprojekte der beteiligten Einrichtungen, die innovativen Seminare und Projekte, die vielen Fortbildungsangebote und Multiplikatorenschulungen, die Entwicklung von Modellprojekten, die Herausgabe von Arbeitshilfen und Diskussionspapieren. Die aktuelle Laufzeit des Programms endet 2016 und so war es eine zentrale Aufgabe des Vorstands, das Konzept zu überprüfen und die Neuausschreibung unter unmittelbarer Beteiligung der Mitgliedseinrichtungen vorzubereiten. Der Konzeptentwurf des Vorstands wurde auf einer Tagung im Herbst von allen Interessierten diskutiert, Anregungen und Ergänzungen aufgenommen und letztendlich von der Mitgliederversammlung beschlossen. Dieses Verfahren erlaubt es, das Konzept am Bedarf der Mitgliedseinrichtungen auszurichten und auch neuen Einrichtungen, die bisher nicht Teil des Programms waren, die Beteiligung an der Ausschreibung zu ermöglichen.

Neu ausgeschrieben wurden in diesem Jahr auch die Fachkommissionen des AdB. Sie sind zentraler Teil unserer verbandlichen Zusammenarbeit und Kommunikation: Sie sind Austauschgremium für die Mitglieder, bieten Raum für die kollegiale Beratung und gegenseitige Information, qualifizieren die Mitglieder und sind zugleich auch Beratungsgremium für den Vorstand und Impulsge-

ber für den Verband. Ein gelungenes Beispiel dafür ist das Positionspapier „Die qualitative Vertiefung wagen!“, in dem es um die Weiterentwicklung der europäischen und internationalen politischen Bildungsarbeit im AdB geht. Die Kommission für europäische und internationale Bildung hat dieses Papier, das in der Fachwelt auf viel Interesse stößt, möglich gemacht.

Über die hohe Bereitschaft vieler Kolleginnen und Kollegen, ab 2016 erneut in den Kommissionen mitzuarbeiten, haben wir uns sehr gefreut, denn die Kommissionsarbeit ist im Sinne der Bundeszentralität und der Qualitätsentwicklung eines der Herzstücke der Verbandsarbeit. Nach vielen Jahren gibt es aktuell auch eine neue Kommission. Nach intensiven fachlichen, inhaltlichen und strukturellen Überlegungen hat dabei die Kommission Mädchen- und Frauenbildung dem Vorstand den Vorschlag gemacht, eine Kommission „Geschlechterreflektierte Bildung“ in der Nachfolge dieser Kommission ins Leben zu rufen, um das Themenspektrum und die Möglichkeit zur Mitarbeit zu erweitern.

Schon seit längerer Zeit steht der Prozess der Interkulturellen Öffnung des AdB auf der Agenda des Verbandes. Auf der Basis eines Handlungskonzepts versucht der Vorstand hier Impulse für die Weiterentwicklung der Verbandsarbeit und Unterstützungsangebote für Mitgliedseinrichtungen zu geben. Dabei haben wir immer betont, dass es sich um mehr handelt als um ein formales Organisationsentwicklungskonzept. Für den Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten ist die Interkulturelle Öffnung ein Beitrag zu mehr Teilhabegerechtigkeit. Im Jahr 2015 wurde im Rahmen dieses längerfristig angelegten Prozesses eine Broschüre veröffentlicht, die Bildungsstätten beim Prozess der Interkulturellen Öffnung unterstützen will. Für Einrichtungen bedeutet das, alle Bereiche einer Einrichtung mit einzubeziehen: Pädagogik, Verwaltung, Hauswirtschaft, Haustechnik, Öffentlichkeitsarbeit. An der Erarbeitung dieser Broschüre waren dementsprechend auch Kolleginnen und Kollegen aus diesen Arbeitsfeldern beteiligt.

Der auf der Mitgliederversammlung 2015 neu gewählte Vorstand wird sich in der neuen Legislaturperiode verstärkt mit dem Aspekt „Öffnung der politischen Bildung“ auseinandersetzen. Dies umfasst die Frage nach Zielgruppen und Kooperationspartnern ebenso wie Fragen nach den aktuellen Herausforderungen für die politische Bildung in der Migrationsgesellschaft, nach einer intensivierten Lobbyarbeit, nach einer deutlicheren Positionierung im öffentlichen Raum oder etwa nach der politikkritischen Funktion der politischen Bildung.

Alle diese Aktivitäten – Projekte, Broschüren, Positionspapiere und vieles mehr – werden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der AdB-Geschäftsstelle unterstützt, koordiniert, begleitet. Zwei langjährige Mitarbeitende haben wir in diesem Jahr verabschiedet. Elke Buntrock, über Jahrzehnte dem AdB verbunden, ist zur Jahresmitte in den wohlverdienten Ruhestand gegangen. Boris Brokmeier, Bundestutor und stellvertretender Geschäftsführer, hat zum Jahresende die Leitung der Heimvolkshochschule Mariaspring übernommen. Wir haben ihn auf der Mitgliederversammlung herzlich verabschiedet und freuen uns, dass er dem AdB als Mitglied erhalten bleibt!

Bevor Sie nun mit der Lektüre des AdB-Jahresberichts beginnen, möchte ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen im Vorstand und in der Geschäftsstelle für die gute Zusammenarbeit im letzten Jahr bedanken. Mein Dank geht darüber hinaus an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Mitgliedseinrichtungen des AdB, die ihr Engagement, ihre Ideen und ihre Zeit in die Verbandsarbeit eingebracht haben. Nicht zuletzt geht mein Dank an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für die Unterstützung unserer Arbeit. Ich freue mich auf die Fortsetzung im nächsten Jahr!

Ulrich Ballhausen
Vorsitzender

1 Position beziehen – demokratische Prozesse anstoßen

Ziele und Schwerpunkte

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten ist ein Fachverband der politischen Bildung. Die Schwerpunkte seiner Tätigkeiten liegen auf der fachlichen Weiterentwicklung der politischen Bildung, der Qualifizierung der haupt-, neben- und ehrenamtlich tätigen Mitarbeitenden in den Einrichtungen und Organisationen sowie der Stärkung und dem Ausbau der strukturellen Grundlagen politischer Bildung. Die Umsetzung erfolgt mittels Planung und Durchführung von Fortbildungs- und Qualifizierungsangeboten, durch bundesweite Tagungen und Konferenzen, durch die Organisation des Erfahrungsaustauschs und durch bundesweite Vernetzung, durch nationale und internationale Modellprojekte sowie durch Information, Dokumentation und Beratung.

Die Inhalte und Themen der verschiedenen Maßnahmen ergeben sich aus den fachlichen Notwendigkeiten und Bedarfen einerseits und den gesellschaftlichen Herausforderungen andererseits. Die zentrale Herausforderung, vor der sich 2015 alle gesellschaftlichen Bereiche gestellt sahen, war die Aufnahme, Unterbringung und Integration der vielen Menschen, die nach Deutschland geflüchtet sind. Die Träger politischer Bildung vor Ort waren oftmals ganz unmittelbar davon betroffen, da viele Bildungsstätten Geflüchteten Unterkunft boten. Für die politische Bildung generell ergaben sich zahlreiche Anforderungen, wobei der Bogen der Aufgaben weit gespannt war und von der Bildungsarbeit mit Geflüchteten über die Unterstützung von und Netzwerkarbeit mit Ehrenamtlichen bis hin zu Seminaren gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtspopulismus reichte.

Herausforderung Migration

Der AdB hat sich für das Jahr 2015 das Jahresthema „Globale Migration – Zuwanderung, Flucht und Asyl im Fokus politischer Bildung“ gegeben. Mit diesem Thema hat der Verband das Ziel verbunden, in der Bildungsarbeit die Themen Zuwanderung, Flucht

und Asyl verstärkt aufzugreifen, um die Urteilsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger über die Probleme von Flüchtlingen sowie generell von Migrantinnen und Migranten zu verbessern, eine demokratische Auseinandersetzung über die Situation der Flüchtlinge anzuregen sowie Bildungsangebote auch für Flüchtlinge zu ermöglichen, auch, um damit Begegnungsräume zu schaffen.

Diese teilweise neuen Aufgaben verlangen auch neue bzw. erweiterte Kompetenzen von den politischen Bildnerinnen und Bildnern. Dazu gehören ein hohes Maß an sozialen Kompetenzen wie Sensibilität, Kommunikationsfähigkeit und Konfliktlösungskompetenz, Offenheit gegenüber den Teilnehmenden und ihren besonderen Erfahrungen, Anerkennung, Wertschätzung und ein Wissen über Herkunft sowie kulturelle und soziale Kontexte. Auch Kenntnisse von rechtlichen Rahmenbedingungen, Interesse an neuen Kooperationspartnern sowie die Offenheit für neue Methoden sind dabei wichtig. Aufgabe des AdB ist es, die politische Bildung mit Qualifizierungsangeboten zu unterstützen. Auf der Homepage unter www.adb.de wurden das Jahr über Hinweise, Materialien, Beschreibungen gelungener Praxisbeispiel, interessante Links sowie unter-

stützende Literaturangaben gesammelt und allen Interessenten zur Verfügung gestellt. Ein praxisnaher Workshop in Kooperation mit Pro Asyl richtete sich an pädagogische Mitarbeitende, die ihre Erfahrungen zur Bildungsarbeit in diesem Themenfeld austauschen wollten sowie Informationen und Praxiserfahrungen suchten, um eigene Projekte zur politischen Bildung mit Flüchtlingen und zur Flüchtlingspolitik zu entwickeln und anzubieten.

Um die Einrichtungen und Angebote politischer Bildung geflüchteten Menschen und generell Migrantinnen und Migranten weiter zugänglich zu machen, hat es sich der AdB zur Aufgabe gemacht, die Öffnung der Angebote politischer Bildung bzw. die Öffnung der Einrichtungen für neue Zielgruppen verstärkt voranzubringen. Diese „Interkulturelle Öffnung" ist eine Aufgabe, die die Einrichtungen und Träger als Ganzes betrifft und die Mitwirkung aller Arbeitsbereiche in einer Bildungsstätte fordert. Zur Unterstützung von Mitgliedseinrichtungen hat sich unter dem Dach des AdB eine Arbeitsgruppe zusammengefunden, die die notwendigen Prozesse zur Interkulturellen Öffnung aus allen Perspektiven – Pädagogik, Verwaltung, Hauswirtschaft, Öffentlichkeitsarbeit – beleuchtet hat. Die Ergebnisse sind in einer Arbeitshilfe mit dem Titel „Interkulturelle Öffnung. Eine Arbeitshilfe für Bildungsstätten und Träger politischer Bildung" dokumentiert, die, angereichert durch weiterführende Hinweise, Beispiele und Literatur, allen Einrichtungen im AdB und darüber hinaus zur Verfügung gestellt wurde.

Internationalisierung politischer Bildung

Die Interkulturelle Öffnung der politischen Bildung bedeutet nach Auffassung des AdB gleichzeitig auch eine Internationalisierung politischer Bildung. Mit neuen Zielgruppen und neuen Partnern ändert sich auch die Zusammensetzung der Teilnehmenden, die Reichweite der Angebote, die Themenwahl und die thematischen Bezüge, d. h. der nationale Bezugsrahmen wird auf allen Ebenen verlassen und weitet sich ins Internationale. Unter Einbeziehung aller verbandlichen Gremien hat der Verband daher die qualitative Ausgestaltung und Weiterentwicklung seiner Bildungsarbeit zu einem Schwerpunkt gemacht und ein Positionspapier beschlossen, in dem eine Dimensionserweiterung der politischen Bildung in ihrer Gesamtheit vorgenommen wird. Politische Bildung soll, so das Ziel, international gedacht und die Diskurse und Fachthemen politischer Bildung vor dem Hintergrund internationaler Entwicklungen und Herausforderungen begriffen werden.

Der AdB sieht sich in der Verantwortung, in diesem Sinne sein Verständnis der europäischen und internationalen Arbeit zu überprüfen. Angesichts der sich rapide verändernden nationalen und globalen Rahmenbedingungen und der daraus resultierenden Herausforderungen an Jugend- und Erwachsenenbildungsarbeit sollen die Voraussetzungen für eine adäquate Weiterentwicklung geschaffen werden. Globale wirtschaftliche und soziale Entwicklungen, Krisen und Konflikte sowie weltweite Wanderungsbewegungen wirken sich auch auf die Bildungsarbeit, auf die Inhalte, Themen und Teilnehmenden aus und führen zu einer Re-Politisierung der internationalen Begegnungsarbeit. Zudem rücken sie die internationalen Fachkräfte- und Jugendaustauschmaßnahmen stärker in den Fokus des Politischen. So richten sich mittlerweile nicht nur jugendpolitische, sondern auch bildungs-, außen-, sicherheits-, wirtschafts- und entwicklungspolitische Erwartungen an die Begegnungen. Dieses ressortübergreifende Interesse führt auf internationaler Ebene zu einer Vernetzung bisher getrennter Politikfelder, zu einem erweiterten fachpolitischen Austausch, zu einer neuen politischen Rahmung von Fachdiskursen und damit auch zu Konsequenzen für die Bearbeitung auf nationaler Ebene. Dieser Neu-Bearbeitung will sich der AdB stellen und das Arbeitsfeld durch eigene Projekte und Maßnahmen, im Rahmen seiner Zentralstellenarbeit sowie durch politische Vertretungsaufgaben weiter voranbringen. Europäische und internationale Arbeit ist im AdB fester inhaltlicher und struktureller Bestandteil außerschulischer politischer Bildungsarbeit und auch internationaler Bildungs- und Begegnungsarbeit mit Jugendlichen, Erwachsenen und Fachkräften der Jugendarbeit.

Strukturentwicklung

Internationale wie nationale politische Bildungsarbeit braucht tragfähige und verlässliche Strukturen, um geplant, organisiert und durchgeführt werden zu können. Bildungsstätten und Bildungswerke sind zentrale Bestandteile dieser Strukturen. Sie bieten mit ihren gut ausgestatteten, geeigneten Räumlichkeiten, ihrem qualifizierten Personal, ihrem Know-how und ihrer jahrelangen Erfahrung die geeigneten Orte für erfolgreiche Bildungsprozesse. Bildungsstätten schaffen durch ein Zusammenleben auf Zeit einen eigenen, vorübergehend geschützten Sozialraum mit einem hohen Maß an Gestaltungsfreiheiten und informellen Lerngelegenheiten. So entsteht ein Platz für Aktivitäten, für die ansonsten häufig der Raum und die Zeit fehlen und die so im lebensweltlichen Alltag schwerer zu organisieren sind. In der Verknüpfung von Bildungsarbeit, Freizeit und Alltagsleben ist es möglich, Reflexion, Erfahrung und Handeln optimal zu verbinden.

Es ist eine zentrale Aufgabe des AdB, diese Struktur für die politische Bildung zu stärken und weiterzuentwickeln, um ein qualifiziertes Angebot politischer Bildung aufrechtzuerhalten. Diverse Fachtagungen und Fortbildungsangebote des AdB dienen der Weiterbildung des Personals in den Einrichtungen. Sie richten sich an alle Berufsgruppen, da der Ansatz der Bildungsstätten ein ganzheitlicher ist und alle Lebens- und Lernbereiche mit einbezieht. Daher stehen Angebote für Hauswirtschaftsleiter/-innen ebenso auf der Veranstaltungsliste des AdB wie Fortbildungen für Haustechniker, für Hausleiterinnen und -leiter sowie für pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zunehmend mehr Bedeutung erhält auch die Öffentlichkeitsarbeit der Träger politischer Bildung. Die Sichtbarkeit von Akteuren und Angeboten zu erhöhen ist das eine, das andere ist, neue Zielgruppen mit neuen Medien und Formaten zu gewinnen. Dabei will der AdB seine Mitgliedseinrichtungen unterstützen und hat das „Netzwerk Öffentlichkeitsarbeit" gegründet. Zudem soll eine neue Fortbildungsreihe die Öffentlichkeitsreferentinnen und -referenten bei ihrer Arbeit unterstützen ihnen die Möglichkeit geben, sich auszutauschen, Fragen und Probleme zu thematisieren und nach Antworten zu suchen. Der Auftakt dieser Reihe fand 2015 mit einer zweitägigen Veranstaltung in Berlin statt. Im Zentrum der Veranstaltung standen die Themen „Social Media und Öffentlichkeitsarbeit", dabei ging es um die Einsatzmöglichkeiten von Social Media in den Bildungseinrichtungen, sowie „Kommunikation in Krisenzeiten", bei dem der Umgang mit Krisen und Veränderungen im Mittelpunkt stand.

Der AdB führte im Jahr 2015 44 eigene Veranstaltungen durch und erreichte damit 832 Teilnehmende.

Sich immer wieder selbst in Frage zu stellen ist unverzichtbar, um flexibel und zukunftsfähig zu bleiben. Dies gilt auch für Bildungsstätten, die darauf reagieren müssen, dass neue gesellschaftliche Entwicklungen und förderrechtliche Anforderungen, geänderte Erwartungen und Ansprüche der Teilnehmenden sowie neue Formen des Lernens es immer wieder erforderlich machen, über neue Konzepte und Ideen nachzudenken und diese zu entwickeln. Die Aufgabe des AdB ist es, diese Reflexionsprozesse zu unterstützen und Raum und Gelegenheit für den Austausch zu schaffen. Fragen, die sich in diesem Zusammenhang stellen, sind die nach geeigneten Reaktionen auf aktuelle Entwicklungen und nach angemessenen Konzepten und Strategien zur Zukunftssicherung von Bildungsstätten. Dazu gehören die konzeptionelle Verbindung der Bildungsarbeit mit neuen Formen dezentraler Bildungsanlässe, Fragen von Reichweite und der Erreichbarkeit von Zielgruppen, der Nutzen regionaler und überregionaler Vernetzung sowie die Herausbildung eines eigenen Profils. In Zeiten digitaler Medien stellt sich für Bildungsstätten, die auf persönliche Begegnung und gemeinsame non-formale und informelle Lernprozesse setzen, auch die Frage, wie auf neue Formen der Vergemeinschaftung, Gruppenbildung und Kommunikation (z. B. newsgroups, facebook-Gruppen oder verschiedene e-Learning-Module etc.) sowie Freizeitaktivitäten zu reagieren ist.

Ebenfalls der Stärkung und Hervorhebung der besonderen Bedeutung in diesem Fall von Jugendbildungseinrichtungen diente eine Untersuchung, die der AdB im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend, Sport (TMBJS) durchführte. Aufgrund seiner jahrzehntelangen Erfahrung in der Bildungsstättenarbeit war der AdB ausgewählt, durch ein prozessorientiertes und unterstützendes Vorgehen die Qualität der Einrichtungen in Thüringen weiterzuentwickeln.

Eine Daueraufgabe unter dem Stichwort „Strukturentwicklung" ist die Sicherung und der Ausbau der eigenen Mitgliederstruktur des AdB. Über einhundert Einrichtungen gehören dem Netzwerk AdB bundesweit bereits an, gut dreiviertel aller Mitgliedseinrichtungen sind Bildungsstätten, d. h. Einrichtungen mit eigenem Haus und Übernachtungsbetrieb. Weitere interessante und passende Träger der politischen Bildung in den AdB einzubeziehen ist weiterhin sinnvoll und notwendig, um das Angebot zu erweitern und auch neuen Trägern die angebotenen Unterstützungsleistungen anzubieten. Der AdB ist davon überzeugt, dass die Einbindung einzelner Einrichtungen in den Fachdiskurs und den kollegialen Austausch, wie der AdB ihn bietet, einen Mehrwert nicht nur für die einzelne Einrichtung birgt. Das Wechselspiel von Geben und Nehmen, das Einbringen von eigenen Erfahrungen und das Profitieren vom Wissen der anderen bringt alle Beteiligten weiter und ist insgesamt ein Gewinn für den Verband und damit für die politische Bildung.

Die Aufnahme neuer Mitglieder wird vom Vorstand des Verbandes vorbereitet, der im Austausch mit den Trägern deren Konzeption und Arbeit kennenlernt, um dann der Mitgliederversammlung, dem höchsten beschlussfassenden Gremium, einen Vorschlag hinsichtlich der Aufnahme zu machen. Im Jahr 2015 haben drei Träger politischer Bildung erfolgreich einen Antrag auf Aufnahme in den AdB gestellt.

Fachlichkeit ausbauen

Der Strukturaufbau und -ausbau ist die zentrale Voraussetzung, um die fachliche Weiterentwicklung der politischen Bildungsarbeit voranzubringen. Er ist ein genuiner Arbeitsschwerpunkt des AdB. Dazu heißt es in der Satzung des Verbandes: „Der Verein verwirklicht den Satzungszweck als Fachverband insbesondere durch Fach- und Fortbildungstagungen und Projekte im In- und Ausland, durch Entwicklung und Erprobung von Modellen und Konzepten der außerschulischen politischen Bildung und Jugendhilfe, durch Fachkommissionen und Arbeitsgruppen sowie Publikationen." Die Fachkommissionen des AdB übernehmen dabei wesentliche Aufgaben. Sie greifen zentrale Themen auf, diskutieren aktuelle Herausforderungen, formulieren Positionen und bringen ihre Expertise damit in den Gesamtverband ein.

Willkommene Erprobungsmöglichkeiten für neue Themen, Methoden und Formate sind auch Modellprojekte, die der AdB in Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedseinrichtungen akquiriert. Ein bereits im zweiten Jahr erfolgreich verlaufendes Projekt mit dem Titel „Zum Wählen zu jung? Die Altersfrage – Wahlrecht und Generationengerechtigkeit" hatte wesentlich zum Ziel, eine neue Methode zu erproben. Es ging um das sogenannte „Townhall-Meeting", eine Form der Bürgerbeteiligung, die in den USA eine lange und erfolgreiche Tradition hat. Es ist ein informelles, öffentliches Treffen im Rathaus oder einem Stadthaus, bei dem jede und jeder eingeladen ist, die eigene Meinung zu äußern und die Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit bzw. gewählte Repräsentanten zu befragen. Wie funktioniert die Methode im Kontext politischer Bildungsarbeit? Kann sie erfolgreich genutzt werden? Was sind die notwendigen Voraussetzungen? Die Erprobung der Methode an unterschiedlichen Standorten mit unterschiedlichen Akteuren brachte interessante Ergebnisse. Die Aufgabe des AdB ist es nun, diese Ergebnisse über den Kreis der beteiligten Einrichtungen hinaus bekannt zu machen. Wie das gelingt, ist im Folgenden nachzulesen.

Zu diesem Bericht

Alle oben angesprochenen Themen und Aktivitäten des AdB sind in den nachfolgenden Kapiteln zwei, drei und vier ausführlich nachzulesen. Kapitel zwei gibt Auskunft über alle Projekte, Veranstaltungen, Zentralstellenarbeiten und Netzwerkaktivitäten, Kapitel drei informiert über die Querschnittsthemen Gender Mainstreaming und Interkulturelle Öffnung, die Verbandsentwicklungen können Kapitel vier entnommen werden. Die Schlussfolgerungen und Perspektiven sind in Kapitel fünf nachzulesen. Die Positionen und Papiere aus dem Berichtsjahr sind Teil des Anhangs, ebenso eine Übersicht über alle Aktivitäten und Gremien. Die Liste der AdB-Mitgliedseinrichtungen schließt diesen Bericht ab.

2 Politische Bildung für alle

Aktivitäten, Erfahrungen und Ergebnisse

Programm Politische Jugendbildung

Mit Beginn des Jahres 2011 startete die neue, sechsjährige Phase des Programms „Politische Jugendbildung im AdB". Daran beteiligt sind 19 Jugendbildungsreferentinnen und -referenten und sechs weitere Einrichtungen. Sie erhalten über den AdB als Zentralstelle Mittel aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) für Personal und Maßnahmen politischer Bildung. Die Koordination, Vernetzung, Fortbildung und fachliche Leitung des Gesamtprogramms leistet der AdB über seinen Bundestutor. Die Jugendbildungsreferentinnen und -referenten arbeiten während der gesamten Laufzeit des Programms in vier Projektgruppen zu den Arbeitsschwerpunkten

- Globalisierung und Medienkommunikation
- Partizipation und Demokratie in und mit der Schule
- Aufwachsen in der Einwanderungsgesellschaft
- Arbeitsweltbezogenen politische Bildung

und treffen sich einmal jährlich zu einer Zentralen Arbeitstagung und zu verschiedenen Projektgruppensitzungen. Die Tagungen dienen dem überregionalen Erfahrungsaustausch, der Fortbildung und Evaluation.

Das Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ war im Jahr 2015 bereits durch die zu Ende gehende Programmlaufzeit (bis Dezember 2016) geprägt. Die verbleibende Zeit wurde genutzt, um angedachte, konzipierte oder bereits in der Umsetzung befindliche Vorhaben der Projektgruppen anzugehen und zu evaluieren. Insbesondere in der zweiten Hälfte des Jahres richteten die vier Projektgruppen während ihrer Tagungen ihre Planungen entsprechend aus.

Das Programm wuchs zu Beginn des Jahres um eine weitere Einrichtung an. Das Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (AZK) – Stiftung Christlich-Soziale Politik e. V. schloss sich als bisher direkt vom BMFSFJ geförderte Einrichtung der AdB-Zentralstelle an. Die Jugendbildungsreferentin der Einrichtung ergänzte die Projektgruppe „Arbeitsweltbezogenen politische Bildung“.

Im Mittelpunkt des fünften Jahres der im Jahr 2011 gestarteten Programmphase „Politische Jugendbildung im AdB“ stand der Schwerpunkt „Partizipation in und mit der Schule“.

Zentrale Arbeitstagung

Die Chancen und Möglichkeiten der Partizipation und Demokratie in und mit der Schule standen im Mittelpunkt der diesjährigen Zentralen Arbeitstagung der Jugendbildungsreferentinnen und -referenten, die in der Historisch-Ökologischen Bildungsstätte im emsländischen Papenburg stattfand. Die in diesem Themenschwerpunkt tätigen Jugendbildungsreferentinnen stellten zu Beginn unterschiedliche Definitionen von Partizipation vor, erläuterten das Stufenmodell zur Partizipation nach Roger Hart und erklärten ihren eigenen Ansatz. Sie legten ihrer Arbeit ein Verständnis zu Grunde, das Partizipation als Praxis von Demokratie mit dem Recht der Beteiligung an Prozessen und Entscheidungsfindungen in allen öffentlichen Angelegenheiten versteht. Insbesondere die Möglichkeiten der Beteiligung und Mitwirkung junger Menschen an Angelegenheiten, die sie selbst betreffen, standen im Mittelpunkt der während der Tagung geführten Diskussion. Ein Planspiel, das die fiktiven Interessen von Schülerinnen und Schülern simulierte, half dabei, die Gestaltung von Partizipationsverfahren als Bildungsprozesse zu verstehen.

Einen weiteren Aspekt brachte die eingeladene Referentin Jascha Rohr vom Oldenburger Institut für partizipatives Gestalten mit dem Modell der kollaborativen Partizipation ein. Dieses Modell fasst Verfahren zusammen, die das prozedurale, methodische und gestaltungsorientierte Erarbeiten gemeinsamer Lösungen zum Ziel haben. Dieses Modell kann aus Sicht der Jugendbildungsreferentinnen und -referenten einen Beitrag zur besseren Strukturierung von Partizipationsverfahren leisten, in Frage gestellt wurde aber, ob es auch für zeitlich eher begrenzte Bildungssettings geeignet ist.

Eine Exkursion führte die Tagungsteilnehmenden zur nahegelegenen Gedenkstätte Esterwegen, die als zentraler Gedenkort für alle fünfzehn ehemaligen Konzentrationslager im Emsland fungiert und erst im Jahr 2011 eröffnet wurde. Besichtigt wurden die Ausstellung und das Außengelände der Gedenkstätte, das Spuren des ehemaligen Lagers durch eine moderne Formsprache kenntlich macht. Der einführende Vortrag des Leiters der Gedenkstätte, Kurt Buck, umriss die Entstehungsgeschichte der Emslandlager, die damit verbundene offensive Informationspolitik der SS in der Region und stellte Persönlichkeiten vor, die dort inhaftiert waren, wie z. B. den Berliner Publizist Carl von Ossietzky. Die Gedenkstätte als Lernort zur politischen Bildung stand im Mittelpunkt der nachfolgenden Diskussion. Von den Jugendbildungsreferentinnen und -referenten wurden nicht nur der Gegenstand der Ausstellung, sondern auch die Beschäftigung mit der Gedenkstätte selbst und die Tatsache ihrer späten Eröffnung als wichtige Aufgabe historisch-politischer Bildungsarbeit hervorgehoben.

Einen weiteren Schwerpunkt der Tagung stellte die Arbeit in den vier Projektgruppen dar, die sich mit der inhaltlichen Ausgestaltung ihrer noch verbleibenden Arbeitsphase bis zum Ende 2016 befassten. Die geplanten Publikationen, Tagungen und weiteren Vorhaben werden auf die Zielgerade geschickt, um sie rechtzeitig abschließen zu können.

Gemeinsame Projektgruppensitzung

Der Schwerpunkt dieser Tagung, die vom 2. bis 4. November 2015 im Gustav Stresemann Institut in Niedersachsen e. V. – Europäisches Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen, stattfand, war traditionell die Arbeit in den Projektgruppen. Im Hinblick auf die zu Ende gehende Programmlaufzeit wurde das bisher erarbeitete bilanziert und die noch ausstehenden Arbeiten geplant und verabredet. So konnten in einem Gespräch mit der AdB-Referentin für Kommunikation und Medien, die zwei noch ausstehenden Publikationen der Projektgruppe „Arbeitsweltbezogene politische Bildung“ und „Partizipation und Demokratie in und mit der Schule“ besprochen werden, die vor Ablauf der Programmphase in 2016 erscheinen sollen.

Die Projektgruppe „Globalisierung und Medienkommunikation“ bereitete das im Frühjahr 2016 anstehende Barcamp Politische

Bildung inhaltlich vor und die Projektgruppe „Aufwachsen in der Einwanderungsgesellschaft" setzte die Arbeit an der Entwicklung eines Konzepts für eine Fachtagung, die ebenfalls im nachfolgenden Jahr angeboten werden soll, fort.

Darüber hinaus kam der Vorsitzende des AdB, Ulrich Ballhausen, zum jährlichen Gespräch mit den Jugendbildungsreferentinnen und -referenten. Der Vorsitzende berichtete von den Beratungen im Vorstand und informierte über die Ergebnisse der Vorstandsdiskussion über das von den Jugendbildungsreferentinnen und -referenten verfasste Papier über Gelingensbedingungen politischer Jugendbildung. Der Vorstand war in weiten Teilen mit den Aussagen der Verfasserinnen und Verfasser einverstanden, hatte aber auch Kritik an einzelnen Forderungen. Die Kernaussagen des Papiers wurden daraufhin noch einmal gemeinsam reflektiert. Das – durchaus streitbare – Papier wurde bereits in der Zeitschrift „Außerschulische Bildung" veröffentlicht, flankiert von zwei kritischen Kommentaren. Ulrich Ballhausen forderte die Jugendbildungsreferentinnen und -referenten auf, sich auch der weiteren Diskussion um die dort formulierten Aussagen zu stellen, um auch verbandsintern einen Beitrag zum Diskurs über gute politische Bildungsarbeit zu leisten.

Arbeit der Projektgruppen

Vom 6. bis 8. Februar 2015 veranstalteten die Jugendbildungsreferentinnen und -referenten der Projektgruppe **Globalisierung und Medienkommunikation** ihr Barcamp Politische Bildung im Salvador-Allende-Haus in Oer-Erkenschwick, an dem wieder eine große Zahl Interessierter aus der politischen Bildung teilnahm. Den Einstieg in die Diskussion auf dem Barcamp Politische Bildung 2015 – kurz bcpb15 – bildete das Thema „Flucht und Migration". Darüber hinaus wurden Anregungen zu Methoden wie Mini-Larps und Themen wie Antirassismus oder Politischer Film angeboten.

Beim Barcamp stehen Lernen, Austausch und Vernetzung im Mittelpunkt. Das Barcamp ist ein offener Event, dessen Programm vor Ort von den Teilnehmenden gestaltet wird. Auf der Veranstaltung finden Interessierte einen selbstbestimmten Lernraum, in dem Konzepte und Methoden der politischen Bildung ebenso wie theoretische Modelle vorgestellt und diskutiert werden. Die Teilnehmenden können auf diesem bundesweiten Event selbst Beiträge anbieten, um voneinander zu lernen, Themen und Fragen zu diskutieren oder neue Ideen und Projekte zu entwickeln.

Der Projektgruppe ist es mit ihren seit nunmehr fünf Jahren stattfinden Barcamps gelungen, diese zu einem bundesweiten Expertentreffen dieser Methode auszubauen. Um bei zukünftigen Veranstaltungen dieser Art nicht in Routinen zu verfallen nahm sich die Projektgruppe vor, das Veranstaltungsformat weiterzuentwickeln, um möglichst viele und unterschiedliche Sessions ins Programm aufnehmen zu können.

Unter Mitarbeit der Projektgruppe veröffentlichten die Jugendbildungsreferentin Annette Ullrich und der Jugendbildungsreferent Frank Hofmann in der Ausgabe 4/2015 der AdB-Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung" einen Beitrag zur Umsetzung ihres Schwerpunkts „Freiheit und Sicherheit" in der digitalen Welt als Gegenstand von politischer Bildungsarbeit.

Mit der Planung und Realisierung eines sogenannten Mini-LARPs als weitere innovative Arbeitsform in der mediengestützten Bildungsarbeit befasste sich die Projektgruppe im Herbst und konnte die Veranstaltung während der Gemeinsamen Projektgruppensitzung im November bereits auswerten.

Die Projektgruppe **Partizipation und Demokratie in und mit der Schule** bereitete den diesjährigen Schwerpunkt der Zentralen Arbeitstagung vor, der sich mit Ansätzen, Konzepten und Methoden zur Partizipation auseinandersetzte und die Arbeit in

und mit Schulen reflektierte. Den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Projektgruppen konnten konkrete Arbeitsergebnisse präsentiert werden. Zudem konnte ein gemeinsames Nachdenken über die Grenzen non-formaler politischer Bildungsarbeit in Schulen angeregt werden.

Wichtig war, dass Kooperationen von außerschulischen Trägern und Schulen immer dann einen Mehrwert für alle Beteiligten hatten, wenn die Qualitäten des außerschulischen Partners bewusst einbezogen wurden für die Demokratisierung von Schule und für die Erweiterung von Partizipationsmöglichkeiten. Diese Erfahrung liefert damit eine eigene fachliche Begründung für die Kooperation von Schulen mit Trägern und Einrichtungen der politischen Bildung: Schule prägt in hohem Maße die Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen, ist ein zentraler Lern- und Lebensraum für sie und ein Ort für ihr Engagement. Jugendliche Interessen sind daher geprägt von Schule und richten sich auf Schule. Anknüpfend an diese Interessen kann die außerschulische politische Bildung Demokratisierungs- und Partizipationsbemühungen von Schülerinnen und Schülern in Schule unterstützen.

Gelingensbedingungen dafür sind, dass Demokratie ein Thema in der Schule ist, die Jugendlichen ihre eigenen Rechte kennen und die Erwachsenen, Eltern wie Lehrer/-innen, eine Haltung dazu einnehmen.

Im Nachgang zur Tagung verständigte sich die Projektgruppe auf eine weitere Bearbeitung der Fragestellungen, wie eine partizipative Themenfindung in und mit der Schule stattfinden kann, welche Rahmenbedingung der Lernort Schule für Partizipation benötigt und wie nachhaltig Partizipationsprojekte sein können.

Die weitere Arbeit am geplanten Praxishandbuch „Demokratie und Partizipation in der Schule“ stand für die Projektgruppe während ihrer Herbstsitzung im Fokus unter Einbeziehung der zuständigen Referentin für Medien und Kommunikation der AdB-Geschäftsstelle. Die Veröffentlichung soll Ende des Jahres 2016 erscheinen und wird den Ansatz der „Peer-Education“ zur Umsetzung partizipativer Projekte in den Mittelpunkt stellen.

Die Projektgruppe **Aufwachsen in der Einwanderungsgesellschaft** beschloss, das Thema „Multiperspektivisches Geschichtslernen – Konkurrierende Erinnerungen“ weiterzuführen und gleichzeitig zu erweitern um die Aspekte der „Migrantischen Archive“ und des biografischen Lernens und Arbeitens. Das gemeinsame Projekt „Non-Formal Education and Diversity in European Youth Work“ sollte im laufenden Jahr weiterentwickelt werden.

Inhaltlicher Schwerpunkt der April-Tagung war das Thema „Integration – Diversity – Inklusion“ unter dem Aspekt „Die Migrationsgesellschaft als Normalfall“: Reproduzieren wir die Bilder vom Fremden, wenn wir Einwanderung besonders fokussieren? Anhand von drei Definitionen zu den Begriffen wurden die Jugendbildungsreferentinnen und -referenten gebeten, im Rahmen eines Gallery-Walks ihre Vorstellungen, Definitionen und Abgrenzungen zu den Begriffen Integration, Diversity und Inklusion auf vorbereiteten Plakatwänden zu formulieren.

Eine Exkursion führte die Projektgruppe in die Eifel zur Einrichtung IP Vogelsang, die sich aufgrund ihrer Geschichte mit dem Nationalsozialismus und mit totalitären Herrschaftssystemen auseinandersetzt. Der wissenschaftliche Referent Stefan Wunsch leitete die Projektgruppe über das Gelände und diskutierte mit ihnen die Bedeutung der Multiperspektivität anhand der Nutzungskonzepte, die konkurrierenden Erinnerungen und Geschichtsbilder in der Region, die besondere Herausforderungen des Lernorts an pädagogische Konzepte an Täter-Orten und die Grenzen der Zugänglichkeit von Teilnehmenden.

Auf ihrer Herbsttagung beschloss die Projektgruppe zum Ausklang des Projektzeitraums einen Fachtag mit Kooperationspartnerinnen und -partnern und Interessierten zu organisieren, der die Vermittlung von Methoden- und Themenvielfalt, produktorientiertes Arbeiten, Ideen und Anregungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zum Gegenstand haben soll. Ziel ist es, zur Qualifizierung politischer Bildnerinnen und Bildner beizutragen, damit diese mit politischer Bildung die Entwicklung eines dynamischen Geschichtsbildes von Jugendlichen unterstützen können. Ein dynamisches Geschichtsverständnis, das die Veränderung und Veränderbarkeit von Verhältnissen beinhaltet, wird die Orientierung in der Einwanderungsgesellschaft erleichtern. Eingeladen zur Teilnahme werden alle Teamer/-innen aus den Projekten und interessierte Fachkräfte der politischen Jugendbildung.

Die Projektgruppe **Arbeitsweltbezogene politische Bildung** entwickelte ein Konzept für eine Publikation, in der die erarbeiteten Übungen und Methoden sowie die recherchierten und produzierten Medienbeiträge der letzten Jahre zum Thema Arbeitswelt beschrieben und zugänglich gemacht werden sollen. Die Projektgruppe arbeitet eng mit der zuständigen Referentin für Medien und Kommunikation des AdB zusammen, um die Fertigstellung und Herausgabe bis zum Ende des Jahres 2016 sicherzustellen.

Die Projektgruppe möchte mit dieser Broschüre insbesondere einen Beitrag zur Klärung des Verständnisses von arbeitsweltbezogener politischer Bildung leisten, die aus ihrer Sicht „Orientierung im Beruf“ zum Ziel hat und nicht „Berufsorientierung“. Zur „Orientierung im Berufsleben“ gehören Themen wie individuelle und gesellschaftliche Zukunftserwartungen, geschlechtsspezifische und internationale Arbeitsteilung, Chancengleichheit und Mitbestimmung, soziale Gerechtigkeit, Berufsethik und Arbeitsmoral, historische und aktuelle Entwicklungen des Arbeitsmarktes sowie globale Perspektiven. Auch Fragen des fairen Konsums, der nachhaltigen Unternehmensverantwortung und Arbeitsbedingungen in Entwicklungsländern sind Teil des Themenspektrums. Entsprechendes Hintergrundmaterial soll bereitgestellt werden und die Einordnung des Themas Arbeitswelt in die gesellschaftspolitische Debatte ermöglichen. Geplant ist darüber hinaus die Veranstaltung eines themenidentischen Workshops als Begleitung zum Erscheinen der Broschüre.

Zum Wählen zu jung? Die Altersfrage – Wahlrecht und Generationengerechtigkeit

Das Projekt „Zum Wählen zu jung? Die Altersfrage – Wahlrecht und Generationengerechtigkeit" hatte zum Ziel, das aktive und passive Wahlrecht als herausragende Bürgerrechte in der Demokratie im Rahmen intergenerativer Diskurse zu thematisieren und zu diskutieren, ob und mit welchem Wahlalter Generationengerechtigkeit bei einer sich demografisch stark wandelnden Gesellschaft hergestellt werden kann. Denn dass sich der demografische Wandel auch auf die Wahlbevölkerung auswirkt, ist unstrittig: Die Zahl der älteren Menschen und damit auch der älteren Wählerinnen und Wähler nimmt zu – bei gleichzeitiger Abnahme des Anteils junger Menschen. Der Anteil Wahlberechtigter über 60 Jahre lag bei der jüngsten Bundestagswahl 2013 bei rund 27 %, während der Anteil der 18- bis 25-Jährigen lediglich 8,1 % ausmachte. Dieses Verhältnis wird sich absehbar noch weiter zu Gunsten der älteren Wähler/-innen verschieben. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung stellte sich im Projekt die Frage, ob durch die Zunahme der Zahl älterer Wähler/-innen auch zunehmend politische Entscheidungen zu Gunsten dieser Altersgruppe und zu Ungunsten der jüngeren Generation getroffen werden. Die Diskussion um den aktuellen Koalitionsvertrag der Großen Koalition ließ dies bereits vermuten. Die dort gemachten Absichtserklärungen z. B. im Hinblick auf die Rente würden, so die öffentliche Kommentierung, der älteren Generation zu Gute kommen, aber später von den jungen Menschen bezahlt werden müssen.

Zahlreiche Mitgliedseinrichtungen im AdB teilten die Einschätzung, dass die Themen Wahlrecht und Generationengerechtigkeit wichtige und lohnende Themen der politischen Bildung seien. Letztendlich beteiligten sich fünf Einrichtungen am Projekt:

- Alte Feuerwache e. V. – Jugendbildungsstätte Kaubstraße in Berlin
- Arbeitskreis Entwicklungspolitik e. V. in Vlotho
- Deutsch-Niederländische Heimvolkshochschule e. V. – Europahaus Aurich
- Haus Neuland e. V. in Bielefeld
- Herbert-Wehner-Bildungswerk in Dresden

Gemeinsam mit diesen fünf Mitgliedseinrichtungen des AdB wurden vor Ort gemeinsam mit Jugendlichen und älteren Menschen die Themenstellung aufgegriffen, im Rahmen eines intergenerativen Bildungssettings bearbeitet und die Ergebnisse dokumentiert. Neben der Auseinandersetzung mit dem Thema bereiteten die intergenerativen Lerngruppen öffentliche Veranstaltungen in ihrer Stadt vor, die als sogenannte „Townhall-Meetings" durchgeführt wurden.

Die Teilnehmenden für die Bildungsveranstaltungen wurden in Kooperation mit Jugendgruppen und Schulen sowie örtlichen Seniorenbeiräten und Einrichtungen der Seniorenarbeit gewonnen. Es wurden in erster Linie solche kommunalen Seniorenbeiräte oder ähnliche Gremien angesprochen, die aufgrund einer Wahl demokratisch legitimiert und zusammengesetzt sind. Dahinter verbarg sich die Hoffnung, dass diese Gremien die Funktion von aktivem und passivem Wahlrecht und die Aufgaben und Einflussmöglichkeiten durch die eigene Situation am besten einschätzen können und offen für die Fragestellungen des Projekts sind. Die kommunalen Seniorenbeiräte sind im Rahmen ihrer Multiplikatoren-Funktion mit Einrichtungen und Gruppen der Seniorenarbeit vernetzt und können diese als weitere Partner in die Projektarbeit einbringen.

Die intergenerativ gemischten Gruppen befassten sich inhaltlich mit den nachfolgenden Fragestellungen:

- Welche Bedeutung besitzen das aktive und das passive Wahlrecht für die Demokratie?
- Welche Gründe gibt es für unterschiedliche Bestimmungen des Wahlalters in den Kommunen, den Ländern und im Bund?
- Kann eine Eigenständige Jugendpolitik für die Sicherung der Interessen junger Menschen sorgen?
- Wie kann ein Interessensausgleich zwischen den Generationen bei politischen Entscheidungen verwirklicht werden?
- Welche Relevanz besitzt das demokratisch verfasste Wahlrecht für die Integration von Migrantinnen und Migranten?
- Wie können junge Menschen motiviert werden, das passive Wahlrecht wahrzunehmen und sich damit aktiv in die Gestaltung der Demokratie einzubringen?

In Seminaren und Workshops wurden die Fragen diskutiert, wurden Argumente ausgetauscht, Meinungen abgeglichen und eigene Erfahrungen eingebracht. Den Höhepunkt für jede Projektgruppe

bildete das öffentliche Treffen im Rathaus, das sogenannte Townhall-Meeting. Das Townhall-Meeting ist eine Form der Bürgerbeteiligung, die in den USA eine lange und erfolgreiche Tradition hat. Es ist ein informelles, öffentliches Treffen, bei dem jede und jeder eingeladen ist, seine Meinung zu äußern und die Vertreter/-innen der Öffentlichkeit bzw. gewählte Repräsentanten zu befragen.

Die Townhall-Meetings im Projekt boten den Raum zur öffentlichen Präsentation der jeweiligen Seminarergebnisse und für die Diskussion des Themas anhand gemeinsam erarbeiteter Thesen. Eingeladen zu diesen Treffen waren immer auch Politiker/-innen und Vertreter/-innen der Zivilgesellschaft, die kurze, eigene Statements abgaben und auch befragt werden konnten. Jedes Townhall-Meeting lief ein wenig anders ab, war aber immer ein Erfolg und wurde von den Teilnehmenden als Wertschätzung ihrer Ideen und vorangegangenen Diskussionen empfunden. Die Struktur und die Kultur während der Townhall-Meetings stellten sich als beispielgebend für eine konstruktive generationenübergreifende Auseinandersetzung mit dem Thema dar.

Mit 43 News konnte der AdB auf seiner Homepage auf aktuelle Aktivitäten und Ereignisse hinweisen.

Der offizielle Start des im Rahmen des Innovationsfonds zur Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Projekts erfolgte 2014 durch ein Symposium zum Thema „Was ist und wohin führt Generationengerechtigkeit", zu dem neben den Akteuren des Projekts weitere Interessierte aus der politischen Bildung eingeladen waren. Experten aus den Bereichen Wirtschaft, Politik und Jugendarbeit nahmen Stellung zu konkreten Fragen der Generationengerechtigkeit und diskutierten diese mit den Teilnehmenden. Damit konnten erste Erkenntnisse und Positionen zum Kernthema des Projekts zusammengetragen werden, die dann in die Projekte vor Ort einflossen.

Die fachliche Begleitung und Beratung des gesamten Projekts wurde von einer Steuerungsgruppe geleistet. Hier liefen die Zwischenstände und Ergebnisse zusammen, wurden ausgewertet, evaluiert und über den Kreis der Beteiligten hinausgetragen.

Das Projekt wurde zum Jahresende 2015 abgeschlossen. Ein bleibendes Ergebnis ist eine Publikation, die wichtige Schritte und Ergebnisse des Projekts dokumentiert. Darüber hinaus enthält sie Informationen, Hintergrundwissen und methodische Praxisbeispiele, um das Thema Wahlalter und Generationengerechtigkeit auch in weiteren Veranstaltungen der politischen Bildung, am besten generationenübergreifend, zu etablieren.

Jugendbildungseinrichtungen in Thüringen – Entwicklung einer fachlichen Definition und Stärkung der außerschulischen Lernorte

In den Jahren 2014/2015 sowie 2015/2016 hat der AdB e. V. zwei zentrale Aufträge des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend, Sport (TMBJS) im Rahmen der Fortschreibung des Landesjugendförderplanes umgesetzt. Beide Untersuchungen hatten zum Ziel, die Bedeutung von außerschulischen Lernorten zu stärken und hervorzuheben, indem einerseits eine qualitative Definition von Jugendbildungseinrichtungen in Zusammenarbeit mit den Trägern der im Landesjugendförderplan aufgeführten Einrichtungen partizipativ erarbeitet und als verbindliche Definition im Landesjugendhilfeausschuss beschlossen wurde (vgl. hierzu Jahresbericht 2014, S. 17 f.) und andererseits mit den Einrichtungen konkrete Handlungsbedarfe in Bezug auf die Erfüllung der unterschiedlichen Definitionsaspekte beschrieben und Wege einer diesbezüglichen Weiterentwicklung der jeweiligen Einrichtungen entwickelt wurden. Dieser Gesamtprozess wurde aus Sicht des Ministeriums und des Landesjugendhilfeausschusses deshalb notwendig, weil die bisherige Definition bei der Beschreibung entsprechender Einrichtungen unklar bzw. nicht praktikabel erschien und weil die jeweiligen Einrichtungen – von den Jugendherbergen und den Ferienzentren bis hin zu den Bildungseinrichtungen wie etwa der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW) oder der Jugendbildungsstätte Hütten (beide Mitgliedseinrichtungen des AdB) durch große konzeptionelle, pädagogische und formatsbezogene Unterschiede geprägt sind. Ziel des Gesamtverfahrens war es nicht, die Einrichtungslandschaft durch die enge Anwendung der erarbeiteten Definition zu „bereinigen", sondern durch ein prozessorientiertes und unterstützendes Vorgehen die Qualität der Einrichtungen – insbesondere jener mit erhöhten Handlungsbedarfen – weiterzuentwickeln.

Im Rahmen beschränkter Ausschreibungen durch das Thüringer Ministerium hat der AdB. e. V. vor allem deshalb den „Zuschlag"

erhalten, weil die Fachlichkeit und das vom AdB vorgeschlagene Verfahren die größte Gewähr dafür bot, die sensible Zusammenarbeit „auf gleicher Augenhöhe" zwischen der obersten Landesjugendbehörde und den Freien Trägern im Rahmen eines konstruktiven und sachorientierten Prozesses durchzuführen, bei dem insbesondere auch die Realität der Bildungseinrichtungen angesichts gesellschaftspolitischer und betriebswirtschaftlicher Rahmenbedingungen eine entsprechende Berücksichtigung findet.

Zur Identifikation der einrichtungsbezogenen Handlungsbedarfe in Bezug auf die erarbeitete Definition wurden mit jeder Einrichtung vor Ort Halbtagesworkshops durchgeführt, um diese zu beschreiben und zu konkretisieren und um gemeinsam Umsetzungsstrategien und Umsetzungszeitpläne zu besprechen. Sowohl aus der Perspektive der beteiligten Träger wie auch aus der Perspektive des Landesjugendhilfeausschusses und des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport ist dieser Prozess durch den AdB e. V. in äußerst erfolgreicher Art und Weise umgesetzt worden. Dies vor allem auch deshalb, weil alle beteiligten Akteure durch das gewählte Verfahren und den konstruktiven Prozesscharakter den Eindruck gewonnen haben, dass es sich hier einmal nicht um eine „externe Evaluation" mit „Kontrollcharakter" und „Versandungseffekten" handelte, sondern um ein „partizipatives und prozessorientiertes Verfahren im Sachinteresse, im Interesse der Einrichtungen und damit letztendlich im Interesse von jungen Menschen".

„Globale Migration – Zuwanderung, Flucht und Asyl im Fokus politischer Bildung" – AdB-Jahresthema 2015

Mit dem Jahresthema 2015 hat der AdB ein sehr aktuelles und drängendes gesellschaftliches Thema in den Fokus seiner Bildungsarbeit gerückt und die Träger politischer Bildung damit angeregt, ihre Angebote zu diesem Themenfeld weiter auszubauen und neue Formate zu entwickeln, die die Urteilsfähigkeit der Teilnehmenden über die Probleme von Flüchtlingen und Migranten verbessern und die Menschenwürde und Menschenrechte stärker thematisieren. Ziel war es ebenso, mit den Angeboten politischer Bildung auch Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten als Teilnehmende für gemeinsame Veranstaltungen zu gewinnen.

Foto: Flügelwesen/photocase.de

Die Entscheidung zu diesem Jahresthema ist in den Fachgremien des AdB gefallen und war beeinflusst von den Tragödien an den EU-Außengrenzen. Während des ganzen Jahres steigerte sich die Aktualität und Dringlichkeit des Themas weiter. Angesichts der großen Zahl Geflüchteter, die in Deutschland und Europa Schutz vor Krieg, Gewalt, Hunger und Angst suchen, und angesichts der damit verbundenen großen gesellschaftlichen Herausforderungen wurden zahlreiche Bildungsstätten aktiv.

Aktivitäten im AdB

Zur Vorbereitung des Jahresthemas fand vom 25. bis 26. November 2014 im Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter die AdB-Jahrestagung zu diesem Thema statt und wurde das Startsignal für die Aktivitäten der Mitgliedseinrichtungen im kommenden Jahr gegeben. Im Anschluss an die Jahrestagung verabschiedete die Mitgliederversammlung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten am 26. November 2014 eine Stellungnahme unter dem Titel: „Globale Migration – Zuwanderung, Flucht und Asyl im Fokus politischer Bildung" (s. AdB-Jahresbericht 2014).

Der AdB hat mit verschiedenen Aktivitäten auf dieses Jahresthema aufmerksam gemacht. So hat er sich u. a. auch an den Aktionstagen Politische Bildung 2015, die in diesem Jahr unter dem Schwerpunkt „Zuwanderung – Flucht – Asyl: Umgang mit Vielfalt in der politischen Bildung" standen und vom 5. bis 15. Mai 2015 stattfanden, beteiligt. Der Schwerpunkt der Aktionstage wurde auf der Website redaktionell begleitet. Es wurden Material und Projekte von verschiedenen Trägern vorgestellt, Berichte, Podcasts, Reportagen und Webtalks hochgeladen. Ebenso wurde ein Interview über die Aktivitäten des AdB eingestellt.

Auf seiner eigenen Jahresthemenseite hat der AdB eine Vielzahl von Veranstaltungen, Projekten und weiteren Vorhaben präsentiert, sowie viele Informationen zu Materialien und interessanten Links eingestellt. Durch das Jahresthema und die Aktionstage konnte dieses wichtige und aktuelle Thema in der politischen Bildung besondere Aufmerksamkeit erfahren.

Das Jahresthema reichte auch in den Alltag der Bildungsstätten und ihrer Mitarbeiter/-innen hinein. Es wurden neue Konzepte und Angebote für Flüchtlinge entwickelt, Seminare zur Stärkung

des demokratischen Zusammenlebens und der transkulturellen Kompetenz angeboten. Die Einrichtungen bekundeten ihre Solidarität mit den hier ankommenden Menschen und setzten sich für eine Willkommenskultur ein. Einige Einrichtungen nahmen selbst Flüchtlinge in ihren Häusern auf. Um diese Aktivitäten zu unterstützen, veranstaltete der AdB am 12. Oktober 2015 einen eintägigen Workshop. Er fand in Kooperation mit PRO ASYL und der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main statt.

Im Folgenden werden drei Beispiele der vielfältigen Bildungsarbeit in den Mitgliedseinrichtungen zu diesem Themenfeld vorgestellt:

Der Verein Soziale Bildung e. V. in Rostock hat am 1. Februar 2015 das Projekt **We come together – Regionales Handeln für Demokratie, Diversität & Partizipation** gestartet. Es wird aus Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben!" gefördert und hat eine Laufzeit bis zum 31. Januar 2019. Das 5-jährige Projekt richtet sich an Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund in strukturschwachen, ländlichen Regionen. Jugendliche aus der Region sowie Jugendliche mit Flucht- und Migrationshintergrund nehmen in diesem Projekt gemeinsam an antirassistischen, interkulturellen und demokratiefördernden Bildungsprozessen teil, die an ihren Interessen und Bedürfnissen ansetzen und die Reflexion eigener Einstellungen ermöglichen (www.soziale-bildung.org).

Vom 13. bis 20. November 2015 fand im Europahaus Aurich – Deutsch-Niederländische Heimvolkshochschule e. V. die internationale Jugendbegegnung **We, they, us – responsible immigration and equality in Europe** für Jugendliche aus Litauen, Finnland, Schweden, Deutschland und den Niederlanden statt. Etwa 50 junge Menschen gingen der Frage nach, warum Menschen ihre Heimat verlassen (müssen), welche Wege diese Menschen nehmen, welche Länder im Besonderen betroffen sind und wie eine „Willkommenskultur" gefördert werden kann. Die Jugendlichen recherchierten, welche Größenordnungen und welche Belastungen, aber auch welche positiven Effekte daraus für die Zielländer von Migrationsbewegungen resultieren. Es geht für die Jugendlichen darum, einen vorurteilsfreien, offenen Blick auf die Geschehnisse zu bekommen und sich eine eigene Meinung zu bilden und auf dieser Grundlage verantwortungsvoll zu handeln (www.europahaus-aurich.de).

Im November 2015 startete die Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland in Papenburg e. V. eine Fortbildungsreihe in drei Bausteinen für Lehrer/-innen und pädagogische Fachkräfte unter dem Titel **Irgendwo sind wir alle fremd – Zuwanderung und Integration aktiv gestalten**. Um den Prozess der Zuwanderung und Integration in unsere (nicht erklärte) Einwanderungsgesellschaft aktiv gestalten und (mit) steuern zu können, ist es notwendig, auf der Grundlage politikwissenschaftlicher und historischer Kenntnisse entschieden Position zu beziehen. Es bedarf historischer Kenntnisse über Flucht und Vertreibung in unterschiedlichen Zeitläufen, politikwissenschaftlicher Kenntnisse darüber, wie Zuwanderung und die Angst vor Fremden immer wieder für rechtspopulistische Strömungen empfänglich macht und wie eine aktiv gestaltete zukunftsorientierte Einwanderungspolitik diesen entgegenwirken könnte. Die Fortbildung hat daher das Ziel, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zu stärken und ihnen fachliche historisch-politische und pädagogisch-didaktische Kompetenzen zu vermitteln. Die Fortbildung wird in 2016 fortgeführt (www.hoeb.de).

Erfahrungen

Die Entscheidung für das Jahresthema erfolgte noch vor dem großen Zustrom von Geflüchteten im Jahr 2015, aber es war bereits abzusehen, dass die ohnehin schon unhaltbare Lage und das Schicksal der fliehenden Menschen noch weiter an Dramatik zunehmen würden. Die Situation hat sich weiter verschärft und wird die Gesellschaft, die Politik und die politische Bildung auch in Zukunft weiter beschäftigen. Mit dieser Themensetzung und seiner Stellungnahme hat der AdB eine klare Position bezogen und deutlich gemacht, dass es eines entschiedenen politischen Handelns bedarf.

Bei allen in diesem Jahr vom AdB und seinen Mitgliedseinrichtungen gestarteten Aktivitäten, sei es die Arbeit mit Geflüchteten, das Bereitstellen von Räumen, die Schulung von Ehrenamtlichen, der Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit etc., war von Beginn an deutlich, dass die politische Bildung die Lage der Flüchtlinge nicht verändern kann, dass sie aber die Urteilsfähigkeit im Umgang mit

Flucht und Migration schärfen, die Menschenwürde von Flüchtlingen zum Thema in den Veranstaltungen politischer Bildung machen kann und die Geflüchtete mit ihren Angeboten erreichen kann. Dies ist an vielen Orten gelungen. Die Arbeit hört aber natürlich nicht auf, sondern bedarf nun einer Verstätigung. Es bedarf weiterhin neuer Konzepte und Fortbildungen, um immer mehr Menschen sicherer und kompetenter im Umgang mit den zum Teil neuen Herausforderungen zu machen. Diese Herausforderungen liegen auf unterschiedlichen Ebenen, sind aber nicht grundsätzlich neu, da die Themen Flucht und Asyl, Migration und Integration schon lange Schwerpunkte politischer Bildung sind. Dennoch haben sich mit der aktuellen Entwicklung, mit der großen Zahl der ankommenden Menschen, die zum großen Teil eine traumatisierende Flucht hinter sich haben, die Dimensionen verändert. Auch die Stimmung in der Bevölkerung birgt neue Herausforderungen, durch die auf der einen Seite eine überwältigende Willkommenskultur deutlich wird, auf der anderen Seite aber durch die vielen fremdenfeindlichen Anschläge, die Demonstrationen, auf denen die demokratischen Grundrechte infrage gestellt werden, eine große Verunsicherung und ein nur schwer auszuhaltender Hass, der nicht unkommentiert bleiben darf.

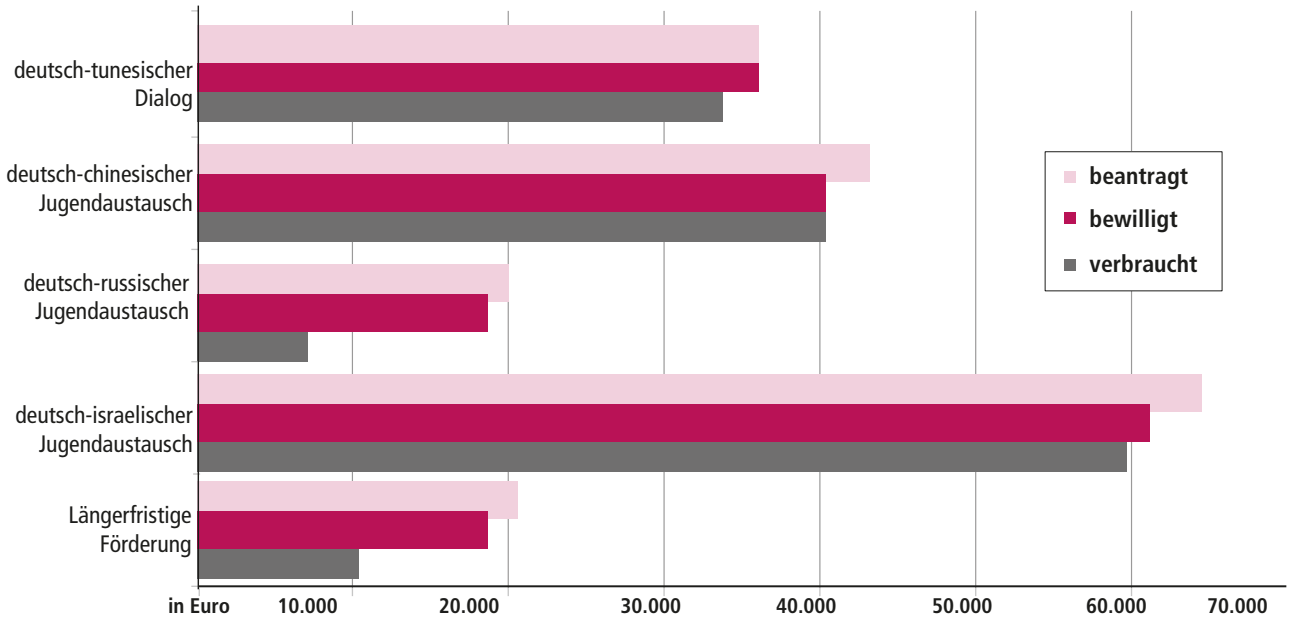
Die politische Bildung wird sich weiterhin positionieren und weiterentwickeln müssen, um die demokratischen Kräfte in unserer Gesellschaft zu stärken und die vielen Aufgaben, die auf die Gesellschaft zukommen, gemeinsam mit anderen zu bewältigen.

Die qualitative Vertiefung wagen! Weiterentwicklung der europäischen und internationalen politischen Bildungsarbeit im AdB

Internationale Zentralstellenarbeit für internationale Jugend- und Fachkräfteaustauschmaßnahmen, die Weiterentwicklung des Profils internationaler Arbeit, bundeszentrale Qualifizierungsprojekte sowie europäische Vernetzungs- und Vertretungsarbeit waren 2015 die Schwerpunkte der internationalen Bildungsarbeit im AdB. In allen Schwerpunkten gab es eine hohe Aktivitätendichte.

Internationale Zentralstellenarbeit

Der AdB konnte im Rahmen seiner Zentralstellentätigkeit für internationale Jugendarbeit Projekte seiner Mitgliedsorganisationen im deutsch-russischen, deutsch-chinesischen und deutsch-israelischen Jugend- und Fachkräfteaustausch aus Mitteln des KJP-International unterstützen. Zudem konnten mehrere Programme im Rahmen der Längerfristigen Förderung internationaler Arbeit gefördert werden, dies betraf 2015 hauptsächlich Maßnahmen des deutsch-mongolischen Jugendaustauschs. Insgesamt konnten von 26 beantragten Projekten 19 Maßnahmen unterstützt werden. Die internationale Zentralstelle des AdB ist in den letzten Jahren gewachsen, dennoch ist sie im Vergleich mit Zentralstellen anderer Verbände noch immer klein. Das noch immer bescheidene Antragsvolumen macht es schwierig, nicht verbrauchte Mittel rechtzeitig umzuverteilen. Dies kann in Programmen mit genügend Antragsvolumen unkompliziert bewerkstelligt werden. Bei nur wenigen Antragstellern kommt es hingegen ungewollt zu Rückläufen mangels Masse. Diese zu kompensieren bedeutet nach wie vor eine Herausforderung und kann nur durch einen weiteren Ausbau im Verband bewerkstelligt werden.



Europäische und Internationale Bildung / Zentralstellenarbeit 2015

Von knapp 180.000 EUR für internationale Begegnungsmaßnahmen über den AdB beantragten Mitteln konnten nach Bewilligung von 150.000 Euro von den Mitgliedern effektiv 130.238 EUR zur Umsetzung ihrer Maßnahmen im Jugend- und Fachkräfteaustausch genutzt werden.

Profilbildung – neues Selbstverständnispapier

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB) hat unter Einbeziehung aller verbandlichen Gremien die qualitative Ausgestaltung und Weiterentwicklung seiner europäischen und internationalen Bildungsarbeit diskutiert und ein Positionspapier beschlossen, in dem eine Dimensionserweiterung der politischen Bildung in ihrer Gesamtheit vorgenommen wird (siehe Anhang). Politische Bildung wird international gedacht und die Diskurse und Fachthemen politischer Bildung werden vor dem Hintergrund internationaler Entwicklungen und Herausforderungen begriffen.

Angesichts der sich rapide verändernden nationalen und globalen Rahmenbedingungen und der daraus resultierenden Herausforderungen an Jugend- und Erwachsenenbildungsarbeit müssen die Voraussetzungen für eine adäquate Weiterentwicklung geschaffen werden. Globale wirtschaftliche und soziale Entwicklungen, Krisen und Konflikte sowie weltweite Wanderungsbewegungen wirken sich auch auf die internationale Bildungsarbeit, auf die Inhalte, Themen und Teilnehmenden aus und führen zu einer Re-Politisierung der internationalen Begegnungsarbeit. Zudem rücken sie die internationalen Fachkräfte- und Jugendaustauschmaßnahmen stärker in den Fokus des Politischen. So richten sich mittlerweile nicht nur jugendpolitische, sondern auch bildungs-, außen-, sicherheits-, wirtschafts- und entwicklungspolitische Erwartungen an die Begegnungen. Dieses ressortübergreifende Interesse führt auf internationaler Ebene zu einer Vernetzung bisher getrennter Politikfelder, zu einem erweiterten fachpolitischen Austausch, zu einer neuen politischen Rahmung von Fachdiskursen und damit auch zu Konsequenzen für die Bearbeitung auf nationaler Ebene. Diesem Prozess stellt sich der AdB mit seinem Positionspapier und mit einer Neuformulierung des Verständnisses internationaler Bildungsarbeit.

Bundeszentrale Qualifizierungsprojekte

Bundeszentrale Qualifizierungsprojekte dienen dem AdB zur Weiterentwicklung der europäischen und internationalen politischen Bildung, der Unterstützung von neuen Partnerschaften von Mitgliedsorganisationen sowie dem fachlichen bi- und multilateralen Dialog von Praktikerinnen und Praktikern zu Kernthemen politischer Bildungsarbeit. Über die Beteiligung an internationalen Forschungsprojekten können zudem die fachliche Profilbildung und Vernetzung des Verbands im internationalen Kontext vorangetrieben werden.

Der **Deutsch-Tunesische Austausch „Matters Gender 2015? Women's Rights Education in Transition"**, der in Hammamet/Tunesien, sowie im Internationalen Forum Bad Liebenzell stattfand, stellte sich die Frage nach Geschlechtergerechtigkeit und Gleichberechtigung in der Jugendarbeit in Tunesien und Deutschland. In Gesprächen mit Politikerinnen und Politikern, Schriftstellerinnen und Schriftstellern, Ärztinnen und Ärzten, Gleichstellungsbeauftragten, Mitarbeitenden aus Mädchentreffs, Verfassungsrechtlern sowie in methodischen Workshops arbeiteten die 20 Teilnehmenden zu Alltagsdiskriminierung und Machtverhältnissen. Die Begegnung ermöglichte einen fachübergreifenden Diskurs, da die Aufgabenfelder in den beteiligten Ländern in verschiedenen Politikbereichen ressortiert sind. Während in Deutschland Mädchenarbeit als integralen Bestandteil von Kinder- und Jugendpolitik verstanden wird, gehört es in Tunesien in den Bereich von Gesundheitspolitik.

Hieraus ergeben sich fachspezifisch unterschiedliche Fragen und Begrenzungen für Aufgabenwahrnehmungen und Definitionen. An der Schnittstelle zu arbeiten erwies sich für beide Seiten als fruchtbar und bereichernd.

„Is apolitical adolescence in a democracy possible?" Unter dieser Fragestellung trafen sich knapp 30 deutsche und tschechische Fachkräfte der politischen Bildung, der Jugendsozialarbeit und aus der Menschenrechtsbildung im März und Juni in Dresden und Prag. Die zweistufige Workshopreihe unter dem Titel **„Match it – Is apolitical adolescence in a democracy possible?"** wurde vom AdB gemeinsam mit den Partnern multikulturní centrum Praha (MKC), Brücke/Most-Stiftung und Tandem Regensburg durchgeführt und über das EU-Programm Erasmus+ unterstützt. Mit dem zweiteilig angelegten Format wurden zum einen wechselseitig jugendpolitische Problemlagen und an „jugendlicher Politikwahrnehmung" orientierte Herangehensweisen politischer Bildung erschlossen, zum anderen der Grundstein gelegt, um bilaterale Kooperationen anzugehen und ein gemeinsames Verständnis für bildungspolitische Diskurse zum „Aufwachsen junger Menschen in Europa" zu entwickeln. Gespräche mit Expertinnen und -experten

aus Forschung und Praxis, Diskussionen an außergewöhnlichen Lernorten wie dem Lernzentrum des Fanprojekts von Dynamo Dresden oder am DOX-Zentrum für zeitgenössische Kunst in Prag, ermöglichten die vertiefte Auseinandersetzung mit jugendlicher Politikdefinition und den Extremismus- und Populismusdiskursen in beiden Ländern. Methodentrainings rundeten das gelungen Projekt ab, das 2016 fortgesetzt wird.

Zu Beginn des Jahres 2015 konnte nach fast zwei Jahren Bemühungen die Beantragung von Fördergeldern im Rahmen der Europäisch-türkischen Initiative zu zivilgesellschaftlichen Dialogprozessen das **„European Dialogue Project to Strengthen the Culture of Democracy and the Rule of Law"** gestartet werden. Es wurde von der türkischen Partnerorganisation KACED Dernegi betreut. Verkürzt auf eine Laufzeit von knapp einem Jahr führten Vertreter/-innen des AdB und der AdB-Mitgliedsorganisation Owen e. V. gemeinsam mit den türkischen und lettischen Partnern drei Workshops zu Fragen von Demokratieerfahrung und Fragen der Rechtsstaatlichkeit durch. Dabei ging es insbesondere um die Rolle von Frauen. Das Projekt wurde im Rahmen der türkischen EU-Strategie durchgeführt und beinhaltete lokale Workshops in der Türkei sowie eine europäische Komponente, die den Austausch zu Erfahrungen und Arbeitskontexten der deutschen und lettischen Partnerorganisationen zum Inhalt hat. Insgesamt nahmen 40 Fachkräfte aus Deutschland, der Türkei und aus Lettland teil.

Im Rahmen des EU-Projekts **„ENGAGE – politisch bilden – beteiligen – Kinderrechte umsetzen mit 8- bis 12-Jährigen"** verantwortete der AdB die deutsche Fallstudie zu Politik und Praxis politischer Bildung mit Kindern. Es gibt bislang keine systematische Übersicht und wenig gesammeltes Wissen über politische Bildungsarbeit mit 8- bis 12jährigen Kindern. In welchen Bildungsbereichen und Jugendhilfebereichen ist die politische Bildung mit Kindern verortet? Wo und wie kooperieren diese Bereiche miteinander? Welche Hindernisse gibt es? Die ENGAGE-Studie möchte mit ihrer Arbeit im schulischen wie außerschulischen Kontext einen Beitrag leisten zur systematischen Aufarbeitung dieses Arbeitsfeldes und damit auch einen Beitrag leisten zur Umsetzung von Kinderrechten. Basierend auf den Studien sollen beispielhafte Lernmaterialien für politische Bildungsarbeit empfohlen und entwickelt werden. ENGAGE – wird gefördert über das EU-Programm Erasmus+ Contract. Die Partnerschaft umfasst Frankreich, Großbritannien, Österreich, Polen, Spanien und Deutschland.

Brayan Lee Rosa Rodriguez in der AdB-Geschäftsstelle

Über die beschriebenen Qualifizierungsprojekte hinaus konnte der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten Brayan Lee Rosa Rodriguez unterstützen, der eine **Studie zur Beteiligung von gesellschaftlichen Minderheiten in der politischer Jugendbildungsarbeit** erstellte im Rahmen eines über die NYU Wagner University unterstützten Forschungsprojekts. Brayan Lee Rosa Rodriguez arbeitete einige Wochen in der AdB-Geschäftsstelle in Berlin. Er besuchte mehrere Mitgliedseinrichtungen und führte Interviews. Die Studie erlangte einige Aufmerksamkeit und konnte u.a. auf dem World Educational Forum in Singapur (November 2015) präsentiert werden und wird ebenso auf der European Population Conference in Mainz (August 2016) vorgestellt.

Beratung, Austausch, Vertretungen und andere Aufgaben

Der AdB wirkt in verschiedenen Gremien, die für politische Bildung und den internationalen Austausch wichtig sind, mit und übernimmt auf diese Weise die fachliche Vertretung politischer Bildung in internationalen Kontexten. Mit seinen vielfältig und breit international arbeitenden Mitgliedsorganisationen ist der AdB ein Fachverband der bundesweit eine einmalige Expertise zu internationaler Arbeit versammelt. Angesichts der Ausdifferenzierung internationaler Arbeit im politischen Kontext erwächst der Geschäftsstelle eine immer größere Herausforderung, politische Prozesse zu begleiten und vice versa Entwicklungen auf der Mitgliederebene weiterzuverfolgen. Auch deswegen hat der AdB mit seinem internationalen Positionspapier eine Neuverortung politischer Bildungsarbeit angestoßen, die den Entwicklungsprozess hin zu einer erweiterten Themenorientierung sowie einer Re-politisierung politischer Bildungsarbeit auf der Akteursebene unterstützt.

Democracy and Human Rights Education in Europe – Netzwerk DARE

DARE
Democracy and Human Rights Education in Europe

Democracy and Human Rights Education in Europe DARE ist ein Netzwerk von 50 Organisationen aus 27 europäischen Ländern. Das Netzwerk hat sich gegründet, um die Anliegen von außerschulischer politischer Bildung und Menschenrechtsbildung auf europäischer Ebene besser vertreten zu können. DARE existiert seit 2002 und ist seit 2003 in Belgien registriert. Der Sitz der DARE-Geschäftsstelle ist beim AdB.

Politische Vertretung

Das europäische Bildungsnetzwerk DARE verabschiedete 2015 ein Positionspapier zum neuen EU Action Plan on Human Rights vom Mai 2015. Es verweist darin auf die Menschenrechtslage in der EU und fordert eine kohärente und glaubwürdige Ausrichtung nationaler und europäischer Politik auf Menschenrechte, Kinderrechte und Demokratie. Des Weiteren wirkten Mitglieder von DARE am Post-SDG-Prozess (Sustainable Development Goals) mit, der im September 2015 mit der Neuformulierung der Sustainable Development Goals durch die UN-Generalversammlung einen neuen Schwung bekam. Für die politische Bildung von besonderem Interesse ist insbesondere das SDG Target 4.7, Global Citizenship Education, das auch im Rahmen des Selbstverständnispapiers zur europäischen und internationalen Bildung des AdB als Leitbild für politische Bildung benannt wird. In Vorbereitung der Verabschiedung der Ziele durch die UN-Generalversammlung hatten sich verschiedene DARE-Mitglieder über mehrere Jahre an internationalen Arbeitsgruppen und advocacy-Prozessen beteiligt, mit dem Ziel „Global Citizenship Education" im Abschlussdokument zu verankern.

Infolge der Attentate in Paris und der Anschläge in Dänemark verständigten sich die Mitglieder des Europäischen Rates für Bildung im März 2015 darauf, eine Erklärung zur Förderung politischer Bildung und der gemeinsamen Werte von Freiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung zu verabschieden. Infolgedessen wurden die existierenden EU-Programme inhaltlich erweitert. DARE begleitete diesen Prozess mit der Erstellung eines Positionspapiers.

Darüber hinaus arbeitete DARE in der International Contact Group on EDC im Rahmen des Europarats mit sowie in der advocacy Gruppe der European Platform for Lifelong Learning.

Zentrale Aktivitäten

„Education for Democratic Citizenship and Human Rights Education against Extremism", war der Titel des Jahresworkshops von DARE, der vom 28. September bis 1. Oktober 2015 in Oslo stattfand. Hier machten sich die Mitglieder des Netzwerks mit Bildungskonzepten wie auch mit aktueller Radikalisierungs- und Extremismusforschung in Europa vertraut. Der Austausch über nationale Entwicklungen, politische Reaktionen und Programme sowie eigene Projekte und Praxisbeispiele standen dabei im Mittelpunkt.

Im Rahmen des DARE-Projekts „EDC-for all: Mainstreaming Education for Democratic Citizenship in Europe" wurden 2015 sieben Workshops in Portugal, Norwegen und Deutschland durchgeführt, um niedrigschwellige Zugängen zur politischen Jugendbildung kennenzulernen und auszuprobieren. Zwei eigens entwickelte niedrigschwellige Spiele „S*intro" und „ja!do" wurden dabei getestet. Im Anschluss ging ein projektbegleitender Report im Rahmen der DARE BLUE LINES Serie in Druck. Darin wird auf das europäische Transferinnovationsprojekt aufmerksam macht.

Als Resultat eines Studienbesuchs und fachlicher Interviews mit mehreren AdB-Einrichtungen wurde zudem eine Strategie zum Aufbau eines lokalen Trainingszentrums für Jugendliche in der Stadt Sintra in Portugal erarbeitet.

Qualifizieren und Qualität sichern – Fortbildungen und Fachtagungen im AdB

Mit den Fortbildungen und Fachtagungen, die der AdB in diesem Jahr für seine Mitgliedseinrichtungen anbieten konnte, wurden sehr unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt, die aber letztlich alle die zentralen Fragen beinhalteten, wie Bildungsstätten und politische Bildung zeitgemäß gestaltet sein müssen und wie sie auf aktuelle Herausforderungen reagieren können, um die Gesellschaft aktiv mitzugestalten. Mit den angebotenen Fortbildungen und Fachtagungen konnten unterschiedliche Ebenen angesprochen werden: Es ging um die Rolle und den Wandel von Bildungsstätten und um die Frage, wie Bildungsstätten zukunftsfest gemacht werden können. Es ging darum, wie die politische Bildung auf veränderte Lernformen und die Digitalisierung reagieren sollte, aber auch, wie die Hauswirtschaft und die Haustechnik den immer höher werdenden Anforderungen gerecht werden können.

Bildungsstätten – Lernorte der Zukunft

Ausgehend von den zwei Studien „Lernort Heimvolkshochschule" (Falko von Ameln) und „Biographische Nachhaltigkeit politischer Bildung" (Achim Schröder, Nadine Balzter, Yan Ristau) diskutierten vom 9. bis 10. Februar 2015 Vertreterinnen und Vertreter aus Bildungsstätten die Herausforderungen und Chancen für Bildungsstätten als Lernorte der Zukunft. Die Fachtagung wurde vom AdB gemeinsam mit dem Niedersächsischen Landesverband der Heimvolkshochschulen geplant und in der Ländlichen Heimvolkshochschule Mariaspring durchgeführt. Es wurde diskutiert, welche Bedeutung dem Lernort Bildungsstätte für die erfolgreiche Gestaltung politischer Bildung zukommt. Beide Studien und auch die Diskussionen während der Tagung attestieren den Bildungsstätten als Lernorte einen unverzichtbaren Wert für die politische Bildung, denn Bildungsstätten sind darauf ausgelegt, Bildungsprozesse zu ermöglichen und zu unterstützen, eine anregende und motivierende Lernumgebung zu schaffen und nicht zuletzt Wertschätzung gegenüber den Teilnehmenden auszudrücken. Deutlich wurde in der Tagung aber auch, dass sich Bildungsstätten auf dem erreichten guten Stand weder ausruhen wollen noch können. Neue gesellschaftliche Entwicklungen und förderrechtliche Anforderungen, geänderte Erwartungen und Ansprüche der Teilnehmenden sowie neue Formen des Lernens machen es immer wieder erforderlich, über neue Konzepte und Ideen nachzudenken und diese zu entwickeln.

In den Workshops am zweiten Tag der Tagung wurde dann auch über die Entwicklung angemessener Konzeptionen und Strategien nachgedacht. Dabei ging es um die konzeptionelle Verbindung der Bildungsarbeit in den Einrichtungen mit neuen Formen dezentraler Bildungsanlässe, um die Frage der Reichweite und der Erreichbarkeit von Zielgruppen, um die regionale und überregionale Vernetzung, sowie um die Herausbildung eines eigenen Profils. Fragen nach dem Umgang mit neuen Formen der Vergemeinschaftung und Gruppenbildung sowie der Einbindung aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse in die praktische Bildungsarbeit konnten während der Tagung nur angerissen werden, bedürfen also einer weiteren Bearbeitung.

Die Bildungsstätten verstehen sich als Bildungsanbieter und wollen als solche wahrgenommen werden. Das heißt, dass sie sich in den aktuellen Diskursen positionieren und diese aktiv mitgestalten müssen. Dafür war diese Fachtagung ein wichtiger Auftakt.

In 17 Pressemitteilungen positionierte sich der AdB zu aktuellen Fragen.

Wie attraktiv ist die Ausbildung zur Hauswirtschafterin in Bildungsstätten? Fachtagung für Hauswirtschaftsleitungen

Mit der Frage, wie attraktiv die Ausbildung zur Hauswirtschafterin in Bildungsstätten ist, beschäftigten sich Hauswirtschaftsleitungen aus den AdB-Mitgliedseinrichtungen vom 17. bis 20. Februar 2015 in der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte (EJBW) in Weimar. Die Teilnehmenden analysierten die Ausbildungssituation in den Bildungsstätten und die zurückgehende Nachfrage nach Ausbildungsplätzen, wie sie in vielen Berufsfeldern festzustellen ist. Der demografische Wandel hat Auswirkungen auf den Bereich der dualen Ausbildung und führt, auch an attraktiven Standorten, zu nicht besetzten Ausbildungsplätzen und nur zu wenigen Bewerbungen.

Die Bemühungen zur Steigerung der Attraktivität der Hauswirtschaft als Ausbildungs- und Arbeitsplatz müssen vorangetrieben werden, forderte Birgit Walther vom Bundesverband Hauswirtschaft in ihrem Vortrag und stellte die Vielseitigkeit des Berufs heraus. Die Hauswirtschaftsleitungen schlossen sich dieser Auffassung an und entwickelten vielfältige Ideen, wie sich Bildungsstätten besser und sichtbarer als Ausbildungsbetriebe präsentieren können. Neben der Kooperation mit Berufsschulen, eigenen Informationsmedien und gezielten Stellenausschreibungen wurden Strategien zur Präsenz bei sogenannten Ausbildungsmessen entwickelt, die flankiert werden mit weiterführenden Informationen auf den jeweiligen Homepages der Einrichtungen und einem Print-Produkt, wie z. B. einem Flyer.

Die Teilnehmenden waren sich einig, dass die Ausbildung eigenen Personals für die Arbeitsprozesse im Haus von Vorteil ist und daher einen hohen Nutzen hat, obschon nicht immer eine Übernahme nach erfolgreich absolvierter Ausbildung erfolgen kann.

Die „Vorläufige Lebensmittelinformations-Ergänzungsverordnung" mit ihren Vorschriften zur Kennzeichnung von Zusatzstoffen und Allergenen in Einrichtungen mit Gemeinschaftsverpflegung, forderte ebenfalls die Aufmerksamkeit der Tagungsteilnehmenden, die die eigenen Erfahrungen und die Möglichkeiten der Umsetzung dieser Verordnung diskutierten und Lösungen entwickelten. Aufsteller und Aushänge im Speisesaal einer Bildungsstätte wurden als wirkungsvollster Weg angesehen, um Speisepläne nicht zu überfrachten. Einige Lebensmittellieferanten haben bereits entsprechende Info-Materialien erstellt und den Gemeinschaftsverpflegern zur Verfügung gestellt, dennoch liegt die Herausforderung für die Bildungsstätten darin, für ihre unterschiedlichen Zielgruppen aus dem In- und Ausland, aber auch aus unterschiedlichen Kulturen, entsprechend aufbereitete Informationen anzubieten.

Herausforderung Heterogenität. Politische Bildung und die Perspektive der Teilhabe

Am 28. April 2015 lud der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin zur Fachtagung „Herausforderung Heterogenität. Politische Bildung und die Perspektive der Teilhabe" in das Rote Rathaus Berlin ein. Die außerordentlich große Resonanz auf die Ausschreibung zu dieser Veranstaltung zeigte, wie wichtig und aktuell das Thema ist.

Die Fachtagung verstand sich als Auftakt zu einer Veranstaltungsreihe der Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung", die mit dem ersten Heft 2015 mit einem neuen Konzept und neuem Layout erschienen ist. In jedem Jahr wird eine Veranstaltung zum jeweiligen thematischen Schwerpunkt des ersten Heftes in Kooperation mit einer anderen Einrichtung oder Organisation und in einem anderen Bundesland durchgeführt. Das Schwerpunktthema der ersten Ausgabe 2015 lautete „Heterogenität und Differenz in der politischen Bildung". Mit dieser Veranstaltung wurde an die Beiträge in der Zeitschrift angeknüpft, wurden einige Aspekte vertieft und neue Akzente gesetzt. Sie leistete das, was auch die Fachzeitschrift seit vielen Jahren tut: Sie griff ein sehr aktuelles Thema auf und setzte es in den Kontext der politischen Bildung. Sie schaffte einen Dialog zwischen Theorie und Praxis und brachte Beispiele politischer Bildung ins Gespräch, in denen es bereits gelingt, sich der Herausforderung Heterogenität in vielfältiger Weise zu stellen.

Heterogenität und Teilhabe sind zentrale Themen der politischen Bildung. Heterogenität verweist darauf, gegenüber bestehender Vielfalt sensibel zu sein. Sie kann, wie es sich aktuell besonders zeigt, mit sozialer Ungleichheit einhergehen – Ungleichheit, die in gesellschaftliche Strukturen eingeschrieben ist, die die Sichtbarkeit und Repräsentanz von Gruppen prägt und die auch in Identitätsbildungsprozesse einfließt. Mit der UN-Behindertenrechtskonvention von 2009 sind menschenrechtliche Diskurse auf bemerkenswerte Weise erweitert worden. Die in der Konvention mehrfach betonte Verpflichtung, die wirksame volle und gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Handlungsfeldern sicherzustellen und menschliche Vielfalt anzuerkennen, muss auch Konsequenzen für die politische Bildung haben.

In ihrem einführenden Vortrag gab Professorin Dr. Astrid Messerschmidt von der Technischen Universität Darmstadt einen profunden Einblick in den wissenschaftlichen Diskurs zu Diversität, Diskriminierung und plurale Zugehörigkeit. Sie half, die vielen verschiedenen Begrifflichkeiten und Theorien im wissenschaftlichen und historisch-politischen Kontext einzuordnen und benannte aktuelle Herausforderungen wie z. B. den Rechtspopulismus, religiös motivierten Rassismus und institutionelle Diskriminierungserfahrungen. In einer Podiumsdiskussion, die von Ina Bielenberg, Geschäftsführerin des AdB, moderiert wurde, stellten sich die Referentin sowie Dr. Melanie Piepenschneider, Leiterin der Hauptabteilung Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Roland Wylezol, Bildungsreferent in der Jugendbildungsstätte Kaubstraße Berlin und Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, der Diskussion und benannten die Herausforderungen, die sich in der Praxis politischer Bildung ergeben. Mit einem kurzen Interview mit Dr. Sandra Reitz, Leiterin der Abteilung Menschenrechtsbildung im Deutschen Institut für Menschenrechte, konnte die menschenrechtliche Perspektive auf das Thema in den Fokus gerückt werden.

Fachtagung „Führen und Leiten in Bildungseinrichtungen“

Die Fachtagung zum Thema „Führen und Leiten in Bildungseinrichtungen“ fand vom 23. bis 24. September 2015 im Studienhaus Wiesneck – Institut für politische Bildung Baden-Württemberg e. V. statt.

Bildungseinrichtungen sind dynamische Organisationen. Sie unterliegen kontinuierlichen Veränderungen, die sich sowohl innerhalb der Bildungseinrichtung vollziehen als auch von außen angestoßen werden. Diese Veränderungen stellen die Leitungen von Bildungsstätten beständig vor neue Herausforderungen. Es müssen immer wieder neue Ideen entwickelt werden, da Lösungswege, die in der Vergangenheit funktioniert haben, oft nicht mehr ausreichen, um den immer komplexer werdenden Anforderungen gerecht zu werden.

In dieser Veranstaltung setzten sich die Teilnehmenden daher mit der anspruchsvollen Leitungstätigkeit auseinander. Themen waren die Koordinierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Abläufe in den Einrichtungen, die Auseinandersetzung mit den Strukturen, mit dem Umfeld und den zwischen den Akteuren bestehenden Dynamiken. Unter Einbringung eigener Expertise und gemeinsam mit dem Referenten Meinrad Bumiller von der Beratersozietät Bumiller & Saible wurden die Arbeitsfelder Organisationsstrukturen, Leitungskompetenzen, Teamführung und Konfliktmanagement ausführlich erörtert. Nach Austausch und Diskussion der Ergebnisse aus den Workshops waren sich alle Teilnehmer/-innen einig, dass zum Führen und Leiten einer Bildungseinrichtung ein erfolgreicher Spagat zwischen fachlich-pädagogischen Anforderungen und Managementaufgaben gehört.

Informationstagung zum Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ 2017–2022

Das Programm „Politische Jugendbildung“ ist ein Markenkern der Bildungsarbeit im Verband. Über dieses Programm wird die Arbeit von Jugendbildungsreferentinnen und -referenten in den Mitgliedseinrichtungen des AdB gefördert. Die politische Jugendbildung soll junge Menschen in ihrer Entwicklung zu selbstbestimmten, verantwortungsbewussten und demokratisch handelnden Bürgerinnen und Bürgern bestärken. Sie ist in der Lebenswelt der Jugendlichen verankert, motiviert zur Mitwirkung im eigenen Umfeld und befähigt zu zivilgesellschaftlichem Engagement.

Die aktuelle sechsjährige Förderphase des Programms läuft 2016 aus. Zeit also, um die neue Programmphase 2017–2022 vorzustellen und die zukünftige Ausrichtung der politischen Jugendbildung im AdB zu diskutieren. Dafür lud der AdB vom 29. bis 30. September 2015 Leitungen und pädagogische Mitarbeiter/-innen der Mitgliedseinrichtungen in die Ländliche Heimvolkshochschule Mariaspring in Bovenden bei Göttingen ein. Im Mittelpunkt der Tagung standen die vier geplanten zukünftigen Themenschwerpunkte: „Digitale Medien und Demokratie“, „Zuwanderung, Flucht und Asyl“, „Erinnerungskultur und Teilhabe“, „Arbeit und Lebensperspektive“. Die Teilnehmenden nutzten die Gelegenheit, sich über die vom Vorstand des AdB entwickelten Themen zu informieren, diese zu diskutieren und weitere Ideen, Gewichtungen oder auch Desiderate zu benennen. Ziel der Tagung war es zudem, die Strukturen des Programms, die Teilnahmebedingungen sowie die Kriterien für die zu erarbeitenden Konzepte bekannt zu machen. Die Ergebnisse dieser Beratungen wurden in den Vorstand zurückgegeben. Das vom Vorstand überarbeitete Programm wurde dann bei der Mitgliederversammlung im November 2015 verabschiedet.

Die Tagung war von einer intensiven Arbeitsatmosphäre geprägt und die Gelegenheit, die thematische Ausrichtung des Programms mitzugestalten, wurde rege wahrgenommen. Diese konstruktive Atmosphäre wurde durch das positive Ambiente des Tagungshauses und die gute Versorgung hervorragend unterstützt.

Workshop „Flucht, Asyl und Migration als Thema der politischen Bildung“

Das Jahresthema 2015 des AdB wurde durch diesen Workshop noch einmal sehr konkret aufgegriffen. Er wurde von der AdB-Geschäftsstelle in Kooperation mit der Bildungsstätte Anne Frank und PRO ASYL am 12. Oktober 2015 in der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main veranstaltet. Marei Pelzer von PRO ASYL gab u. a. einen Einblick in die aktuellen Aspekte und Herausforderungen der Flüchtlings- und Asylpolitik in Deutschland und der EU. Sie wies darauf hin, dass sich die EU laut geltendem Völkerrecht nicht abschotten dürfe und informierte kritisch über die anstehenden Asylrechtsverschärfungen, deren Verabschiedung vom deutschen Bundestag für die Woche vom 12. bis 16. Oktober 2015 erwartet wurde. Auch machte sie deutlich, dass die von den Gesetzesänderungen vor allem betroffenen Asylsuchenden aus dem Westbalkan nur einen kleinen Teil der Geflüchteten ausmachen würden (7 % der Flüchtlinge). Ein Großteil der Flüchtlinge (80 %) käme aus Ländern wie Syrien und Irak. Die Reformen würden die Gruppe der Asylsuchenden aus dem Westbalkan unnötig in den Vordergrund rücken und stigmatisieren. Weiterhin warnte sie vor einer Kriminalisierung geflüchteter Menschen in Folge des 10-Punkte-Plans der EU, der unter anderem die Vernichtung von Schleuserbooten vorsehe. Es stelle sich die Frage, wie diese Absicht umzusetzen sei, ohne auch flüchtende Menschen in den Booten zu treffen und Menschen als Schleuser zu verhaften, die dies gar nicht sind.

In drei Workshops stellten Gertrud Gandenberger vom Internationalen Forum Burg Liebenzell, Aylin Kortel von der Bildungsstätte Anne Frank und Henning Wötzel-Herber vom ABC-Bildungs- und Tagungszentrum Projektbeispiele der politischen Bildungsarbeit im Themenfeld Asyl und Migration vor. In einer weiteren Arbeitsrunde wurde diskutiert, welche Bildungsformate für Geflüchtete geeignet sind, wie die Finanzierung der Angebote gesichert werden kann und welche flüchtlingspolitischen Themen für die politische Bildungsarbeit in Zukunft wichtig sind.

Fortbildungstagung für Haustechniker in Bildungsstätten

Stellt die immer besser werdende LED-Technologie eine Alternative zu den vielen Leuchtstoffröhren in Seminarräumen und Speisesälen dar? So lautete die zentrale Frage während der diesjährigen Fachtagung für Haustechniker, die vom 13. bis 16. Oktober 2015 in der Deutsch-Niederländischen Heimvolkshochschule e. V., Europahaus Aurich stattfand. Bisher konnten in den Einrichtungen sehr unterschiedliche Erfahrungen mit der neuen Technologie gesammelt werden. Torsten Wedler, unabhängiger Lichtberater und Experte aus Oldenburg, stellte einen Zusammenhang zwischen der Emotionalität von Licht und der technischen Umsetzung dar. Entscheidend dabei ist die „Lichttemperatur“: Lichtquellen mit hohem Blau-Licht-Anteil haben sich als wirkungsvoller für Seminarräume erwiesen, da sie wacher halten, während sogenanntes warmweißes Licht („830er-Licht“) zu schnelleren Ermüdung der Seminarteilnehmenden führt. Die Umstellung auf LED bietet sich nach Einschätzung der Haustechniker insbesondere für Flure an, Seminar- und Tagungsräume können durchaus weiter mit qualitätsvollen Leuchtstoffröhren betrieben werden. LEDs zeichnen sich durch ihre lange Haltbarkeit (ca. 50.000 Std.) und ihren geringen Stromverbrauch aus. Da Leuchtmittelhersteller zunehmend komplett auf LED umsteigen, müssen auch die Bildungsstätten diese Produkte stärker in den Blick nehmen und gezielt einsetzen.

Anhand ausgewählter Beispiele erarbeiteten die Tagungsteilnehmer Konzepte und Vorschläge für Beleuchtungskonzepte in Bildungsstätten wie z. B. Speise- und Seminarräumen, Flure sowie Empfangsbereiche und ermittelten die unterschiedlichen Stromverbräuche bei gleichbleibender Beleuchtungsstärke (Lux).

Die Frage, wo der benötigte Strom dafür herkommt, beschäftigte die Teilnehmer im weiteren Verlauf der Tagung während einer Exkursion zum größten Windenergieanlagenhersteller Deutschlands, Enercon, der seinen Firmensitz und einen Großteil seiner Produktionsstätten in Aurich hat. Besichtigt wurde die Herstellung der Generatoren und der Rotorblätter, die in einem aufwendigen Verfahren produziert werden, um so effizient wie möglich Strom zu produzieren. Der anschließende Aufstieg auf den Turm einer Windenergieanlage vermittelte einen sinnlichen Eindruck dieser Art der Gewinnung regenerierbarer Energie bei typisch ostfriesischem Wetter.

Die neue Betriebssicherheitsverordnung mit seinen konkretisierten Bestimmungen zur Bereitstellung von Arbeitsmitteln durch den Arbeitgeber rundete das Tagungsprogramm ab. Im Wesentlichen diskutierten die Haustechniker die Beschaffung, Einweisung und Inbetriebnahme von Werkzeugen, Maschinen und Arbeitsgeräten und die damit verbundenen Dokumentationspflichten des Arbeitgebers aus Sicht der Praxis und entwickelten erste Ideen für entsprechende Verfahrensbeschreibungen, die jede Bildungsstätte vornehmen sollte, um den gesetzlich Anforderungen gerecht zu werden.

On- und offline kommunizieren. Social Media und Öffentlichkeitsarbeit; Kommunikationskonzepte und Krisenkommunikation

Vom 9. bis 10. November 2015 fand im Sozialpädagogischen Fortbildungsinstitut – Jagdschloss Glienicke in Berlin eine Fortbildung statt, die sich an die für Öffentlichkeitsarbeit in den AdB-Mitgliedseinrichtungen zuständigen Referentinnen und Referenten richtete. Diese Veranstaltung war der Auftakt für eine Fortbildungsreihe, die den Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit geben soll sich auszutauschen, Fragen und Probleme zu thematisieren und nach Antworten zu suchen. Es wurden zwei Themenfelder in den Fokus gestellt, die sich in einer Befragung der Mitgliedseinrichtungen als besonders wichtig herauskristallisiert haben: Social Media und Krisenkommunikation.

Das Thema „Social Media und Öffentlichkeitsarbeit“ nahm die Rolle und die Einsatzmöglichkeiten von Social Media in den Bildungseinrichtungen in den Blick. Christian Müller, Sozialpädagoge, Coach und Kommunikationsberater für kleine und mittlere Unternehmen, für Bildungsträger und soziale Einrichtungen, stand als Experte für die Fortbildung zur Verfügung. Er verstand es, die Teilnehmenden mit Sachverstand und Begeisterung für die Themen zu interessieren, gab viele wichtige und hilfreiche Tipps und machte an verschiedenen Beispielen deutlich, wie welche Inhalte am besten transportiert werden können und welche Fallstricke zu beachten sind. Deutlich wurde: Social Media sind immer nur ein Teil der Gesamtkommunikation und müssen mit einem klar formulierten Ziel in ein Gesamtkonzept einer Bildungseinrichtung eingebettet werden. Grundlagen für das Engagement in den Social Media sind das Profil sowie die Website der Einrichtung oder Organisation.

Das zweite Thema widmet sich den Kommunikationskonzepten in Bildungseinrichtungen und da insbesondere der Krisenkommunikation: Wie gehen Bildungseinrichtungen mit Krisen um? Wie kommunizieren sie Veränderungen? Wie erreichen sie Resonanz in den Medien? Wichtig war hier sowohl die Kommunikation nach innen als auch nach außen. Krisenkommunikation sollte immer die Vorbereitung auf einen Fall sein, der hoffentlich nicht eintritt, und nicht erst die Reaktion auf eine Krise. In diesem Sinne gilt es, Verfahrensabläufe festzuschreiben, Verantwortlichkeiten zu klären und Sprachregelungen zu treffen.

Diese Fortbildung hat gezeigt, wie wichtig der Austausch über Themen der Öffentlichkeitsarbeit in Bildungseinrichtungen ist. Sie hat ebenso gezeigt, dass der Stand und die Voraussetzungen in den Bildungseinrichtungen, z. B. was das Nutzen von Social Media betrifft, sehr unterschiedlich sind und daher die hervorragende Möglichkeit besteht, voneinander zu lernen. Das Netzwerk Öffentlichkeitsarbeit im AdB hat somit einen wichtigen Schritt für die zukünftige Zusammenarbeit getan. Weitere interessante Fortbildungen werden folgen.

„Wie wollen wir zusammen leben? Armut und Reichtum in der Demokratie“

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten wird im Jahr 2016 den Schwerpunkt seiner Arbeit auf das Thema „Wie wollen wir zusammen leben? Armut und Reichtum in der Demokratie“ legen. Als Einstimmung auf das Jahresthema wurde vom 23. bis 24. November 2015 eine Fachtagung in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing als Kooperationsveranstaltung zwischen Verband und Mitgliedseinrichtung durchgeführt.

Die Frage „Wie wollen wir zusammen leben?" ist eine Kernfrage unserer Profession, so Ulrich Ballhausen, Vorsitzender des AdB-Vorstands, am Beginn der Tagung. Er begrüßte die zahlreichen Teilnehmenden an der Fachtagung und machte deutlich, dass diese Frage alle zentralen Kategorien von Politik – Konflikt, Interesse, Macht, Herrschaft, Konsens, Willensbildung – berührt.

Dr. Judith Niehues vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln gab mit ihrem einführenden Beitrag einen profunden Einblick in verschiedene Daten und Analysen, die die Entwicklung von Armut und Reichtum in Deutschland sichtbar machen können. Deutlich wurde in ihrem Vortrag, dass alleinerziehende Menschen, junge Erwachsene, Menschen mit Migrationshintergrund und Arbeitslose einem besonders hohen Armutsrisiko ausgesetzt sind. Bei Menschen in den ostdeutschen Bundesländern ist das Armutsrisiko höher als in den alten Bundesländern, auf dem Land höher als in der Stadt. Aber, so Frau Dr. Niehues, trotz anderslautender Vermutungen sei seit ca. 2005 die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinandergegangen, die Zahl der armen Menschen nicht weiter gestiegen. Diese aus der Datenlage abzulesende Erkenntnis gehe aber nicht mit der „gefühlten" Einschätzung der gesellschaftlichen Situation einher: Viele Menschen vermuteten, so Niehues, dass die Verteilung der Einkommen auf die Bevölkerung einer Pyramide gleiche, es also viele arme und sehr wenige reiche Menschen gäbe. De facto zeige das Schaubild aber eine Art Kreisel mit einer ausgeprägten breiten Mitte.

Diese Problematik wurde auch in dem Podiumsgespräch am ersten Veranstaltungstag aufgegriffen: Professor Dr. Ulrich Eith, Studienhaus Wiesneck, Dr. Moritz Kilger, Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar, diskutierten – moderiert von Boris Brokmeier – mit Dr. Judith Niehues die Ursachen der gefühlten Ungerechtigkeit. Ulrich Eith stellte eine Verbindung zum Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger her und beschrieb grob drei Gruppen: Zur ersten Gruppe zählen Menschen, die Wählen als Bürgerpflicht ansehen und von Politik das Bearbeiten und Lösen von Problemen erwarten. Eine zweite Gruppe hat ein hohes politisches Interesse, will Politik aber nicht allein Politikerinnen und Politikern überlassen, sondern selbst aktiv mitgestalten. Und zur dritten Gruppe gehören Menschen, die wenig oder kein politisches Interesse zeigen und weit entfernt sind von jeder Form von Beteiligung. Diese Aufteilung könne, so Ulrich Eith, an vielen Beispielen deutlich gemacht werden. Und diese Beispiele wiederum zeigen bei genauerer Betrachtung, dass diese Gruppe mit der Gruppe korreliert, die Judith Niehues als die ausgemacht hat, die von Armut bzw. vom Armutsrisiko am meisten betroffen ist. Entscheidende Faktoren für politische und gesellschaftliche Beteiligung und Nicht-Beteiligung – nicht nur an Wahlen – sind demnach die Faktoren Alter, soziale Lage, Einkommen und Bildung.

Der zweite Tag der Fachtagung begann mit einer intensiven Workshop-Phase: In drei parallelen Workshops wurde den Teilnehmenden die Gelegenheit gegeben, einzelne Aspekte von Armut und Reichtum in der Demokratie zu fokussieren und mit den Herausforderungen für die politische Bildungsarbeit zu verbinden:

Im ***ersten*** Workshop diskutierten die Teilnehmenden auf der Grundlage eines Inputs von Mattias Fiedler von der Bewegungsstiftung die Fragen, „Wohin mit dem Geld? Engagement für politische Bildung durch private Stiftungen".

Im ***zweiten*** Workshop „Bildung als Schlüssel gegen Armut. Was kann politische Bildung erfolgreich dazu beitragen?" setzten sich die rund 20 Teilnehmenden mit der Kampagne „Aktiv gegen Armut" des Internationalen Bundes (IB) auseinander, die von Gerti Wolf als dafür zuständigen Referentin des IB vorgestellt wurde.

Der ***dritte*** Workshop widmete sich dem „Umgang mit bildungsfernen Zielgruppen – eine Herausforderung für die politische Erwachsenenbildung". Mark Kleemann-Göhring von der Universität Duisburg-Essen stellte in seinem Input u. a. das Projekt „Potenziale der Weiterbildung durch den Zugang zu sozialen Gruppen entwickeln" vor und diskutierte mit den Teilnehmenden, mit welchen Formaten und durch welche Maßnahmen bildungsferne Zielgruppen in der politischen Erwachsenenbildung am besten erreicht werden können.

In seinem Vortrag am zweiten Tag der Fachtagung bestätigte Professor Dr. Michael Hartmann, Technische Universität Darmstadt, verschiedene Erkenntnisse des Vortags, lenkte den Blick aber auch auf weitere Fakten. Er referierte, dass in den 80er und 90er Jahren die Einkommen und die Vermögen der reichen Menschen in Deutschland stark gestiegen seien. Er machte auf den politischen und gesellschaftlichen Einfluss der sehr reichen Bevölkerungsschicht aufmerksam und legte dar, wer z. B. besonders von den Entscheidungen in der Steuerpolitik profitiert und wie die Prioritäten von politischen und gesellschaftlichen Problemen durch Meinungsführerschaften verschoben werden können.

In der anschließenden Diskussion stand die Frage im Mittelpunkt, wie es mit dem zentralen Versprechen der Demokratie auf prinzipiell gleiche Chancen bestellt sei, wenn sich ein so großer Teil von Bürgerinnen und Bürgern zurückzieht und jegliches Interesse an Politik und am politischen Geschehen verloren geht. Wie stabil kann eine Demokratie sein ohne die Zustimmung weiter Teile der Bevölkerung? Ist diese Politikferne auch ein Einfallstor für politische Populisten jeder Couleur? Und was kann und sollte die politische Bildung leisten, um auf diese Entwicklungen, auf die Ausgrenzung und Marginalisierung zu reagieren? Da die beschriebene soziale Ungleichheit eine große Herausforderung, wenn nicht gar Gefahr für die Demokratie ist, ist sie auch eine Herausforderung für die politische Bildung. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich einig, dass politische Bildung keine Sozialpolitik ersetzt. Es ist aber ihre Aufgabe, an den Interessen und Problemen der Teilnehmenden anzusetzen und deren Fragen nach gleichen Chancen, nach Ausgrenzung, Benachteiligung und Solidarität aufzugreifen. Auch wenn die Teilnehmenden das selbst oft nicht so sehen, sind dies im Kern hoch politische Fragen.

Ina Bielenberg, Geschäftsführerin des AdB, griff in ihrem Schlusswort noch einmal den Einstieg des Vorsitzenden zum Beginn der Tagung auf: Die Frage des Zusammenlebens in der Demokratie müsse die politische Bildung bewegen und bei ihren Aktivitäten und Inhalten immer wieder in den Fokus gerückt werden. Mit Blick auf den Untertitel des Jahresthemas und den Verweis auf Armut und Reichtum in der Demokratie müsse ebenso die Frage gestellt werden, ob das Gleichheitsversprechen der Demokratie – zumindest in Hinblick auf die politische Repräsentanz – mit der ungleichen Verteilung von materiellen Gütern, und damit verbunden dann auch mit der ungleichen Verteilung von sozialen, kulturellen, gesundheitlichen und Bildungsressourcen, zusammenpasst.

Am Ende der Tagung stand die Verabredung, als Träger und Organisationen der politischen Bildung weiterhin die gesellschaftlichen Ungleichheiten in Bildungsveranstaltungen zu benennen und verstärkt Menschen mit Armutsrisiko für die Bildungsarbeit zu gewinnen, sie für demokratische Beteiligungsverfahren zu mobilisieren und zu befähigen.

Erfahrungen und Ergebnisse

Mit insgesamt neun Fachtagungen und Fortbildungen hat der AdB ein ausgesprochen umfangreiches Veranstaltungsangebot konzipiert und organisiert. Alle Veranstaltungen waren sehr gut besucht, ein Beleg dafür, dass die unterschiedlichsten Berufsgruppen, die für eine gelingende Bildungsarbeit verantwortlich sind, Interesse an Austausch und Weiterbildung haben: Pädagoginnen und Pädagogen, Einrichtungsleiter/-innen, Hauswirtschaftsleitungen und Haustechniker, Jugendbildungsreferentinnen und -referenten, Teamerinnen und Teamer sowie Öffentlichkeitsreferentinnen und -referenten.

Sie alle tragen dazu bei, dass Bildungsstätten Bildungsanbieter sind, Orte des Diskurses und der Auseinandersetzung mit aktuellen Themen. Sie wollen als solche wahrgenommen werden. Daher ging es bei aller Unterschiedlichkeit der Veranstaltungen und Veranstaltungsthemen immer auch um das Sichtbarmachen politischer Bildung, um die Notwendigkeit, sich zu positionieren und Diskurse aktiv mitzugestalten.

Das Thema der Sichtbarkeit verbindet sich immer auch mit der Frage der Erreichbarkeit für bestimmte Zielgruppen. Diese Frage wurde vor allem in der Fortbildung für die Öffentlichkeitsreferentinnen und -referenten aufgegriffen. Wie können Social Media für die Bildungsstätten nutzbar gemacht werden? Mit der Nutzung digitaler Medien ist die Hoffnung verbunden, vor allem Jugendliche Nutzer über die Angebote zu informieren und sie zur Teilnahme zu animieren. Eine wichtige Rolle spielen soziale Medien aber nicht nur bei der Gewinnung von Teilnehmenden, sondern auch bei der Gestaltung des Aufenthaltes und damit bei der Gestaltung des Bildungsortes. Die Tagung zur Zukunft der Bildungsstätten hat sehr deutlich gemacht, dass neue Formen der Vergemeinschaftung, der Gruppenbildung und der Freizeitgestaltung Auswirkungen auf die die praktische Bildungsarbeit haben und von den Bildungsstätten stärker berücksichtigt werden müssen.

Die Gesellschaft wird vielfältiger. Dies muss sich auch in den Angeboten und Rahmungen der Bildungsstätten spiegeln und muss im Blick sein, wenn es darum geht, die Perspektive der Teilhabe für alle Menschen zu verbessern. Damit wird der unabgeschlossene Prozess der Interkulturellen Öffnung angesprochen. Was heißt das für die politische Bildung? Sie sollte z. B. sicherstellen, dass in ihrer Teilnehmendenstruktur diverse Gruppen vorkommen und teilhaben können. Sie sollte ein Erfahrungsraum für Diversität sein. Sie sollte die Frage von Gleichheit und Ungleichheit selbst zum Thema machen und Wissen über Prozesse und Analysen zu Ungleichheit einbeziehen.

Das Programm „Politische Jugendbildung“ als zentrales Element der politischen Bildung im AdB konnte mit der Informationstagung weiterentwickelt und gestaltet werden. Die dort diskutierten Parameter werden das Programm in den kommenden sechs Jahren prägen.

Das Jahresthema 2015 zum Schwerpunkt Flucht und Asyl nahm in den Bildungsstätten und natürlich auch in der bundesweiten Arbeit einen wichtigen Raum ein. Hier ging es um die Qualifizierung und Fortbildung, um Information und kollegialen Austausch. Das Jahresthema 2016 „Wie wollen wir zusammen leben? Armut und Reichtum in der Demokratie“, für das mit der Fachtagung im November der Auftakt gegeben wurde, ist in seiner inhaltlichen Ausrichtung und seinen Herausforderungen sehr eng mit den Themen Flucht und Asyl verbunden, denn auch hier wird sich in den kommenden Jahren die Frage „Wie wollen wir zusammen leben?“ immer wieder neu stellen.

Foren des fachlichen Austauschs, Netzwerke für Kooperationen und Gremien für Fortbildung – Die Fachkommissionen im AdB

Die Fachkommissionen sind ein wichtiges Element der Kommunikationsstruktur und des Austauschs im AdB. Hier werden fachliche Fragen politischer Bildung diskutiert, Erfahrungen ausgetauscht, Möglichkeiten der Qualifizierung geboten, neue Trends aufgegriffen und Positionen bezogen.

Die Mitglieder der Fachkommissionen werden jeweils für vier Jahre berufen. Sie kommen aus den unterschiedlichen Mitgliedseinrichtungen und vertreten die verschiedenen Arbeitsebenen (Pädagoginnen und Pädagogen, Einrichtungs- und Verwaltungsleiter/-innen).

Die in den Kommissionen gesetzten Schwerpunkte vertreten die unterschiedlichen Felder politischer Bildung im Verband: die Fachkommissionen Jugendbildung, Erwachsenenbildung, Europäische und Internationale Bildung, Mädchen- und Frauenbildung sowie die Kommission Verwaltung und Finanzen. Die Kommissionen treffen sich zwei Mal im Jahr zu ihren Sitzungen, in der Regel zu einer zweitägigen und einer dreitägigen Veranstaltung. Mitunter werden die Sitzungen mit einer – teilweise öffentlich ausgeschriebenen – Fachveranstaltung verbunden. Die Mitglieder der Kommissionen setzen sich ihre Arbeitsschwerpunkte zu Beginn der Sitzungsperiode selbst, haben aber auch immer die Möglichkeit, auf aktuelle Fragen und Problemlagen zu reagieren, Arbeitsgruppen zu bilden, um Themen und Papiere zu erarbeiten und dies in die jeweilige Kommission einzubringen. Besonders wichtig ist, dass die in diesen Kommissionen geleistete Arbeit in die Strukturen des Verbands zurückgespiegelt wird. Die Ergebnisse

der Beratungen werden z. B. in den jeweils anderen Kommissionen zur Kenntnis genommen, diskutiert und weiterentwickelt. Darüber hinaus ist die Zusammenarbeit mit dem Vorstand des AdB zentral. In jeder Kommission arbeitet ein Vertreter/eine Vertreterin des Vorstands mit. Dadurch ist gewährleistet, dass alle Fragen und Themen unmittelbar im Vorstand aufgegriffen werden können und gegebenenfalls direkt reagiert werden kann.

Die Fachkommissionen sind ein wichtiges Element des fachlichen Austauschs, Ort der kollegialen Beratung, der Weiterbildung und Qualifizierung der politischen Bildner/-innen. Sie sind damit unerlässlich für die Erfüllung der bundeszentralen Infrastrukturaufgaben des bundesweiten Verbandes politischer Jugend- und Erwachsenenbildung.

Die derzeitige Legislatur endet 2015. Die Neuausschreibung der Kommissionsmitarbeit erfolgte im Herbst 2015.

Kommission Jugendbildung

Zentraler Themenschwerpunkt der ersten Sitzung, die vom 12. bis 13. März 2015 in der Akademie Biggesee in Attendorn stattfand, war die „Politische Bildung im ländlichen Raum". Boris Brokmeier vermittelte in einem Input unterschiedliche Aspekte und Definitionen zum „ländlichen Raum". Politische Strategien, Aktivitäten der Jugendarbeit, Forschung und Fragen der demografischen Entwicklung wurden beleuchtet und anschließend vor der Fragestellung diskutiert, welche Funktion politische Bildung im ländlichen Raum besitzt. Angesprochen wurden auch Momente der abnehmenden Daseinsvorsorge, des Demokratieabbaus und der Zuzug rechter Kameradschaften insbesondere in Teilen Mecklenburg-Vorpommerns, aber auch im niedersächsischen Umland von Bremen. Es wurde übereinstimmend ein Mangel an Angeboten zur Vermittlung von Demokratie festgestellt. Einige Kommissionsmitglieder schilderten die Situation der Jugendarbeit im Umfeld ihrer Bildungsstätten als dünne Struktur von Akteuren der Jugendarbeit und der Kommunalpolitik. Das mache es umso bedeutsamer, dass Bildungsstätten im ländlichen Raum auch als solche wahrnehmbar sind. Um die Sichtbarkeit zu verbessern, wurden Gespräche mit Trägern der (Jugend-)Sozialarbeit angeregt, die bessere Darstellung des Engagements der Bildungsstätten empfohlen sowie die Qualifizierung kommunalpolitischer Akteure für wichtig erachtet.

Im Zentrum der Diskussion während der zweiten Sitzung vom 20. bis 22. Oktober 2015 im Haus Neuland in Bielefeld stand die Frage „Kann die Krise der Demokratie digital gelöst werden?" Zudem wurden die Chancen der E-Partizipation diskutiert.

Die Referentin Eva Panek stellte die Arbeit des Vereins Liquid Democracy vor, der im u. a. Software für Partizipationsverfahren entwickelt. „Flüssige Demokratie" soll für eine fließende Verbindung zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der Politik sorgen. Ein weiterer Akteur ist der Verein „Interaktive Demokratie e. V.", der mit Agenda Setting und Konsultationen die Beteiligung innerhalb der Zivilgesellschaft in den Vordergrund stellt. Grundlage ist die entwickelte Software „Adhocracy.de" und „YPart.eu" für Jugendpartizipation. Eva Panek benannte als Bedingungen für das Gelingen von E-Partizipation die Beratung und Verzahnung von On- und Offline, personelle und finanzielle Ressourcen, politische Unterstützung, Qualifizierung von Multiplikatoren sowie die Förderung für Modell- und Pionierprojekte. Online-Beteiligungsprojekte sind als Angebot eines definierten Beteiligungsprozesses zu verstehen. Es sei ein Fehler, Projekte vorschnell wieder zu beenden, nur weil die Beteiligungszahlen zu gering sind. Vielmehr sei es eine Abwägung zwischen Quantität und Qualität. Zu klären ist die Rolle der politischen Bildung in Beteiligungssettings. Insbesondere die Offline-Beteiligung kann durch Präsenzseminare ergänzt und mit Handlungskompetenz vermittelt werden. Martin Klähn nennt in diesem Zusammenhang Moderationstätigkeiten als Aufgabe der politischen Bildung.

In einem dritten Teil des Thementages informierte sich die Kommission über das Projekt „Jugend Medien Partizipation" (JUMP) von Haus Neuland.

Abschließend erarbeitete die Kommission Schlussfolgerungen, wie das Thema weiter in die politische Bildung getragen werden kann:

Grundsätzlich wurde angeregt, Projekte zum Thema E-Partizipation zu entwickeln und Jugendliche stärker zu motivieren, sich dafür zu interessieren. Die Inhalte bedürfen eines angemessenen Zeitraums. Es ist zu klären welches Verfahren für welche Settings passt und wann das Spezifische der politischen Bildung in einem Partizipationsprozess anfängt. Vorgeschlagen wird auch, E-Partizipation stärker für die innerverbandliche Kommunikation zu nutzen. Es ist aber darauf zu achten, dass ein Scheitern von benachteiligten Jugendlichen in Bildungsveranstaltungen mit Medieneinsatz vermieden wird und eher die Stärken und Kompetenzen hervorgehoben werden. Grundsätzlich sieht die Kommission aber Bedenken, dass auf diesem Wege bzw. mit diesen Mitteln die Krise der Demokratie behoben werden könnte.

Kommission Erwachsenenbildung

Inhaltlicher Schwerpunkt in der Sitzung vom 3. bis 4. März 2015 in der Akademie Biggesee in Attendorn war der Generationenwechsel in der politischen Bildung. Mit verschiedenen Inputs konnte das wichtige Thema, das den AdB und seine Mitgliedseinrichtungen auch über die Kommission hinaus beschäftigt, aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet werden. Fragen, auf die die Kommission Antworten finden möchte, sind z. B.: Wie können Erfahrungswissen und Inhalte von einer Generation an die andere weitergegeben werden? In welcher Weise ändert sich der Blickwinkel auf die politische Bildung und das Verständnis von ihr? Wofür wird heute politische Bildung gebraucht? Lässt sich ein Paradigmenwechsel beobachten? Es wurde die These diskutiert, dass sich das Anforderungsprofil an den politischen Bildner/an die politische Bildnerin erweitert hat und dadurch andere Kompetenzen und Qualifikationen als bisher erforderlich sind. Die heutigen Anforderungen und ihr pragmatisches, nach vorn schauendes Agieren machen sie zu Bildungsmanagern. Auch wenn die meisten Kommissionsmitglieder der Analyse folgten, sahen sie doch Gefahren für das Professionsverständnis. Wirtschaftlichkeit und Effizienz seien auch in der politischen Bildung wichtig, dürften aber nicht dazu führen, dass politische Gestaltungskraft verloren gehe. Es stehe die Frage im Raum, was aus der politischen Bildung und ihren Inhalten wird, wenn sie nur noch aus Sicht des Bildungsmanagements betrieben wird.

Die letzte Sitzung dieser Legislatur vom 14. bis 16. September 2015 im Institut für Jugendarbeit Gauting fokussierte die historisch-politische Bildung zum Thema Nationalsozialismus. Damit knüpfte die Kommission an ihre Diskussionen in den vergangenen Tagungen an, bei denen es immer wieder um die Auseinandersetzung mit Gedenkorten und mit Methoden historisch-politischer Bildung ging. In einem engagierten Vortrag stellte Sylvia Holhut, Fachreferentin für demokratische Jugendbildung des Kreisjugendrings München, drei Münchner Projekte der historisch-politischen Bildung vor. Sie berichtete über die Jugendgeschichtswerkstatt „Sommer.dok“, sowie über den Dokumentarfilm „Kick it like Kurt“, initiiert und produziert von jungen Münchnerinnen und Münchnern. Die Kommissionsmitglieder konnten mit diesem Film Kurt Landauer, den ehemaligen jüdischen Präsidenten des FC Bayern München, kennenlernen. Die Mitglieder der Ultra-Fangruppe Schickeria halten Kurt Landauer durch ein alljährlich stattfindendes Kurt-Landauer-Fußballturnier mit dem jüdischen Fußballverein Maccabi in Ehren. Dieses ungewöhnliche Engagement der jungen Menschen wird im Dokumentarfilm beeindruckend sichtbar. Beim anschließenden Besuch im NS-Dokumentationszentrum wurden die Teilnehmenden von Felizitas Raith in die Entstehungsgeschichte und das Ausstellungskonzept des NS-Dokumentationszentrums eingeführt.

Weitere Schwerpunkte des dreitägigen Arbeitstreffens waren u. a. die Vorstellung der Plattform „EPALE – Electronic Platform for Adult Learning in Europe“ durch Christina Norwig von der Nationalen Koordinierungsstelle, das Verhältnis von kultureller und politischer Bildung, das Robert Schmidt, Akademie Biggesee, in die Diskussion brachte, sowie erste Überlegungen für Themen und Schwerpunkte, die die Kommission Erwachsenenbildung in den kommenden Jahren beschäftigen könnten.

Kommission Mädchen- und Frauenbildung

Die Kommission Mädchen- und Frauenbildung des AdB traf sich am 17. und 18. März 2015 in der Akademie Frankenwarte in Würzburg. Den inhaltlichen Schwerpunkt der Sitzung bildete das Thema „Inklusion“. Als Referentin war Stefanie Wiens eingeladen, die als freiberufliche Teamerin in der Bildungsstätte HochDrei in Potsdam arbeitet. Sie erläuterte, dass Bildungsstätten, die inklusiv sein wollten, sich Fragen nach der Zugänglichkeit zur Einrichtung stellen müssten, nach der Repräsentanz der unterschiedlichen Zielgruppen im Bildungsprogramm sowie nach der Partizipation der Teilnehmenden. Inklusion sollte bereits im Leitbild der Einrichtung

verankert werden, da es alle Arbeitsbereiche einer Einrichtung beträfe. Die Referentin ging insbesondere auf die Rolle des pädagogischen Personals ein, dem bei der Umsetzung eines inklusiven Konzepts eine entscheidende Rolle zukommt. Ausführlich diskutierte die Kommission das Verhältnis von inklusiver Pädagogik und Genderpädagogik. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, ob das eine Konzept das andere überflüssig macht. Im Laufe der Diskussion kamen die Kommissionsmitglieder jedoch zu dem Ergebnis, dass beide Konzepte große Übereinstimmungen aufweisen. In beiden geht es um eine Analyse bestehender Verhältnisse, die Aufdeckung gesellschaftlicher Konstrukte, die Offenlegung von Diskriminierung, die Herstellung von Gleichberechtigung sowie die Ermöglichung von Heterogenität. Daher zogen die Kommissionsmitglieder am Ende der Besprechungen den Schluss, dass es nicht darum gehen kann, das eine Konzept gegen das andere auszutauschen, sondern dass Genderpädagogik Bestandteil der Inklusionspädagogik ist.

Für die Umsetzung eines inklusiven Konzepts in den Einrichtungen ergaben sich folgende konkrete Hinweise:

- Inklusion bedeutet, die Grundhaltung zu verändern, die auch offen kommuniziert werden muss. Vielfalt ist als Bereicherung zu verstehen und stellt eine pädagogische Herausforderung dar.
- Zur Umsetzung braucht es sowohl einen bottom-up- als auch einen top-down-Ansatz.
- Menschen mit Behinderungen sollten zu Teamerinnen und Teamern ausgebildet werden.
- Die Einrichtungen sollten Vielfalt ermöglichen und mitdenken, aber auch keine Scheu davor haben, ihre Grenzen zu kennen und sichtbar zu machen. Nicht alles kann für alle und sofort funktionieren!
- Mädchen- und Frauen mit Behinderungen sollen als neue Zielgruppe gewonnen werden.
- Hilfe und Unterstützung können auch externe Dienstleister ermöglichen.
- Verbände wie der AdB sollten sich für passende politische Rahmenbedingungen einsetzen, da in den Einrichtungen Ressourcen gebraucht werden (Anerkennung, Unterstützung, Personal, Qualifizierung u. a.)

Im Mittelpunkt der letzten Sitzung der Kommission vom 2. bis 3. November 2015 im LidiceHaus in Bremen stand die Gestaltung des Übergangs in die neue Kommission ab 2016 mit dem Schwerpunkt „Geschlechterreflektierte Bildungsarbeit". Zur Unterstützung war die Politikwissenschaftlerin Madeline Doneit eingeladen, die zusammen mit zwei weiteren Herausgeberinnen den Sammelband „Geschlecht ist politisch. Geschlechterreflektierende Perspektiven in der politischen Bildung" erstellt hat. Sie stellte das Publikationsprojekt vor und diskutierte mit der Kommission aktuelle Herausforderungen für die politische Bildung. Referentin und Kommissionsmitglieder waren sich einig, dass es notwendig ist, eine geschlechterreflektierte politische Bildungsarbeit in den Austausch zu bringen mit aktuellen Erkenntnissen und Diskussionen der Gender- und Queer-Studies, um die politische Bildungsarbeit daran (neu) auszurichten.

Dies wird auch eine zentrale Aufgabe der neuen Kommission sein. „Flucht und Migration aus Gender-Perspektive" wurde übereinstimmend als ein wichtiger Schwerpunkt der nächsten Jahre benannt. Interessant fanden die Fachfrauen es auch, 20 Jahre nach Maastricht Bilanz zu ziehen im Hinblick auf die Umsetzung von Gender Mainstreaming in Europa.

Nach Jahrzehnten der guten, konstruktiven und innovativen Arbeit stellte die Kommission Mädchen- und Frauenbildung damit ihre Arbeit ein, um im Rahmen der neuen Kommission „Geschlechterreflektierte Bildungsarbeit" mit einem erweiterten Fokus die immer noch aktuellen Fragen nach Geschlechterordnung, Geschlechterverhältnissen und Geschlechtergerechtigkeit neu zu stellen.

Kommission Europäische und Internationale Bildungsarbeit

Auf ihrer Frühjahrssitzung im Bildungs- und Begegnungszentrum Schloß Trebnitz beschäftigte sich die Kommission Europäische und Internationale Bildungsarbeit (EIA) vom 2. bis 4. März 2015 mit zwei thematischen Schwerpunkten. Den Einstieg bildete die Frage: Wie kann man Prozesse zu komplexen Fragen politischer Bildung spielerisch und mit niedrigschwelligen Zugängen eröffnen? Gemeinsam mit Simon Raiser und Christopher Haarbeck (planpolitik) testeten und diskutierten die Kommissionsmitglieder ein im EU-Projekt „EDC for ALL" entwickeltes Kartenspiel „S*Intro", das zum Ziel hat, situativ Fragen der Teilhabe und des Ausschlusses aus Gesellschaft zu stellen und den Blick auf die dahinterliegenden gesellschaftspolitischen Fragen zu öffnen. Im Fokus der Diskussion stand dabei weniger das Spiel, sondern die Frage, welche Themen politischer Bildung, welche didaktischen Settings und Wege der Reflexion sich mit dem Spiel eröffnen lassen.

Um grundlegende Fragestellungen ging es auch am zweiten Tag in einer Diskussion mit Barbara Mayer, Geschäftsführerin der Schlesischen 27, einem internationalen JugendKunst- und Kulturhaus im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Die Kommissionsmitglieder erörterten die Frage, welche Schnittmengen es zwischen Ansätzen ästhetischer Konzeption und Kunst sowie Herangehensweisen politischer Bildung gibt. Beide verfolgen die Zielsetzung, Menschen zu gesellschaftlichem Handeln anzuregen, und beide begreifen Kultur als Form von Lebensgestaltung. Künste verstehen sich dabei als Labore zum Ausprobieren. Sie schaffen auf diese Weise Raum für gesellschaftliches Handeln. Ausgehend von Platons Höhlengleichnis erhielten die Kommissionsmitglieder einen lebendigen Einblick in ästhetisch-künstlerische Konzeptionen und stellten den Bezug zu gesellschaftspolitischer Partizipation her. Einig waren sich die Mitglieder der EIA-Kommission, dass Kunst und Ästhetik ideale Felder für Lernprozesse gesellschaftspolitischer Partizipation eröffnen, da ein ästhetisch-gestaltender Zugang nicht durch soziale Barrieren verengt scheint.

Während der letzten Sitzung der aktuellen Legislatur vom 14. bis 15. September 2015 im Europahaus Marienberg stand das „Internet der Dinge" und die Nutzung von Social Media in der internationalen politischen Bildungsarbeit im Mittelpunkt. Obwohl Bildungsstätten in ländlichen Räumen noch oft Probleme bei der Breitbandversorgung haben, verfügt das Europahaus über gute Voraussetzungen, um eine Fachsitzung zu Fragen von Social Media und politischer Bildung zu veranstalten.

Social Media-Angebote halten auf vielerlei Ebenen Einzug in den Arbeitsalltag von Pädagoginnen und Pädagogen: in der konkreten Seminargestaltung über mediengestützte Methoden und in der Onlinezusammenarbeit in internationalen Partnerschaften. Dies führt bei vielfältigen internationalen Partnerschaften zu einer zunehmenden Ausdifferenzierung von Kommunikationsmitteln, die weit über das Schreiben von E-Mails hinausgehen. Je nach politischer Situation im Partnerkontext spielt beispielsweise seit mehreren Jahren die Frage nach verschlüsselter Kommunikation eine immer bedeutendere Rolle: Wie können wir kooperieren, ohne die Partner zu gefährden? Das ist eine Frage, die sich in der deutsch-russischen Zusammenarbeit, aber auch in anderen Bereichen immer häufiger stellt. Eine andere Frage ist, wie jugendliches Webnutzungs- und Kommunikationsverhalten aussieht. Versenden wir z. B. Informationen an bestimmte Zielgruppen per E-Mail, so können wir davon ausgehen, dass es keine Rückmeldung gibt. Nutzen wir den Facebook Messenger, erfolgt die Antwort innerhalb von 30 Sekunden. Fraglich ist auch, wie das Nutzungs- und Kommunikationsverhalten der jungen Menschen Datensicherheit entgegensteht. Weiterhin wurde die medienkritische Perspektive von politischen Bildnerinnen und Bildnern diskutiert und die Frage formuliert, ob sie angesichts der permanenten Überwachung von Kommunikation und Daten in der Lage sind, einen kritischen Überblick zu behalten. Trägt z. B. Facebook nicht in anderen Regionen der Welt zur Vernetzung von Aktivistinnen und Aktivisten erheblich bei?

Diese grundlegenden Fragen betreffen auch Lernformate wie E-Learning und Blended Learning. Patrick Siegele vom Anne Frank Zentrum zeigte anhand der E-Learning-Module für die Anne Frank-Botschafter/-innen, wie online unterstütztes Lernen funktionieren kann. Das Anne Frank Zentrum hat im Jahr 2011 eine Lernplattform entwickelt, die junge Menschen dabei unterstützt, sich über Anne Frank fortzubilden und als Peer-Guide für die Ausstellungen zu qualifizieren. Andere Lernwege scheinen sich über eine Vielfalt an webbasierten Tools und Lernmethoden zu eröffnen, die freilich eine Internetaffinität und Begeisterung der Teamenden voraussetzen. Anselm Sellen vom Europahaus Marienberg zündete für die Teilnehmenden ein ganzes Feuerwerk an medienunterstützen Tools, die auf der umfassenden Einbeziehung von Social Media im Seminarkontext aufbauen.

Den Kommissionsmitgliedern scheint, so das Fazit, ein Bildungsansatz zielführend, der die Aspekte Kommunikation, Kooperation und Verselbständigung mitdenkt und diese für emanzipatorische Bildungsprozesse zu nutzen versteht. Sie formulierten den Wunsch nach Fortbildungen zu Fragen von Big Data.

Kommission Verwaltung und Finanzen

Die erste Sitzung fand vom 24. bis 25. März 2015 in der Ländlichen Heimvolkshochschule Mariaspring in Bovenden statt. Nach ausführlichen Informationen über die aktuellen Entwicklungen auf Bundes- und Länderebene und im AdB sowie offenen und aufschlussreichen Berichten aus den Einrichtungen und Diskussionen zum Jahresthema und der neuen Verbandsstatistik, wurde die Themenreihe der Kommission zur Auseinandersetzungen mit Personalfragen fortgeführt. Dieses Mal standen Aspekte der Arbeitszeitgestaltung im Fokus.

Knapp **874.000 Euro** gab der AdB als Zentralstelle für die Durchführung nationaler und internationaler Maßnahmen an die Mitgliedseinrichtungen weiter.

Im Vorfeld der Sitzung wurde eine Umfrage bei den Kommissionsmitgliedern gestartet. In dieser Umfrage ging es um Details der Arbeitszeitgestaltung. Diese Details reichten von Fragen zu vereinbarten Arbeitszeiten und deren Verteilung auf die in Bildungsstätten klassischerweise vorkommenden Berufsgruppen über Fragen der Beteiligung der Beschäftigten bis hin zu Vor- und Nachteilen einzelner Modelle. Die Ergebnisse der Befragung wurden durch den Kommissionsvorsitzenden Bernd Vaupel skizziert. Er machte darauf aufmerksam, dass die vorliegende Datenbasis nicht als repräsentativ angesehen werden könne, wohl aber interessante Aspekte zeige und somit für eine konstruktiven Diskussion eine gute Ausgangsbasis böte. Es wurde festgestellt, dass der Arbeitszeitumfang sich primär auf die Frage Halbtags- oder Ganztagsarbeit zuspitzt. Ferner wurde offensichtlich, dass Arbeiten geringeren Zeitumfangs sich stark auf

die haustechnischen Bereiche konzentrieren, während in den Bereichen Pädagogik und Verwaltung eher das Gegenteil festzustellen sei. Bei den Teilzeit-Arbeitsverhältnissen wurde positiv hervorgehoben, dass damit eine größere (und notwendige) Flexibilität des Arbeitseinsatzes von Vorteil ist. Als besonders problematisch wird ein fehlendes oder geringeres „Wir"-Gefühl konstatiert. Bei den

Arbeitsverhältnissen mit deutlich umfangreicheren Wochenarbeitszeiten (30 Stunden und mehr) werden die häufige Anwesenheit und der höhere Informationsstand positiv hervorgehoben. Bemängelt wird hier aber dann die geringere Flexibilität (Arbeitszeit). Die Fragen, ob Arbeitszeitmodelle nach bestimmten Kriterien zuverlässig bestimmt werden können, ob auch andere als die hier genannten sinnvolle Modelle wären (z. B. Jahresarbeitszeitmodelle), muss weiter diskutiert werden.

Das Thema Personal, das das zentrale Leitthema in dieser Kommissionsperiode war, wird auf der kommenden Kommissionssitzung fortgeführt. Es werden Fragen der Leitung und Führung bzw. Führungsverantwortung im Mittelpunkt stehen. Auch in ihrer letzten Sitzung dieser Legislaturperiode vom 22. bis 24. September 2015 im Studienhaus Wiesneck bei Freiburg beschäftigte sich die Fachkommission mit Themen des Personalmanagements und setzte damit die Diskussion der vergangenen Arbeitstagungen fort. Zudem wurde das Thema Flüchtlinge aufgegriffen, da sich für viele Einrichtungen unmittelbar Herausforderungen ergeben, sei es durch die Aufnahme von Flüchtlingen, durch das Setzen neuer Themen oder durch das Erreichen neuer Zielgruppen.

Die Vorstellung einer Managementsoftware für Bildungseinrichtungen stieß auf Interesse bei den Teilnehmenden: Die Software liefert mit ihren spezifischen Funktionen Unterstützung bei der Veranstaltungsplanung, der Darstellung der Bildungsangebote im Web, der Teilnehmerverwaltung, der Verwaltung von Übernachtungsmöglichkeiten und Verpflegungsleistungen und bei individuellen Abrechnungen.

An die Sitzung schloss sich die Fachtagung zum Thema „Führen und Leiten in Bildungseinrichtungen" an (s. im Abschnitt Fortbildungen und Fachtagungen im AdB).

Rückblick auf die Sitzungsperiode – Erfahrungen und Ergebnisse

Mit diesem Jahr ist die vierjährige Sitzungsperiode der Fachkommissionen zu Ende gegangen – Zeit Bilanz zu ziehen und nach vorn zu schauen. Das wurde in den einzelnen Kommissionen bereits getan: Es konnte zurückgeblickt werden auf Papiere und Positionen, die in den Kommissionen erarbeitet und in den Verband hineingetragen wurden, wie z. B. zu den Gelingensbedingungen politischer Jugendbildung oder zur Weiterentwicklung der internationalen politischen Bildungsarbeit. Es wurden die Themen zusammengetragen, die in den vergangenen Jahren bearbeitet und diskutiert wurden:

- Die Kommission Jugendbildung setzte sich u. a. mit dem Konzept der Eigenständigen Jugendpolitik der Bundesregierung auseinander und arbeitete intensiv zum Thema Rechtsextremismus und Demokratie.
- Die Kommission Erwachsenenbildung setzte einen Schwerpunkt auf verschiedene Aspekte der historisch-politischen Bildung/Gedenkstättenarbeit und führte z. B. eine längere Diskussion über den Europäischen Qualifikationsrahmen und den daraus resultierenden Deutschen Qualifikationsrahmen.
- Die Kommission Mädchen- und Frauenbildung widmete sich den Themen Mädchen und Medien, Mädchen und Partizipation sowie Inklusion.
- Die Kommission Europäische und internationale Bildungsarbeit realisierte verschiedene Fachtagungen zu spezifischen Fragestellungen wie z. B. Diversität und Inklusion, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit oder ästhetisch-kulturelle und politische Bildung. Es wurden aktuelle Herausforderungen internationaler Bildungsarbeit reflektiert die Verortung internationaler Arbeit in der politischen Bildung diskutiert.
- Die Kommission Verwaltung und Finanzen beschäftigte sich mit grundlegenden Merkmalen von Organisationselementen und Strukturen von Bildungsstätten sowie mit Fragen des Personalmanagements in Bildungsstätten und führte dazu eigene Fachtagungen durch.

Aus diesen Themen ergeben sich weitere Herausforderungen, die auch in der nächsten Legislatur Raum bekommen werden. Die sich neu konstituierenden Kommissionen werden vor dem Hintergrund der bisher erarbeiteten Themen in der ersten Arbeitssitzung ihr Programm für die kommenden Jahre festlegen. Darüber hinaus gab es bei den Arbeitstreffen immer Raum für aktuelle Fragestellungen und für den kollegialen Austausch und die Beratung. Das sind wichtige Elemente der Fachkommissionen, die von allen Mitgliedern der Kommissionen geschätzt werden.

Themen besetzen, politische Bildung kommunizieren – Öffentlichkeitsarbeit im AdB

Die Öffentlichkeitsarbeit des AdB ist ein zentraler Schwerpunkt der Tätigkeit der AdB-Geschäftsstelle und des Vorstands. Es geht wesentlich darum, die Arbeit der AdB-Mitgliedseinrichtungen sichtbar zu machen und damit die Leistungsfähigkeit, Vielfalt und Innovationskraft politischer Bildung nach Innen und Außen zu kommunizieren. Dafür werden die verschiedenen Kommunikationswege genutzt: die AdB-Homepage, Pressemitteilungen, Berichte, Präsentationen, Publikationen u. a. Öffentlichkeitsarbeit im AdB bedeutet aber immer auch, fachliche Anstöße zu geben, die fachliche Weiterentwicklung anzuregen und den Fachdiskurs mit zu gestalten. Im Zentrum dieser Aktivitäten steht die Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung" mit ihren thematischen Schwerpunktsetzungen sowie die zahlreichen anderen Publikationen – Arbeitshilfen, Dokumentationen, Broschüren –, die bundesweit auf eine interessierte Leserschaft treffen.

Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung"

Die Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung" erschien im Jahr 2015 in vier Ausgaben. Die Verantwortung für die inhaltliche Planung lag beim Redaktionsbeirat der Fachzeitschrift, dem im Jahr 2015 neben den beiden Herausgebern (Dr. Paul Ciupke und Ulrike Steimann) fünf Vertreter/-innen aus Mitgliedseinrichtungen des AdB (Gertrud Gandenberger, Dr. Meron Mendel, Wolfgang Pauls, Dr. Melanie Piepenschneider, Dr. Beate Rosenzweig) angehören sowie die Geschäftsführerin des AdB, Ina Bielenberg, und die Redakteurin, Dr. Friedrun Erben.

Der Redaktionsbeirat traf sich 2015 zu zwei Sitzungen, vom 2. bis 3. Februar 2015 in der Bildungsstätte Anne Frank, Frankfurt am Main und vom 15. bis 16. Juni 2015 im Internationalen Forum Burg Liebenzell, Bad Liebenzell. In der ersten Sitzung wurden vor allem die Ausgaben 3 und 4/2015 zu den Themen „SprachGewaltig. Sprache und Sprechen in Politik und politischer Bildung" und „Netzpolitiken. Zwischen digitaler Freiheit und Kontrolle" geplant. Zudem informierte sich der Redaktionsbeirat über den Stand der Weiterentwicklung der Zeitschrift und die Aktionen im Rahmen des neuen Marketingkonzepts. Während des zweiten Treffens wurden die Themen der Ausgaben 3/2016 bis 2/2017 festgelegt und es erfolgte die Feinplanung der Ausgaben 1 und 2/2016. Es konnte zudem bereits ein erstes Fazit zum neuen Konzept der Zeitschrift erfolgen.

Nach einem einjährigen Prozess der konzeptionellen und gestalterischen Überarbeitung ist die Außerschulische Bildung mit der ersten Ausgabe 2015 in einem neuen Gewand erschienen. Ziel der Weiterentwicklung war es, der Zeitschrift ein moderneres Aussehen zu geben und die Rubriken klarer zu gliedern. Gleichzeitig wurden bewährte Elemente der Fachzeitschrift erhalten: die Verbindung von Theorie und Praxis, die thematische Schwerpunktsetzung, die Aufbereitung aktueller Themen für die politische Bildung und die Darstellung gelingender Praxis politischer Bildungsarbeit. Die Weiterentwicklung der Zeitschrift wird begleitet mit dem Start einer neuen AdB-Veranstaltungsreihe.

Die Zeitschrift erschien 2015 – jeweils in einer Auflage von 1.000 Exemplaren – mit vier aktuellen gesellschaftspolitischen Schwerpunkten, die im Folgenden kurz dargestellt werden.

AB 1-15: Heterogenität und Differenz in der politischen Bildung

Es werden Chancen und Grenzen des Konzepts Diversity dargestellt und zu verschiedenen Inklusionsansätzen in Beziehung gesetzt. Die Bedeutung, die diese Konzepte für die außerschulische Bildung haben, wird beschrieben. Diversity ist in den letzten Jahren zu einem politischen und pädagogischen Schlüsselbegriff geworden, der ein gesellschaftliches Gesamtkonzept beschreibt. Es sensibilisiert für die Vielfalt der Gesellschaft und eröffnet Teilhabemöglichkeiten. Ziel ist die Erweiterung der Zugangsmöglichkeiten bisher ausgeschlossener Gruppen und deren Inklusion in institutionelle Sozialisations- und Bildungsprozesse. Daran kann die politische Bildung mit ihrem Auftrag, sich für ein tolerantes Zusammenleben einzusetzen, auf Teilhabemöglichkeiten aufmerksam zu machen und zur Teilhabe zu befähigen, anknüpfen. Politische Bildung schafft Raum für Begegnungen und hilft, Vorurteile und ausgrenzende Strukturen zu hinterfragen. Mit den Beispielen aus der Praxis politischer Bildung wird mit diesem Heft deutlich, welche Konsequenzen sich für institutionelle Rahmenbedingungen und die Gestaltung der Bildungsprozesse ergeben und welche Ideen und Konzepte besonders erfolgreich sind.

Im Jahr 2015 konnte der AdB für nationale und internationale Projekte **117.300 Euro** akquirieren.

AB 2-15: Alles nur ein Film?

Der Film als besonderes Medium in der politischen Bildung steht im Mittelpunkt dieser Ausgabe. Filme regen zu Reflexion an, können Diskussionsprozesse unterstützen, sind aber auch eigenständiges mediales Produkt politischer Bildungsarbeit. Mit den Beiträgen gelingt ein spannender Blick „hinter die Kulissen“: Es werden die sich verändernden medientechnologischen Distributions- und Rezeptionsformen von Film beschrieben, der Wandel individueller und kollektiver Wahrnehmungs- und Artikulationsformen mit und durch Filme in den Blick genommen und der Einfluss von Filmen auf Einstellungen und Mentalitäten in Hinblick auf die Geschlechter in den Fokus gerückt. Beispiele aus der Praxis politischer Bildung werden vorgestellt, die das Medium „Film“ in ihre Methodik integriert haben: als Gegenstand von Reflexionen in der politischen Erwachsenenbildung, bei der die Filme als Ausdruck einer „Politischen Kultur“ helfen, Rückschlüsse auf Politik und Gesellschaft zu ziehen, oder als Produkte aus Medienworkshops bei einer internationalen Jugendbegegnung. Zudem wird die Methode „Free2Choose-Create“ beschrieben, mit deren Hilfe Filmclips von jungen Erwachsenen aus Deutschland und Tunesien zu Konflikten einzelner Menschenrechte entstanden sind.

AB 3-15: SprachGewaltig. Sprache und Sprechen in Politik und politischer Bildung

In dieser Ausgabe liegt der Fokus auf der gesprochenen Sprache und auf der Bedeutung von Sprache und Sprechen in der Gesellschaft. Die Beiträge thematisieren die Grenzziehung durch Sprache im gesellschaftlichen Miteinander, reflektieren den Streit um eine sich stets verändernde Sprache, nehmen sprachliche Gewalt in den Blick und beleuchten die Rolle der Sprache in der politischen Bildung. Dazu wird ein Blick in die Geschichte der politischen Bildung geworfen und es werden Methoden vorgestellt, die einen Rahmen für öffentliches Sprechen schaffen. Sprache und das gesprochene Wort prägen Politik und Gesellschaft in entscheidendem Maße, denn wer artikuliert und bewusst sprechen kann, besitzt gute Voraussetzungen, um an gesellschaftlichen und politischen Diskursen und Prozessen teilzuhaben. Sprache hat einen großen Einfluss darauf, wie sichtbar Menschen und Gruppen sind. Sprachlosigkeit hingegen kann in soziale Unsichtbarkeit führen. Auch in der politischen Bildung sind Sprache und Sprechen wichtige Werkzeuge und es ist ein wichtiges Ziel, Menschen sprachfähig zu machen, damit sie sich aktiv in die Gestaltung unserer Gesellschaft einbringen können. Politische Bildung will darüber hinaus Mechanismen der Ausgrenzung und Diskriminierung durch Sprache erkennen und sich ihnen entgegenstellen. Dafür ist es notwendig, dass politische Bildnerinnen und Bildner selbst eine Haltung entwickeln und ihre eigene Sprache reflektieren, bevor sie Sprache und Gesprochenes zum Thema machen.

AB 4-15: Netzpolitiken. Zwischen digitaler Freiheit und Kontrolle

Mit diesem Schwerpunkt greift die Zeitschrift ein aktuelles Thema auf, das viele Menschen und besonders auch die politische Bildung bewegt. Das World Wide Web versprach Freiheit und unbegrenzte Kommunikation. Aber nicht erst seit den Enthüllungen von Edward Snowden ist deutlich geworden, dass es eine Freiheit unter Beobachtung ist – z. B. durch Geheimdienste, aber ebenso durch Unternehmen, die mit Daten handeln, um das „perfekt abgestimmte“ Angebot machen zu können. Das Internet bietet einen unendlich großen Informationspool für Wissen und Bildung, aber es werden auch menschenverachtende Haltungen verbreitet und unter dem Schutz der Anonymität rufen Menschen zu Hass und Gewalt auf. Wie lernen wir, mit der Flut von Informationen und Meinungen umzugehen? Wer hat im Blick, welche Folgen sein Verhalten im Netz und das Produzieren von (Meta-)Daten nach sich ziehen? Wer schützt seine Daten tatsächlich wirksam? Die Whistleblower haben mit ihren Enthüllungen die Forderung nach besseren rechtlichen Sicherungen bestärkt. Sie haben erreicht, dass das Thema „Sicherheit im Internet“ jetzt auch im Fokus parlamentarischer Beobachtung steht. Auch um eine wirksamere Kontrolle des Transfers und der Verarbeitung von personenbezogenen Daten wird weiter gerungen. Diese Ausgabe nähert sich dieser komplexen Thematik aus unterschiedlichen Blickwinkeln und präsentiert Konzepte und Projekte der politischen Bildung, die zeigen, wie sich Menschen aktiv und selbstbestimmt gestaltend in der Mediengesellschaft bewegen können.

Jahresberichte und weitere Veröffentlichungen

Der im Jahr 2015 erschienene **AdB-Jahresbericht 2014** über die Aktivitäten, Projekte und Schwerpunkte der Arbeit trägt den Titel **„Politische Bildung ist MehrWert“**. Es werden die Arbeitsbereiche, Themen, Veranstaltungen, Projekte und Publikationen des AdB vorgestellt. Die Leser/-innen können sich über die internationalen und nationalen Vorhaben und Projekte informieren, wie z. B. über das Jubiläum „20 Jahre deutsch-mongolische Jugendbildung“. Sie lesen über das Projekt „Zum Wählen zu jung? Die Altersfrage – Wahlrecht und Generationengerechtigkeit“, in dem die Problematik des demografischen Wandels mit der Frage nach politischer Teilhabe und Teilhabegerechtigkeit verknüpft wird. Sie erfahren etwas über die Strategien im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, um die politische Bildung sichtbarer werden zu lassen und sie können von den Aktivitäten zum Jahresthema 2014 „1914–2014 – Vom Ersten Weltkrieg zum Friedensnobelpreis für Europa. Aktuelle Herausforderungen und Impulse für die politische Bildung“ lesen. In diesem Bericht wird die außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung eines bundesweiten Trägers mit sehr unterschiedlichen Mitgliedseinrichtungen – Jugendbildungsstätten, Heimvolkshochschulen, internationale Begegnungsstätten, Akademien der parteinahen Stiftungen etc. – als starker Partner sichtbar gemacht.

Die AdB-Jahresberichte sind nicht nur zur eigenen Vergewisserung, zum Nachweis der Tätigkeiten und zur Legitimation gedacht, sondern sie geben ebenso einen profunden Einblick in das Arbeitsfeld, das vom Austausch mit anderen gesellschaftlichen Akteuren, mit Kooperationspartnern, Fördergebern, Politikerinnen und Politikern sowie mit Kolleginnen und Kollegen anderer Verbände und Organisationen lebt. Die Jahresberichte dokumentieren die Weiterentwicklung des Arbeitsfeldes und wollen zur Diskussion anregen.

Der **Jahresbericht 2014 über das Programm „Politische Jugendbildung“** im AdB beschäftigt sich in seinem Schwerpunkt mit der arbeitsweltbezogenen politischen Bildung. Die Jugendbildungsreferentinnen und -referenten stellen ihre Arbeit im Jahr 2014 vor und illustrieren diese mit zahlreichen Beispielen aus der Praxis der Bildungsarbeit. Die Arbeitsweltbezogene politische Bildung umfasst ein breit gefächertes inhaltliches Angebot. Themen sind individuelle und gesellschaftliche Zukunftserwartungen, geschlechtsspezifische und internationale Arbeitsteilung, Chancengleichheit und Mitbestimmung, soziale Gerechtigkeit, Berufsethik und Arbeitsmoral, historische und aktuelle Entwicklungen des Arbeitsmarktes und globale Perspektiven. Es werden Fragen des Konsums, der Unternehmensverantwortung sowie ökonomische bzw. soziale Alternativen diskutiert. Darüber hinaus werden aktuelle Themen wie z. B. Arbeitsbedingungen in Entwicklungsländern, die Einführung des Mindestlohns oder das Handelsabkommen TTIP aufgegriffen. Neben diesem Schwerpunkt werden die Aktivitäten und Vorhaben der weiteren Projektgruppen (Aufwachsen in der Einwanderungsgesellschaft, Partizipation und Demokratie in und mit der Schule sowie Globalisierung und Medienkonsum) vorgestellt.

Im Jahr 2015 erschien zudem eine Broschüre mit dem Titel **Interkulturelle Öffnung – Eine Arbeitshilfe für Bildungsstätten und Träger der politischen Bildung**. Im AdB wurde in den vergangenen Jahren ein Prozess zur Interkulturellen Öffnung von Trägern, Einrichtungen und Angeboten der politischen Bildung begonnen, um Menschen aller Kulturen mit und ohne Migrationshintergrund für die politische Bildung zu gewinnen. Mit der Broschüre sollen Bildungseinrichtungen in diesem Prozess unterstützt werden. Es werden Anregungen gegeben, wie Vielfalt und Diversität stärker in den Blick genommen und wie Strukturen nachhaltig verändert werden können. Ziel des Prozesses soll sein, alle Ebenen der Organisationen für neue Impulse und Chancen zu sensibilisieren, Teilhabegerechtigkeit in den Organisationen zu erhöhen und Menschen mit Migrationsgeschichte gleiche Partizipationschancen sowohl in den Veranstaltungen der politischen Bildung als auch in allen Funktionen und auf allen Ebenen der Organisationen zu

geben. Diese Publikation – erstellt von Expertinnen und Experten der AdB-Mitgliedseinrichtungen – ist ein Baustein in einem fortlaufenden Prozess zur Interkulturellen Öffnung im AdB. Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen, wie sie sich auch im AdB-Jahresthema „Globale Migration: Zuwanderung, Flucht und Asyl im Fokus der politischen Bildung" ausdrücken, wird die Notwendigkeit für einen solchen Prozess noch einmal besonders deutlich.

Newsletter „AdB-intern"

Der Newsletter „AdB-intern" richtet sich als verbandsinternes Kommunikationsmedium an die Mitglieder im AdB sowie an die Mitarbeitenden in den Einrichtungen. In sechs Ausgaben im Jahr informiert er über die Arbeit im AdB, gibt einen Einblick in die Aktivitäten der AdB-Mitgliedseinrichtungen und weist auf interessante Fortbildung und Veranstaltungen im Bereich der politischen Bildung hin. Zudem wird auf interessante Publikationen, informative Web-Angebote sowie Fördermittel und Wettbewerbe aufmerksam gemacht.

AdB-online – www.adb.de

Die AdB-Homepage informiert über sieben Menüpunkte (Der AdB, Mitglieder, Arbeitsfelder, Jahresthema, Publikationen, Termine, Aktuelles) über den AdB, seine Aktivitäten und Veröffentlichungen. Zentrales Element der Homepage ist die Online-Mitgliederdatenbank unter der Rubrik „Mitglieder", in der mittlerweile 64 Einrichtungsprofile aufgerufen werden können. Diese Seiten sind stark frequentiert und ein gutes Instrument, um auf die politische Bildung in den Einrichtungen aufmerksam zu machen. Angestrebt wird, dass alle Mitgliedseinrichtungen dort vertreten sind.

Das aktuelle AdB-Jahresthema wird auf der AdB-Homepage mit einem Veranstaltungskalender (Veranstaltungen – Jahresthema) und einer umfangreichen, Link- und Materialiensammlung abgebildet.

Der Foto-Slider auf der Startseite mit attraktiven Ansichten von AdB-Mitgliedseinrichtungen wurde in diesem Jahr mit neuen Fotos bestückt. In den aktuellen Meldungen auf der Startseite finden sich Hinweise auf Veranstaltungen, Neuerscheinungen und Berichte über Tagungen, Fortbildungen und Sitzungen.

Im Bereich Publikationen sind zahlreiche AdB-Publikationen als PDF-Download verfügbar und können über ein Shop-System bestellt werden. Zur Zeitschrift „Außerschulische Bildung" finden Interessierte eine vollständige Auflistung aller Ausgaben seit Anfang 2002. Dabei stehen Ausgaben, die älter als zwei Jahre sind, als komplette Ausgabe zum Download zur Verfügung.

Im Veranstaltungskalender (Termine) können alle Tagungen, Fortbildungen und Gremiensitzungen sowie AdB-Ausschreibungen für den internationalen Fachkräfteaustausch abgerufen werden.

AdB-Mitglieder und Mitarbeitende von AdB-Mitgliedseinrichtungen haben die Möglichkeit, sich auf der Seite zu registrieren. Mit der Registrierung erhalten sie Zugang zum internen Bereich der Seite. Registrierte Nutzer/-innen können die Protokolle der Kommissionssitzungen (Veranstaltungen – Archiv) abrufen, Kommentare zu verschiedenen Inhalten der Seite abgeben und die „Arbeitshilfen für Mitglieder" – eine nützliche Sammlung von Informationen für den Betrieb von Bildungsstätten – einsehen. Die Homepage wird kontinuierlich weiterentwickelt.

AdB-Flyer in Englisch

Um den wichtigen und umfänglichen Bereich der internationalen Arbeit im AdB weiter zu unterstützen wurden die grundlegenden Informationen über den AdB in einem englischsprachigen Flyer zusammengestellt.

Pressearbeit

Im Jahr 2015 sind 17 Pressemitteilungen erschienen, mit denen der AdB auf Aktivitäten, Veröffentlichungen und Projekte aufmerksam machte und Stellung zu wichtigen Themen bezog. Unter anderem wies der AdB auf verschiedene Publikationen hin und machte in unterschiedlicher Weise auf die Aktivitäten der AdB-Mitglieder und eigene Aktivitäten insbesondere zum Thema „Flucht, Asyl und Migration" aufmerksam.

Netzwerk Öffentlichkeitsarbeit im AdB

Bereits 2014 wurde begonnen, ein Netzwerk der in den Mitgliedseinrichtungen für Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Referentinnen und Referenten und der AdB-Geschäftsstelle aufzubauen. Ziel ist es, eine gegenseitige Unterstützung zu ermöglichen, auszuloten, wo Synergieeffekte genutzt werden können und sich auf kurzem Wege über Ideen oder Fragen auszutauschen. Mit einer einmal jährlich stattfindenden Fortbildungsveranstaltung werden aktuelle Themen und Fragen aufgegriffen. Die erste Fortbildung fand im Herbst statt (s. im Abschnitt Fortbildungen und Fachtagungen im AdB). Neben der Qualifizierung der Teilnehmenden stehen die kollegiale Beratung und der Austausch über Fragen der Öffentlichkeitsarbeit in den Bildungseinrichtungen im Mittelpunkt.

Präsenz auf Fachtagungen und Kongressen

Ein wichtiges Ziel bei der Neukonzeption der Öffentlichkeitsarbeit im AdB war es, die Präsenz auf Fachtagungen und Kongressen zu erhöhen, die Arbeit des bundesweiten Verbandes bekannter zu machen, die Anliegen und Herausforderungen politischer Bildung zu kommunizieren und die Fachzeitschrift zu präsentieren. Im Jahr 2015 war ein dafür sehr wichtiges Ereignis der Kongress Politische Bildung zum Thema „Wie viel Ungleichheit verträgt unsere Demokratie?", der vom 19. bis 21. März 2015 in Duisburg stattfand. Er wurde von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), dem Bundesausschuss Politische Bildung (bap) und der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) veranstaltet. Der AdB bot auf dem Kongress einen Workshop zum Thema „Wahlrecht für alle?! – Erfordern Migration und demografischer Wandel ein Nachdenken über das Wahlrecht?" an. Hier ging es darum, gemeinsam zu überlegen, wie politische Bildung dazu beitragen kann, das Thema Wahlrecht als zentrales Instrument in der Demokratie (neben allen anderen Formen der Teilhabe) stärker in die Diskussion zu bringen. Hier konnte auf das AdB-Projekt „Zum Wählen zu jung? Die Altersfrage – Wahlrecht und Generationengerechtigkeit" aufmerksam gemacht werden. Zudem machte der AdB mit einem eigenen Stand auf die politische Bildung im Verband und in seinen Mitgliedseinrichtungen sowie auf die Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung" aufmerksam. In vielen Gesprächen konnten Kontakte geknüpft und Ideen für eine Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen vereinbart werden.

Perspektiven der Öffentlichkeitsarbeit

Die letzten zwei Jahre waren im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit von einer Neustrukturierung geprägt, verbunden mit dem Ziel, die politische Bildung und die vielfältigen Aktivitäten des AdB und seiner Mitgliedseinrichtungen besser sichtbar zu machen und zu kommunizieren. Vieles wurde erreicht, anderes ist noch auf dem Weg. Abgeschlossen werden konnte der Prozess der Neuausrichtung der Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung", die nun seit Jahresbeginn 2015 mit neuem Konzept und in neuem Layout erscheint. Die damit verbundene und in Teilen neu entwickelte Marketingstrategie muss weiter verfolgt und ausgebaut werden. Das bedeutet konkret, dass die Werbung um neue Abonnentinnen und Abonnenten weiter intensiv betrieben werden muss. Hier werden verschiedene Strategien verfolgt. Dazu gehören auch die Überlegungen für eine Online-Ausgabe der Zeitschrift sowie die Verknüpfung mit Social Media, um mehr Aufmerksamkeit zu erhalten und die Themen der Zeitschrift in die Diskussion zu bringen.

Das Vorhaben, ein AdB-Netzwerk Öffentlichkeitsarbeit zu etablieren, war erfolgreich und muss nun weiterhin mit Leben gefüllt werden. Das große Interesse der in den Mitgliedseinrichtungen dafür zuständigen Kolleginnen und Kollegen ist ein guter Garant dafür, dass dies gelingen kann.

Auf der Agenda stehen nach wie vor die weitere Entwicklung der externen Kommunikation und der Positionierung im Feld der politischen Bildung und in Politik und Gesellschaft hinein. Dieser Prozess ist muss stetig weiterverfolgt werden. Hier können mit geeigneten Aktionen, mit öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen und Projekten, mit der Präsenz auf Kongressen und Fachtagungen anderer Verbände und Organisationen die (bildungs-)politischen Botschaften des Verbands platziert werden. Die Homepage des AdB hat in diesem Prozess eine wichtige Funktion und ist ein stets aktuelles Schaufenster der politischen Bildung im Verband. Auch hier könnte eine Verknüpfung mit Social Media für eine größere Aufmerksamkeit sorgen. Eine Baustelle ist hier die Mitgliederdatenbank, auf der leider immer noch nicht alle Mitgliedseinrichtungen vertreten sind.

Netzwerken – Kooperationen und partnerschaftliche Zusammenarbeit

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten arbeitet auf nationaler und internationaler Ebene mit vielen Organisationen in den Bereichen Jugend- und Bildungspolitik zusammen, mit freien Trägern genauso wie mit öffentlichen Fachpartnern. Diese Netzwerkarbeit ist von entscheidender Bedeutung, um durch Mitarbeit, Mitgliedschaft, Kooperationen, Austausch und gemeinsame Vorhaben die Inhalte und die Infrastruktur politischer Bildung weiterzuentwickeln und zu stärken.

Bundesausschuss Politische Bildung

Im Bundesausschuss Politische Bildung haben sich rund 30 bundesweit arbeitende Trägerverbände der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung zusammengeschlossen. Gemeinsames Ziel der unterschiedlich orientierten Organisationen im Bundesausschuss ist es, sich für die Entwicklung und Verbesserung der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung durch Erfahrungsaustausch und Kooperation zu engagieren, die Einsicht in die Bedeutung dieses Bildungsbereichs und die Notwendigkeit seiner öffentlichen Förderung zu verbreiten und durchzusetzen.

Ein gut sichtbares Zeichen hervorragender politischer Bildung ist der Preis Politische Bildung, der vom BMFSFJ und der bpb gefördert und vom bap ausgeschrieben wurde. Er richtete sich im Berichtsjahr an Projekte und Vorhaben, die sich mit der Frage „Wie viel Ungleichheit verträgt die Demokratie?" auseinandersetzten. Die Jury bestand aus Vertreterinnen und Vertretern des Bundesausschuss für politische Bildung, des Bundesministeriums für Familie,

Senioren, Frauen und Jugend, des Ministeriums des Inneren, der Bundeszentrale für politische Bildung sowie Vertreter/-innen der politischen Bildung.

Die Preisverleihung fand am 20. März 2015 während des 13. Bundeskongresses Politische Bildung in Duisburg statt. Erfreulicherweise machte eine Mitgliedseinrichtung des AdB, die Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e. V., den ersten Platz.

„Wie viel Ungleichheit verträgt unsere Demokratie?" war auch die Leitfrage, die den Kongress Politische Bildung, der vom 19. bis 21. März 2015 in Duisburg stattfand, begleitete. Er wurde von der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Bundesausschuss Politische Bildung und der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung veranstaltet und zog über eintausend Teilnehmerinnen und Teilnehmer an.

Auf erfreulich großes Interesse stieß auch am 21. April 2015 in der Kalkscheune in Berlin der Parlamentarische Abend – Politische Bildung im Gespräch, den die Bundeszentrale für politische Bildung und der Bundesausschuss politische Bildung veranstalteten. Ca. 25 Abgeordnete und über 100 Trägervertreter/-innen waren der Einladung gefolgt und konnten sich einen Einblick von der Vielfalt politischer Bildung verschaffen. Als stellvertretende Vorsitzende des bap begrüßte Ina Bielenberg, Geschäftsführerin des AdB, neben Steffen Bilger, MdB und Vorsitzender des Kuratoriums der bpb, und Thomas Krüger, Präsident der bpb, die Anwesenden. In einer Projektbörse präsentierten Träger und Trägerverbünde aktuelle Vorhaben zu den Schwerpunkten Einwanderungsgesellschaft/Migration, Demokratieentwicklung, Europa in der politischen Bildung, Historisch-politische Bildung, Digitale Welten in der politischen Bildung sowie Extremismus. Sieben Einrichtungen des AdB waren dabei und konnten einen praxisnahen Eindruck vermitteln, was in der politischen Bildung bundesweit geleistet wird: das ABC Bildungs- und Tagungszentrum e. V.; Akademie Frankenwarte – Gesellschaft für Politische Bildung e. V.; Alte Feuerwache e. V., Jugendbildungsstätte Kaubstraße; Anne Frank Zentrum; Bildungswerk der Humanistischen Union NRW e. V.; Gesellschaft für Politik und Wirtschaft e. V. Hamburg – Haus Rissen Hamburg; Internationales Haus Sonnenberg. Darüber hinaus war der AdB mit Vertreterinnen und Vertretern aus 22 Einrichtungen prominent vertreten und hat damit die Gelegenheit hervorragend genutzt, mit der Politik ins Gespräch zu kommen und sich mit den anderen Trägern politischer Bildung auszutauschen.

Partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem BMFSFJ

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten arbeitet partnerschaftlich mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zusammen und wird durch dieses gefördert. Es finden regelmäßige Austausch- und Gesprächstermine statt, um sich über jugendpolitische Themen und Schwerpunktsetzungen zu informieren.

In der sogenannten Programmspezifischen Arbeitsgruppe treffen sich jährlich auf Einladung des Ministeriums die über das KJP-Programm Politische Bildung geförderten Organisationen. Auf der Sitzung im Oktober wurde durch den zuständigen Referatsleiter über den Stand der Reform des Kinder- und Jugendplans berichtet. Insbesondere das Bauprogramm sowie die Neuorganisation der Personalkostenzuschüsse für Jugendbildungsreferentinnen

und -referenten wurden vorgestellt und erläutert. Der für das Programm „Demokratie leben!" zuständige Referatsleiter im BMFSFJ, Thomas Heppener, war ebenfalls bei dieser Sitzung anwesend. Er stellte das Programm vor und erläuterte die Teilhabemöglichkeiten für die Träger politischer Bildung. Die anwesenden Trägervertretungen äußerten übereinstimmend den Wunsch nach einer besseren Vernetzung mit den im Programm beteiligten Akteuren. Dies wurde beiderseitig verabredet.

Das Bundesjugendministerium informierte zudem, dass seine Jugendpolitik 2015–2018 unter dem Motto „Handeln für eine Jugendgerechte Gesellschaft" steht. Zudem wird das BMFSFJ anlässlich des Reformationsjubiläums eigene Aktivitäten einbringen und einen Schwerpunkt auf die Auswirkungen der Reformation auf aktuelle Themen und den Wandel der Gesellschaft setzen. Die Verbände sind eingeladen, hier mitzuwirken.

Bundeszentrale für politische Bildung

Die Bundeszentrale für politische Bildung ist zentraler Fachpartner im Bereich der politischen Erwachsenenbildung. Die Interessen der Einrichtungen werden in Gesprächen vertreten, insbesondere die Sitzungen des Runden Tisches dienen dem Austausch, der Klärung von Fragen und Problemen sowie der Planung gemeinsamer Anliegen. Der Runde Tisch tagte im Mai und im Oktober in Bonn und Berlin. In der Frühjahrssitzung wurden die Schwerpunktthemen gemeinsam von bpb und Trägervertreter/-innen festgelegt. Diese lauteten:

- Gleichheiten und Ungleichheiten in der Demokratie
- Extremistische Verhaltensmuster
- Informationelle Selbstbestimmung
- Geopolitische Entwicklungen und Interessen
- Deutschlands neue Verantwortung in der Welt?
- Flucht, Vertreibung, Asyl
- Europa

Im Herbst stand der Austausch über die Handhabung der Richtlinien im Mittelpunkt des Austauschs. Von Seiten der bpb wurde ein Vorschlag zur vereinfachten Handhabung vorgetragen, der auf große Unterstützung der Trägervertreter/-innen stieß, da der Verwaltungsaufwand für alle Beteiligten damit sinkt.

Die Mitwirkung des AdB war auch beim Programm „Politische Bildung in Aktion" gefragt. Erneut konnten sich Interessentinnen und Interessenten aus Süd- und Osteuropäischen Staaten um ein Stipendium bewerben, um in einer Einrichtung der politischen Bildung in Deutschland Strukturen und Arbeitsweisen der Profession kennenzulernen. Zahlreiche Mitgliedseinrichtungen im AdB beteiligten sich am Programm, der AdB wirkte bei der Auswahl der Bewerber/-innen mit. Leider wird das Stipendiatenprogramm beendet und im kommenden Jahr nicht weiter fortgeführt.

Weitere Netzwerkpartner

Über die oben genannten Partner hinaus wirkt der AdB in weiteren jugend- und bildungspolitischen Gremien und Organisationen mit. Als Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) arbeitet der AdB im Fachausschuss „Jugend, Jugendbeteiligung, Jugendpolitik" mit und ist im Vorstand der AGJ vertreten.

Eine Mitgliedschaft besteht auch bei IJAB – Fachstelle für internationale Jugendarbeit. Als Fachstelle fördert IJAB die internationale Jugendarbeit und die internationale jugendpolitische Zusammenarbeit. Die Mitgliederversammlung tagt zwei Mal im Jahr. Von besonderer Bedeutung im Hinblick auf die Interessenvertretung waren im Berichtsjahr darüber hinaus der internationale Parlamentarische Abend, der im November in Berlin stattfand, sowie eine Fachtagung zu den KJP-Richtlinien und ihre Auswirkungen auf die internationale Begegnungsarbeit.

Ein noch relativ neues Gremium ist der Gesprächskreis politische Bildung, der sich auf Initiative der Berliner Landeszentrale für politische Bildung und dem Berliner Landesverband der Deutschen Vereinigung für politische Bildung (DVpB) gegründet hat. Der AdB wurde angefragt, hier mitzuarbeiten, um den Diskurs zwischen Politikwissenschaft und der Praxis politischer Bildung anzuregen und den Austausch zu befördern. Der Gesprächskreis ist sehr aktiv und konnte erfolgreich unter Beteiligung des AdB die Fachtagung „Nach Pegida. Gesellschaftspolitische Fragestellungen und Antworten der politischen Bildung" in Berlin durchführen. Darüber hinaus wurde am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin eine Ringvorlesung organisiert, die durchschnittlich siebzig bis achtzig Studierende erreichte. Die Geschäftsführerin des AdB hatte den Part übernommen, einen Vortrag mit Diskussion zum Thema „Politische Bildung außerhalb von Schule – Selbstverständnis, Handlungsansätze und Akteure" zu halten.

Alle weiteren Mitgliedschaften und Kooperationsbeziehungen sind in dieser Broschüre im Kapitel „Der AdB im Überblick" zu finden.

3 Querschnittsthemen

Gender Mainstreaming

Die politische Bildung im AdB verfolgt das Ziel, die Demokratie im Sinne einer gleichberechtigten Teilhabe aller Geschlechter zu fördern und Diskriminierungen abzubauen. Die Verankerung dieses Ziels in der Satzung des Verbands manifestiert die herausragende Bedeutung des Gender-Prinzips für den AdB. Die praktische Umsetzung erfolgt auf verschiedenen Ebenen:

Es wurden AdB-Genderbeauftragte benannt, deren Aufgabe es ist, das Thema verbandspolitisch im Blick zu haben und wichtige Informationen über die Geschäftsstelle an die AdB-Mitglieder zu kommunizieren (Gender-Newsletter).

Für das Programm Politische Jugendbildung im AdB stellt die Umsetzung von Gender Mainstreaming eine kontinuierliche Aufgabe dar, die in den verschiedenen Projekten und Seminarangeboten wahrgenommen wird. Die Qualifizierung von Mädchen und Jungen zur Geschlechtergerechtigkeit, die Thematisierung von Chancengerechtigkeit und die gleichberechtigte Teilhabe sind wichtige Themen, aber auch Ziele politischer Bildung.

Jede Fachkommission des AdB benannte eine/n Gender-Beauftragte/n, um die Umsetzung des Gender-Prinzips bei den vielfältigen Themen, die in den Kommissionen erörtert werden, im Blick zu behalten und die jeweiligen Vorsitzenden entsprechend zu beraten. Während der jeweils zwei Sitzungen im Jahr 2015 konnten die Gender-Beauftragten ihre Anliegen in den Agenden der Gremien platzieren. In der Kommission Mädchen- und Frauenbildung wurden die aktuellen Herausforderungen durch eine geschlechterreflektierte politische Bildungsarbeit in den Blick genommen und wurden aktuelle Erkenntnisse der Gender- und Queer-Studies diskutiert. Um die politische Bildungsarbeit neu auszurichten, beschloss diese Kommission, den Schwerpunkt „Geschlechterreflektierte Bildungsarbeit“ für die neue Legislaturperiode ab 2016 in den Fokus zu stellen.

Diese genderspezifischen Aktivitäten tragen mit dazu bei, das Thema der Geschlechtergerechtigkeit in den Bildungsstätten und der Bildungsarbeit nachhaltig zu verankern, um auch gesellschaftspolitische Diskurse, wie z. B. über den Mindestlohn, die ungleiche Bezahlungen von Männern und Frauen oder die mangelnde Berücksichtigung von Frauen in Führungspositionen im Rahmen der Bildungsarbeit zu thematisieren.

Interkulturelle Kompetenz und Interkulturelle Öffnung

Der AdB hat bereits vor einigen Jahren eine Initiative zur Entwicklung eines Prozesses zur Interkulturellen Öffnung von Trägern, Einrichtungen und Angeboten der politischen Bildung gestartet, um Menschen mit und ohne Migrationshintergrund für die politische Bildung zu gewinnen und die eigenen Mitgliedseinrichtungen diverser auszurichten. Notwendig wurde dieser Prozess durch die Herausforderungen, die auf die Gesellschaft durch (neu) zuwandernde Menschen zukommen, aber auch, weil die kritische Selbstreflexion der Träger und Einrichtungen der politischen Bildung in den vergangenen Jahren gezeigt hat, dass nicht alle Menschen in gleicher Weise von ihren Programmen, Häusern und Publikationen erreicht werden. Insbesondere Menschen mit Migrationsgeschichte fühlen sich oft nicht richtig repräsentiert bzw. angesprochen. Auch spiegelt die Zusammensetzung der Mitarbeitenden in den Bildungseinrichtungen nicht immer die gesellschaftliche Realität wieder.

Interkulturelle Öffnung voranbringen

Die Interkulturelle Öffnung ist die bewusste Entscheidung für ein Zusammenarbeiten von Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte in den Organisationen. Die Strategie der AdB-Mitgliedseinrichtungen zielt darauf, ihre Strukturen nachhaltig zu verändern und Menschen mit Migrationsgeschichte gleiche Partizipationschancen in den Veranstaltungen der politischen Bildung sowie in allen Funktionen und auf allen Ebenen der Organisationen zu geben. Das Ziel ist die Einbeziehung von Multikulturalität in die Strukturen, die Personalentwicklung, den Service und das Angebot von Einrichtungen.

Um diesen Prozess zu unterstützen und den Mitgliedseinrichtungen Hilfe bei der Entwicklung einer „hauseigenen" Strategie zu geben, hat der AdB 2015 die Broschüre „Interkulturelle Öffnung – Eine Arbeitshilfe für Bildungsstätten und Träger der politischen Bildung" veröffentlicht (siehe auch Kapitel 2 dieses Berichts). In der Arbeitshilfe wurden zu sieben Themenbereichen (Leitung der Einrichtung; Personalentwicklung; Hauswirtschaft, Küche, Service und Housekeeping; Verwaltung und Belegungsmanagement; Pädagogik und Programmplanung; Marketing und Public Relations sowie Vernetzung und Kooperation) hilfreiche Tipps zur Umsetzung zur Verfügung gestellt. Ausgewählte Beispiele aus den Mitgliedseinrichtungen des AdB geben Anregungen für eigene Vorhaben.

Der Prozess der Interkulturellen Öffnung ist damit nicht abgeschlossen. Es ist vielmehr geplant, dieses wichtige Thema immer wieder auf die Tagesordnung zu setzen, sich über die Erfahrungen auszutauschen und Fortbildungen zu organisieren. Wichtige Orte für die kollegiale Beratung und Fortbildung sind die Fachkommissionen des AdB.

Politische Bildung für Flüchtlinge und die aufnehmende Gesellschaft

Die Dringlichkeit und Notwendigkeit des interkulturellen Lernens und der interkulturellen Öffnung wurde durch die hohe Zahl von Flüchtlingen und das sich ändernde gesellschaftliche Klima deutlich erhöht. Der AdB hat sich mit der Entscheidung für sein Jahresthema 2015 „Globale Migration – Zuwanderung, Flucht und Asyl im Fokus politischer Bildung" positioniert und deutlich gemacht, dass sich die gesellschaftlichen und politischen Reaktionen auf Flucht und Flüchtlinge nicht auf ordnungspolitische, sozialpolitische und rechtliche Reaktionen beschränken dürfen, sondern dass die Gesellschaft auch vor einer großen bildungspolitischen Herausforderung steht. Im Zentrum dieser bildungspolitischen Herausforderung muss auch die politische Bildung stehen.

Die Träger und Einrichtungen im AdB haben vielfach und auf unterschiedlichen Ebenen auf die Herausforderungen reagiert. Sie haben in Angeboten politischer Bildung Geflüchteten Unterstützung und Orientierung gegeben. Themen waren z. B. Zusammenleben in einer demokratischen Gesellschaft, die Vermittlung demokratischer Werte, Gleichberechtigung der Geschlechter oder politische und gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten. Auch die Unterkunft von Flüchtlingen in Bildungsstätten, die Netzwerkarbeit vor Ort, die Unterstützung von Ehrenamtlichen und die Bereitstellung von Räumen für Begegnungen gehörten zum Angebot der Mitgliedseinrichtungen.

Nicht weniger wichtig sind aber darüber hinaus die Bildungsangebote für die aufnehmende Gesellschaft: Die kritische und reflektierte Auseinandersetzung mit Vorurteilen und Fremdenfeindlichkeit, mit neuen populistischen Bewegungen, die Information über politische Hintergründe und Fluchtursachen sowie die Vermittlung politischer und gesetzlicher Rahmenbedingungen.

Die Erfahrungen zeigen, wie wichtig der Aufbau neuer Netzwerke für diese Bildungsarbeit ist und wie notwendig die weiterführende Interkulturelle Öffnung der Einrichtungen. Es bedarf in der politischen Bildung – insbesondere in der politischen Erwachsenenbildung – aber auch noch neuer Ideen und Konzepte, um den Herausforderungen gewachsen zu sein. Entsprechende Fortbildungen, der Austausch im Verband und die kollegiale Beratung sind daher wichtige Aufgaben für die Zukunft.

4 Verbandsentwicklungen

Vorstand

Der Vorstand des AdB wird von der Mitgliederversammlung für jeweils zwei Jahre gewählt. Im November 2015 standen turnusmäßig die Vorstandswahlen auf der Tagesordnung. Ulrich Ballhausen, Weimar-Jena-Akademie, wurde in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt. Zur stellvertretenden Vorsitzende wurde Petra Tabakovic, Internationaler Bund, durch die Mitglieder bestimmt. Sie löste Ulrike Steimann ab, die nach über zehn Jahren Vorstandstätigkeit nicht mehr kandidierte und von der Mitgliederversammlung mit großem Dank verabschiedet wurde. Weiterhin in ihrem Vorstandsämtern bestätigt wurden Udo Dittmann, Akademie Biggesee; Albert Fußmann, Institut für Jugendarbeit Gauting; Martin Kaiser, Gustav-Stresemann-Institut, sowie Christine Reich, Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein und Birgit Weidemann, HochDrei e. V. Neu in den Vorstand wurde Nina Pauseback gewählt. Sie vertritt die Jakob-Kaiser-Stiftung im Verband. Mit ihr ist das achtköpfige Gremium wieder vollständig.

Der Vorstand traf sich zu vier Sitzungen in Berlin, davon eine zweitägige Sitzung, die in der Mitgliedseinrichtung Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg in Berlin stattfand.

Koordination der Kommissionen

Die Fachkommissionen des AdB sind die zentralen Orte für die Kommunikation der Mitglieder untereinander, für den Austausch und die kollegiale Beratung. Sie sind besetzt mit Expertinnen und Experten aus den Mitgliedseinrichtungen, die kompetent die Themen und Fragen des jeweiligen Bereichs – Jugendbildung, Erwachsenenbildung, europäische und internationale Bildung, Mädchen- und Frauenbildung, Verwaltung und Finanzen – diskutieren und weiterentwickeln. Aufgrund der großen Expertise sind sie damit zugleich wichtige Beratungsgremien für den Vorstand, der den dort gebündelten Sachverstand gerne für die eigene Beratung nutzt. Der regelmäßige Austausch mit den Kommissionen steht daher immer wieder neu auf der Tagesordnung des Vorstands. Zur Januarsitzung wurden die Vorsitzenden aller Kommissionen zur Vorstandssitzung nach Berlin eingeladen. Im Fokus des Austauschs standen der Rückblick auf die Arbeit in der aktuellen Sitzungsperiode, der Ausblick auf die Sitzungen 2015 sowie die Erfahrungen mit den 2013 vom Vorstand beschlossenen Veränderungen für die Kommissionsarbeit. Insgesamt zeigten sich die Kommissions-

Der neu gewählte AdB-Vorstand (v. li. n. re.): A. Fußmann, M. Kaiser, N. Pauseback, U. Ballhausen, U. Dittmann, P. Tabakovic, C. Reich, B. Weidemann

vorsitzenden sehr zufrieden mit der Arbeit der Gremien. Sie lobten übereinstimmend die vertrauensvolle Atmosphäre, die es auch ermögliche, schwierige Themen offen und konsensorientiert zu diskutieren. Gewünscht wurde, den Austausch von Informationen zwischen Vorstand und Kommissionen weiter zu verbessern und die Transparenz im Hinblick auf die Weiterarbeit an Papieren zu erhöhen.

Auch in den folgenden Vorstandssitzungen des Jahres waren die Kommissionen Thema. Da die auf vier Jahre begrenzte Arbeitsphase zu Ende ging, diskutierte der Vorstand, wie viele und welche Kommissionen für die kommende Sitzungsperiode 2016–2019 ausgeschrieben werden sollen. Aufgrund der positiven Rückmeldungen aus den amtierenden Gremien wurden diese weitestgehend in der bestehenden Form belassen. Aus der Kommission Mädchen- und Frauenbildung wurde der Vorschlag an den Vorstand herangetragen, eine neue Kommission „Geschlechtergerechte Bildung" zu berufen verbunden mit dem Wunsch, diese neue Kommission auch für die Teilnahme von männlichen Kollegen zu öffnen. Der Vorstand folgte diesem Vorschlag einstimmig.

Die Rückmeldungen auf die Ausschreibung der Kommissionen im Spätsommer waren erfreulich positiv, sodass der Vorstand im Herbst alle Bewerberinnen und Bewerber für die Kommissionsarbeit 2016 bis 2019 berufen konnte.

Ebenfalls berufen wurden die Mitglieder des Redaktionsbeirats. Die Herausgeber hatten eine Vorschlagsliste erstellt, die im Vorstand diskutiert und beschlossen wurde.

Standbein Jugendbildung

Intensiv und während mehrerer Sitzungen beschäftigte sich der Vorstand mit der Neuausschreibung des Programms „Politische Jugendbildung im AdB". Um eine unterbrechungsfreie Fortsetzung nach Ablauf der sechsjährigen Programmphase zu gewährleisten, musste die Ausschreibung bereits vorbereitet werden, damit diese Anfang 2016 an die Mitgliedseinrichtungen verschickt werden kann. Als erster Schritt wurden die aktuelle Konzeption und die in den letzten Jahren gesammelten Erfahrungen im Hinblick auf ihre Tragfähigkeit für die neue Programmphase ausgewertet. Aufgrund des positiven Verlaufs mussten lediglich kleinere Anpassungen vorgenommen werden. Im Anschluss stand die Festlegung der Themenschwerpunkte im Mittelpunkt der Diskussionen. Der Vorstand einigte sich darauf, erneut Themen zu setzen, die aktuelle Herausforderungen für die politische Bildung benennen, die an die Arbeit der Mitgliedseinrichtungen anknüpfen und die so formuliert sind, dass sie ihre Tragfähigkeit über sechs Jahre behalten. Folgende Themen wurden durch den Vorstand gesetzt:

- Digitale Medien und Demokratie
- Flucht und Migration – Spannungsfeld für die Demokratie
- Erinnerungskultur und Teilhabe
- Arbeit und Lebensperspektive

Zusätzlich wurde das Querschnittsthema Inklusion vereinbart, das sich in allen anderen Schwerpunktthemen wiederfinden soll. Als Ergebnis sollen modellhafte Möglichkeiten einer inklusiven politischen Bildung entwickelt werden, welche die Teilhabe aller jungen Menschen an Maßnahmen der politischen Bildung verbessert.

Entwicklung von Verbandspositionen

Die Entwicklung und Verabschiedung von Verbandspositionen ist wesentliche Aufgabe der Vorstandsarbeit. Wichtige Anregungen, Impulse und unerlässliche fachliche Vorarbeiten leisten hierzu die einzelnen Fachkommissionen. Die Kommission europäische und internationale Bildung hatte ein Papier zur aktuellen Ausrichtung und zur Bedeutung der internationalen Arbeit im AdB erstellt und dem Vorstand zur Verfügung gestellt. Diese Positionsbestimmung wurde auf zwei Vorstandssitzungen ausführlich diskutiert und zur weiteren Beratung in alle Kommissionen gegeben. Die Kommissionen meldeten grundsätzliche Zustimmung und gaben wichtige Hinweise im Hinblick auf notwendige Ergänzungen oder Erläuterungen. Diese wurde zusammen mit den Diskussionsergebnissen des Vorstands aufgenommen, sodass am Ende des Prozesses das Positionspapier „Die qualitative Vertiefung wagen! Zur Wei-

terentwicklung der europäischen und internationalen politischen Bildungsarbeit im AdB" veröffentlicht werden konnte (siehe Anhang).

Darüber hinaus bereitete der Vorstand das Positionspapier zum Jahresthema 2016 vor, das traditionell in der vorausgehenden Mitgliederversammlung verabschiedet wird. Es trägt des Titel: „Wie wollen wir zusammen leben? Armut und Reichtum in der Demokratie".

Personalentscheidungen

In der AdB-Geschäftsstelle gab es zwei personelle Veränderungen, die den Vorstand beschäftigten. Die langjährige Mitarbeiterin Elke Buntrock, Sachbearbeiterin für die Geschäftsführung, wurde in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Für sie konnte Silke Neumann eingestellt werden, die seit September das Geschäftsstellenteam bereichert.

Boris Brokmeier, Bundestutor und stellvertretender Geschäftsführer im AdB, verließ zum Jahresende die Geschäftsstelle, um die Leitung einer Bildungsstätte zu übernehmen. Die Stelle wurde offen ausgeschrieben, und Vorstand und Geschäftsführung managten ein umfangreiches Bewerbungsverfahren, an dessen Ende aus acht eingeladenen Personen ein Kollege ausgewählt wurde. Der Vorstand entschied sich für den in der Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und der politischen Jugendbildung erfahrenen Sebastian Bock aus Berlin, der aufgrund seiner Leitungstätigkeit in der Bundesgeschäftsstelle der Ringe deutscher Pfadfinderinnen und Pfadfinderverbände e. V. das Haus der Jugendarbeit und Jugendhilfe, den Sitz des AdB, schon bestens kannte.

Weitere Themen und Aufgaben

In allen Sitzungen präsent war das wichtige Thema „Reform des Kinder- und Jugendplan des Bundes". Der Vorstand beschäftigte sich ausführlich mit den einzelnen Reformschritten und diskutierte die jugendpolitischen und förderpolitischen Auswirkungen auf den AdB. Im Hinblick auf die Grundsicherung der Geschäftsstelle erwartet die Verbandsspitze eine Verbesserung durch die Möglichkeit des Abschlusses einer Rahmenvereinbarung. Kritisch wurde die weitere Förderung der internationalen Maßnahmen beurteilt, da sie drohen, als Querschnittsthema ihrer fachlichen Spezifik beraubt zu werden. Vorstand und Geschäftsführung beschlossen, ihre kritischen Fragen daran in die entsprechenden Gremien einzubringen.

Auch die Öffentlichkeitsarbeit des AdB beschäftigte den Vorstand während seiner Sitzungen. Die Vorstandsmitglieder zogen eine Bilanz der Neuausrichtung und zeigten sich von der Umsetzung der vereinbarten Schritte wie höhere Präsenz auf Veranstaltungen, Weiterentwicklung der Homepage, Aufbau eines Netzwerks Öffentlichkeitsarbeit und Durchführung einer eigenen Veranstaltung zu einem Thema der „Außerschulischen Bildung" sehr zufrieden. Da die Erhöhung der Sichtbarkeit der politischen Bildung eine der zentralen Herausforderungen zur Zukunftssicherung des Arbeitsfeldes ist, wurde die verstärkte Weiterarbeit daran für das nächste Jahr beschlossen.

Weitere Themen der Vorstandsarbeit waren die Vor- und Nachbereitung zentraler Verbandsveranstaltungen wie die Jahrestagung und Mitgliederversammlung, die Prüfung von Anträgen auf Mitgliedschaft, die Festlegung des Jahresthemas sowie der Austausch über jugend-, bildungs- und förderpolitische Entwicklungen.

Mitgliederentwicklung

Der AdB ist ein Fachverband der politischen Bildung, dem bundesweit Jugendbildungsstätten, Bildungswerke, internationale Begegnungsstätten, Europahäuser und Akademien angehören. Trotz der Heterogenität ihrer weltanschaulichen, konzeptionellen und pädagogischen Ausrichtungen arbeiten sie im AdB in Gremien, Modellprojekten, auf Fachtagungen und in Fortbildungen vertrauensvoll zusammen und sorgen für die fachliche Weiterentwicklung der politischen Bildung in Deutschland und darüber hinaus.

Jubiläen

Die Mitgliedseinrichtungen des AdB bieten Seminare, Projekte und Maßnahmen der außerschulischen politischen Bildung an, für deren Teilnahme sich junge Menschen wie auch Erwachsene freiwillig entscheiden. Wenn es, wie die zahlreichen Jubiläen im Berichtsjahr zeigen, die Einrichtungen im AdB über Jahre und Jahrzehnte schaffen, Teilnehmerinnen und Teilnehmer für ihre Angebote zu interessieren, ist das ein schöner Beleg für deren Attraktivität. Ganz offensichtlich gelingt es den Mitgliedseinrichtungen des AdB, die Fragen und Interessen der Besucher/-innen aufzugreifen, durch interessante Themen und Orte das Angebot attraktiv zu machen sowie den Teilnehmenden neue Erkenntnisse und Lernerfahrungen zu ermöglichen. Der AdB konnte 2015 folgenden Mitgliedseinrichtungen zum Geburtstag gratulieren:

- Die **Friedrich-Ebert-Stiftung** konnte ihren 90. Jahrestag feiern.
- Die **Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein** feierte ihren 40. Geburtstag
- Die **Akademie Frankenwarte**, Bildungsstätte in Würzburg, blickt auf eine 50jährige Geschichte zurück.
- Die **Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg** wurde vor 25 Jahren gegründet.
- Die **Rosa-Luxemburg-Stiftung** wurde ebenfalls 25 Jahre alt.

Neue Mitglieder

Dass die Attraktivität der Mitgliedschaft im AdB nach wie vor ungebrochen hoch und die Zusammenarbeit in diesem Netzwerk auch für neue Einrichtungen interessant und erstrebenswert ist, macht die Aufnahme von drei Organisationen während der Mitgliederversammlung 2015 deutlich.

Die Europäische Akademie Otzenhausen gGmbH (EAO) liegt im nördlichen Saarland und ist ein anerkannter Bildungsträger. Gegründet 1954 führt die Europäische Akademie bereits seit über 60 Jahren erfolgreich Veranstaltungen der politischen Bildung durch und ist Träger internationaler Maßnahmen. Die Zielgruppe der Veranstaltungen sind überwiegend Jugendliche und junge Erwachsene. Die Schwerpunkte der Bildungsarbeit liegen u. a. in den Bereichen deutsch-französischer und europäischer Begegnungsprogramme, internationaler Studienprogramme, europapolitische Bildung, entwicklungspolitische Bildung sowie Bildung zur Nachhaltigen Entwicklung. Derzeit beschäftigt die Europäische Akademie Otzenhausen gGmbH über 50 Mitarbeiter/-innen, darunter neun hauptamtliche pädagogische Mitarbeitende, die jährlich über 100 Veranstaltungen konzipieren, organisieren und durchführen.

Der Verein Waldritter e. V. ist ein bundesweit tätiger, anerkannter Träger der freien Jugendhilfe. Die außerschulische politische Jugendbildung bildet innerhalb des Vereins, neben der kulturellen Bildung und den pädagogischen Handlungsfeldern, ein zentrales Arbeitsfeld. Fünf angestellte pädagogische Mitarbeitende koordinieren die mehr als 200 teils ehrenamtlichen Teamer/-innen und Honorarkräfte. Zielgruppe sind Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis zum Alter von 27 Jahren sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Am Standort Herten in Nordrhein-Westfalen entsteht zurzeit eine Jugendbildungsstätte des Waldritter e. V. mit Übernachtungsplätzen, Seminar- und Workshopräumen sowie Büros. Sie wird als weiterer Standort neben den bisherigen Einrichtungen in Clausen, Gelsenkirchen und Castrop-Rauxel das Zentrum der politischen Jugendbildungsarbeit darstellen und die zentrale Verwaltung beherbergen.

dock europe e. V. ist ein gemeinnütziger Bildungsträger, der an der Schnittstelle von Sozial- und Bildungsarbeit auf lokaler und europäischer Ebene wirkt. dock europe e. V. fördert den Austausch und die Vernetzung von Ehrenamtlichen und Fachkräften aus den Bereichen der Jugendhilfe sowie der formalen und nonformalen Jugend- und Erwachsenenbildung. Seit der Gründung vor zehn Jahren organisiert dock europe e. V. Seminare der politischen Bildung, Bildungsreisen sowie praxis- und berufsbezogene Fortbildungen, Auslandsaufenthalte und deutsch-französische bzw. europäische Begegnungen für Jugendliche, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und Auszubildende/Studierende aus Feldern der Sozialen Arbeit, Erziehung und Bildung. Das deutsch-französische Team von dock europe besteht aktuell aus sieben Personen. dock europe e. V. plant den Aufbau eines Internationalen Bildungszentrums mit Seminarräumen und Übernachtungsmöglichkeiten in Altona. Die Gästeetage wird über insgesamt 32 Betten verfügen und dem Verein ermöglichen, weiterhin kostengünstig Jugendbegegnungen und Fachkräfteaustauschmaßnahmen zu realisieren.

Der AdB freut sich über die drei neuen Mitglieder, deren Aufnahmeanträge alle von der Mitgliederversammlung positiv bestätigt wurden. Insbesondere die Entwicklung der Errichtung neuer Bildungsstätten ist eine positive Entwicklung, die dem lange anhaltenden Schließungstrend zuwider läuft, das Bildungsstättenkonzept auch für eine aktuelle, moderne politische Bildungsarbeit bestätigt und zur Stärkung der Infrastruktur für politische Bildung beiträgt.

Über die drei Neuaufnahmen hinaus wurde der Antrag des Vereins Jugendkulturarbeit Oldenburg auf Vollmitgliedschaft im AdB von der Mitgliederversammlung bestätigt. Die sehr erfolgreichen Anstrengungen zum Ausbau der politischen Bildungsarbeit in der Einrichtung wurden von den Mitgliedern anerkannt und gewürdigt.

Austritte und Schließungen

Leider gibt es neben den erfreulichen Veränderungen in der Mitgliedschaft im Hinblick auf die Aufnahme neuer Mitglieder auch Austritte zu verzeichnen. Die Jugendbildungs- und Tagungsstätte Ostheim, Bad Pyrmont, stellte zum 31.12.2015 die Tätigkeit ein und wurde geschlossen. Damit erlosch auch die Mitgliedschaft im AdB zum Jahresende. Auch das ver.di-Institut für Bildung, Medien und Kunst in Lage-Hörste wurde zum Ende des Jahres 2015 geschlossen und die Mitgliedschaft im AdB damit gekündigt. Ausgeschieden aus dem Verband ist auch die Hermann-Ehlers-Akademie in Kiel.

Die Hanns-Seidel-Stiftung gab darüber hinaus bekannt, ihre Bildungsstätte in Wildbad Kreuth schließen zu müssen. Hohe Mietforderungen hatten diesen Entschluss notwendig gemacht. Der AdB bedauert diese Entwicklung sehr. Die Hanns-Seidel-Stiftung ist mittlerweile die einzige der parteinahen politischen Stiftungen, die mit Kloster Banz noch über eine Bildungsstätte verfügt.

Verbandsstatistik

Mit dem Ausstieg aus der Verbundstatistik des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE) hat die Mitgliederversammlung dem Vorstand des AdB den Auftrag gegeben, eine eigene AdB-Statistik zu entwickeln, die niedrigschwellig und unkompliziert einige Grunddaten erhebt. Die Kommission Verwaltung und Finanzen wurde gebeten, dieses Vorhaben mit ihrer Expertise zu unterstützen. Sie berief eine Arbeitsgruppe ein, die einen Vorschlag für einen Erhebungsbogen erarbeitete, der nach Prüfung und Pre-Test durch Vorstand und Geschäftsstelle an alle Mitgliedseinrichtungen verschickt wurde.

Rund die Hälfte aller AdB-Mitglieder beteiligte sich und füllte den Fragebogen online aus. Dies ist ein schöner Erfolg, da beim

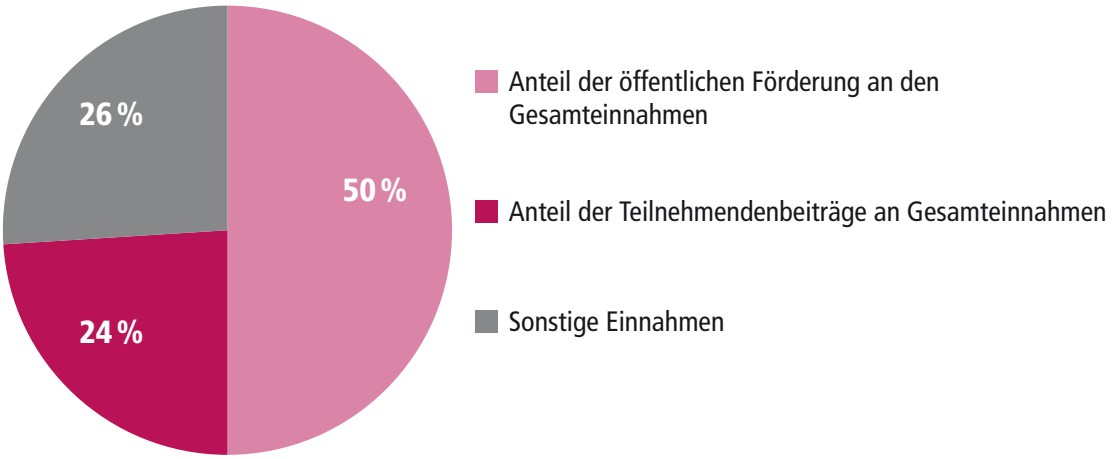


Abb. 1: Zusammensetzung der Einnahmen der Einrichtungen und Träger

letzten Jahrgang der alten Statistik die Beteiligungsrate nur noch im einstelligen Bereich lag. Auch wenn durch die fünfzigprozentige Beteiligung keine absoluten Zahlen für den Verband erhoben werden konnten, lassen sich dennoch Trends und Entwicklungen erkennen, die für die Darstellung der Arbeit in den Einrichtungen und vor allem für die Vertretung der Interessen der Mitglieder von Bedeutung sind.

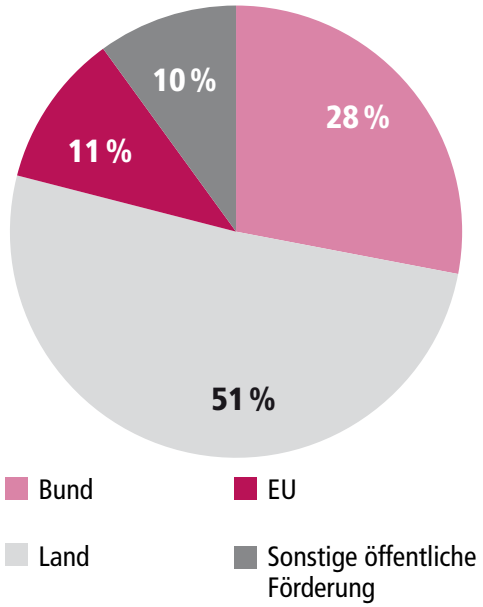


Abb. 2: Zusammensetzung der öffentlichen Förderung

Gefragt wurde u. a. nach der Zusammensetzung der Einnahmen der Einrichtungen und Träger (vgl. Abb. 1). Von besonderem Interesse ist dabei die Auskunft, wie hoch der Anteil der öffentlichen Förderung ist.

Die Grafik zeigt, dass die staatliche Finanzierung nur die Hälfte der Einnahmen ausmacht. Die andere Hälfte teilt sich wiederum in Teilnehmendenbeiträge und sonstige Einnahmen. Unter sonstige Einnahmen sind laut Auskunft der Träger z. B. Zuwendungen von Stiftungen, Fördervereinen, Spenden etc. zu verstehen. Interessant wird es sein, die Entwicklung über die Jahre zu beobachten und vor allem den Beitrag der Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Blick zu behalten. In den letzten Jahren wurden rückläufige Fördermittel teilweise durch erhöhte Beiträge der Interessentinnen und Interessenten ausgeglichen. Diese Entwicklung ist schwierig, da hohe Eigenbeiträge immer zum Ausschluss einkommenschwacher Zielgruppen führen.

Gefragt wurde zudem nach der Zusammensetzung der öffentlichen Zuwendung.

Die Grafik (vgl. Abb. 2) zeigt, dass der überwiegende Teil der öffentlichen Zuwendungen aus dem nationalen Bereich kommt, wobei die Bundesländer mit knapp über 50 % den größten Anteil tragen, die Bundesmittel machen etwas weniger als ein Drittel aus. Mit immerhin 11 % schlagen EU-Mittel als Teil öffentlicher Förderungen zu Buche und machen damit deutlich, dass eine europäische politische Bildung Bestandteil des Angebotes vieler AdB-Mitgliedseinrichtungen ist. Hinter der sonstigen öffentlichen Förderung verbergen sich z.B. Mittel aus öffentlichen Stiftungen.

Gefragt wurde zudem nach der Zahl der Eigenveranstaltungen politischer Bildung der Einrichtungen, also nach den Seminaren und Projekten, die konzeptionell und inhaltlich von den Bildungsstätten verantwortet wurden und nicht als Gastveranstaltungen zu werten sind. Die Befragung ergab, dass rund 80 % der eigenen Veranstaltungen Maßnahmen der politischen Bildung sind. Das ist ein erfreulich hoher Wert, der den zentralen Wert der politischen Bildung im AdB untermauert.

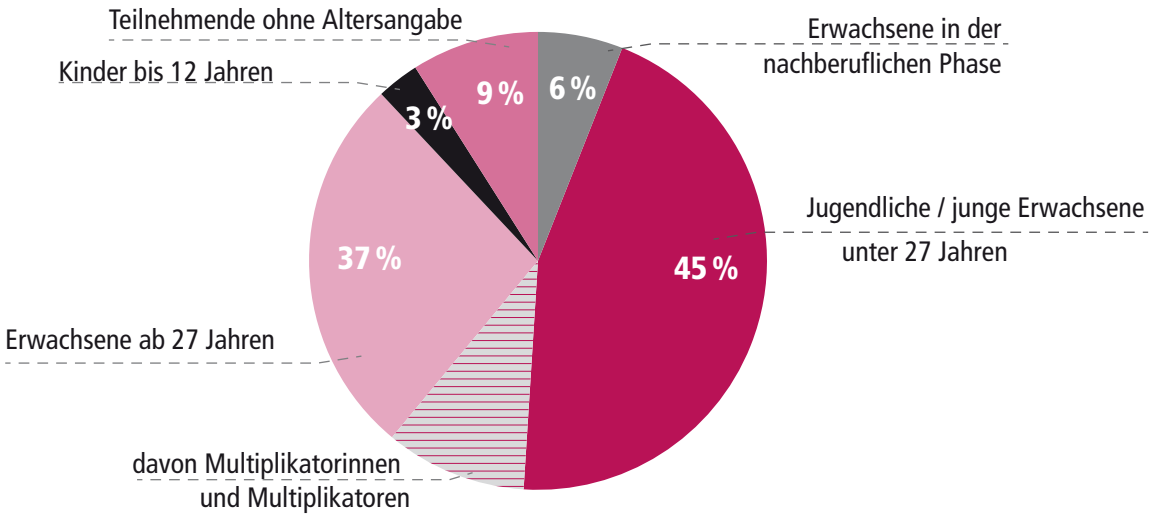


Abb. 3: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Veranstaltungen politischer Bildung

Auskunft über die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltungen politischer Bildung gibt das nachfolgende Diagramm (vgl. Abb. 3).

Es wird sichtbar, dass Jugendliche und junge Erwachsene die größte Gruppe der Teilnehmenden ausmacht, gefolgt von der Gruppe der Erwachsenen, von denen ca. 30 % Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der politischen Bildung sind. Erwachsene in der nachberuflichen Phase sind deutlich unterrepräsentiert. Der größte Nachholbedarf besteht aber vor allem bei der Zielgruppe „Kinder bis 12 Jahren", die zumindest bei dieser Erhebung nur marginal mit drei Prozent vorkommen.

Auch wenn die Beteiligung der Mitgliedseinrichtungen des AdB an der Statistik noch verbessert werden muss und nach dem ersten Durchgang einige Anfangsschwierigkeiten in Bezug auf Fragestellung und Auswertung aufgetaucht sind, hat der AdB mit seiner eigenen Statistik einen erfolgreichen Start hingelegt. Die Rückmeldungen der beteiligten Einrichtungen im Hinblick auf die Verbesserungsfähigkeit des Fragebogens werden aktuell aufgenommen und berücksichtigt, so dass im nächsten Jahr weitere qualifizierte Daten zu erwarten sind.

5 Gesellschaftliche Herausforderungen annehmen – Politische Bildung stärkt Demokratie

Schlussfolgerungen und Perspektiven

Wissenschaftliche Forschungen und Wahlanalysen der letzten Jahre zeigen, dass bei der Beteiligung an demokratischen Entscheidungsprozessen die Bildung der Menschen eine entscheidende Rolle spielt. Sogenannte bildungsbenachteiligte Jugendlichen und Erwachsenen, in der Regel Menschen ohne oder mit geringem Schulabschluss, sehen häufig keinen Sinn darin, sich politisch zu engagieren, da sie sich vom politischen, aber auch vom sozialen und kulturellen Leben ausgeschlossen fühlen. Gut ausgebildete Bürgerinnen und Bürger dagegen verfügen über Kompetenzen und Wissen, ihre Ressourcen zu mobilisieren, ihre Interessen zu artikulieren und sich politisch zu beteiligen.

Eine gut ausgebaute Bildungsinfrastruktur und ein gleichberechtigter Zugang zu Bildung, insbesondere zu politischer Bildung, ist daher entscheidend, um das solidarische Zusammenleben und eine starke Teilhabe in der Demokratie zu fördern. Dies ist die zentrale Aufgabe politischer Bildung. Sie soll, so beschreibt es der Kinder- und Jugendplan des Bundes, „Kenntnisse über Gesellschaft und Staat, europäische und internationale Politik einschließlich der politisch und sozial bedeutsamen Entwicklungen in Kultur, Wirtschaft, Technik und Wissenschaft vermitteln. Sie soll die Urteilsbildung über gesellschaftliche und politische Vorgänge und Konflikte ermöglichen, zur Wahrnehmung eigener Rechte und Interessen ebenso wie der Pflichten und Verantwortlichkeiten gegenüber Mitmenschen, Gesellschaft und Umwelt befähigen sowie zur Mitwirkung an der Gestaltung einer freiheitlich-demokratischen Gesellschafts- und Staatsordnung anregen."

Als Teil bundeszentraler Infrastruktur von Jugend- und Bildungsarbeit ist es die Aufgabe des AdB, durch Fachtagungen, Fortbildungen, Modellprojekte, Öffentlichkeitsarbeit, Evaluation, Vernetzung, Austausch und Interessenvertretung die politische Bildung zu fördern und in Theorie und Praxis fachlich weiterzuentwickeln. Dieser Aufgabe ist der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten im Berichtsjahr umfänglich nachgekommen. Der Bericht informiert in den vorangehenden Kapiteln über die verschiedenen Aktivitäten.

Im Hinblick auf die Weiterarbeit im Verband lassen sich die nachfolgenden Schlussfolgerungen ziehen und Perspektiven entwickeln.

Herausforderung Migration

Der AdB hatte mit der Wahl seines Jahresthemas 2015 „Globale Migration – Zuwanderung, Flucht und Asyl im Fokus politischer Bildung" Weitsicht bewiesen und die zentrale gesellschaftliche Herausforderung schlechthin aufgegriffen. Die auf der Webseite des AdB beschriebenen und dokumentierten Beispiele aus der Arbeit der Bildungsstätten und Bildungswerke machen deutlich, dass der AdB und seine Mitgliedseinrichtungen die Herausforderung angenommen haben.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einrichtungen entwickelten mit Hochdruck neue Konzepte und Angebote für Flüchtlinge, boten Seminare zur Stärkung des demokratischen Zusammenlebens und der transkulturellen Kompetenz an, bekundeten ihre Solidarität mit den ankommenden Menschen, setzten sich für eine Willkommenskultur ein und nahmen Geflüchtete in ihren Einrichtungen auf. Die Diskussionen in vielen Veranstaltungen und Seminaren der Bildungseinrichtungen waren von der aktuellen gesellschaftlichen Situation in Deutschland und Europa geprägt; globale Konflikte und Entwicklungen wurden thematisiert. Die Themen Menschenwürde und Menschenrechte wurden stärker in den Blick genommen, „um die Bemühungen zur Entwicklung einer Gesellschaft der Vielfalt und der Solidarität zu intensivieren", wie es in der Stellungnahme des AdB zum Jahresthema heißt.

Um diese Aktivitäten zu unterstützen, veranstaltete der AdB u. a. im Oktober einen eintägigen Workshop zum Thema „Flucht, Asyl und Migration als Thema der politischen Bildung". Er fand in Kooperation mit PRO ASYL und der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main statt. Der Workshop richtete sich an pädagogische Mitarbeitende, die dort ihre Erfahrungen zur Bildungsarbeit mit Geflüchteten austauschen konnten bzw. Informationen erhielten, um eigene Projekte zur politischen Bildung mit Flüchtlingen und zur Flüchtlingspolitik zu entwickeln.

Zum Abschluss des Workshops benannte Marei Pelzer von PRO ASYL mögliche flüchtlingspolitische Themen, die sie für die politische Bildungsarbeit als wichtig erachtet:

- NS-Verfolgung und Ursprünge des Völkerrechts für Flüchtlinge wie die Genfer Flüchtlingskonvention,
- kritische Analyse von Medien zum Umgang mit dem Thema mit einem besonderen Fokus auf bestimmte sprachliche Begriffe,
- juristische Fakten zu Asylrecht und Flüchtlingsaufnahme,
- Fragen nach europäischem und deutschem Recht und deren Anwendung;
- europäische Flüchtlingspolitik mit aktuellen Schlüsselbegriffen zu Abschottung und Harmonisierung im europäischen Recht wie z. B. „Hotspots", „Relocation" und „Resettlement" sowie
- Fragen nach Strategien gegen rechte Akteure und Rassismus in der gesellschaftlichen Mitte.

Das Thema „Flucht und Asyl" wird die politische Bildung und damit den AdB auch in den kommenden Jahren weiter begleiten und beschäftigen. Unter diesem Gesichtspunkte wurde auch das Jahresthema 2016 gewählt. Es heißt: „Wie wollen wir zusammen leben? Armut und Reichtum in der Demokratie". Dabei sollen nicht alleine materiellen Ressourcen im Mittelpunkt stehen, vielmehr wird es um die Frage der Verteilung von politischem, sozialem und kulturellem Kapitel und um den chancengleichen Zugang zu Partizipationsmöglichkeiten in der Demokratie gehen. Damit knüpft es nahtlos an die Aktivitäten zum Vorjahresthema an.

Politische Anerkennung einfordern

So erfreulich die erfolgreiche Arbeit der Bildungsstätten und Bildungswerke für und mit Flüchtlingen ist, so bedauerlich ist die Tatsache, dass diese leider nicht im Fokus von Politik und Öffentlichkeit stehen. Um die Integration der vielen Neuankömmlinge zu bewältigen, werden in erster Linie ordnungspolitische, rechtliche und soziale Maßnahmen diskutiert, die unbestritten wichtig sind, aber alleine nicht ausreichen. Bildungsfragen stehen selten im Mittelpunkt, und wenn, dann beschränken sich die Überlegungen auf das Erlernen von Sprache und das Nachholen schulischer oder beruflicher Abschlüsse. Darüber hinaus ist aber die entscheidende Frage, wie die erfolgreiche Integration der Zuwanderer in das politische Gemeinwesen gelingen kann, wie aus Geflüchteten bzw. Migrantinnen und Migranten Bürgerinnen und Bürger werden. Dazu gehören notwendigerweise der Erwerb von Kenntnissen über die Grundlagen des demokratischen Zusammenlebens sowie der Aufbau von Kompetenzen und Motivation zur Mitgestaltung der Demokratie. Dies zu vermitteln ist die Aufgabe politischer Bildung. Die Einrichtungen und Träger haben bewiesen, dass sie dazu ihren Beitrag leisten und entsprechende Angebote schaffen können. Die Einsicht in die Notwendigkeit dieser Bildungsarbeit, die Unterstützung der Träger und Einrichtungen dabei und die politische Anerkennung für diese Arbeit muss jedoch dringend verbessert werden. Der AdB wird im Verbund mit anderen Trägern die Sichtbarkeit des Erreichten verbessern und die politische und gesellschaftliche Unterstützung stärker als bisher einfordern müssen.

Politische Bildung öffnen

Die Planung und Durchführung von Angeboten für Flüchtlinge steht auch im Kontext der Bemühungen, die Reichweite politischer Bildung grundsätzlich zu erhöhen, in dem neue Zielgruppen für die Angebote angesprochen und gewonnen werden, neue Kooperationspartner zur Zusammenarbeit motiviert, neue Formate, Inhalte und Methoden erprobt werden.

Im Rahmen des durch den Innovationsfonds des BMFSFJ geförderten Projekts „Zum Wählen zu jung? Die Altersfrage – Wahlrecht und Generationengerechtigkeit" konnte die für die politische Bildung noch neue Methode des Townhall-Meetings getestet wer-

den. Erfahrungen aus dem deutschen Raum waren nicht bekannt. Das Townhall-Meeting bringt in Rathäusern oder Stadthäusern Menschen zusammen und schafft einen Rahmen, sich öffentlich zu äußern und mit politischen Repräsentanten ins Gespräch zu kommen. Entscheidend ist der Faktor der Aktivierung und Teilhabe. Die Erfahrungen im Projekt haben alle Erwartungen übertroffen. „Das Ergebnis hat uns begeistert. Wir waren sehr überrascht, wie schon allein die Räumlichkeiten das Verhalten der Teilnehmenden beeinflusst hat. Hinzu kommt das empowernde Element, in der Öffentlichkeit ihre (die der Jugendlichen) Sichtweisen darzustellen. Die positive Anspannung war über den ganzen Zeitraum zu spüren", so der Rückblick eines beteiligten Projektverantwortlichen. Der mutige Schritt, neue methodische Wege zu gehen, wurde belohnt. Mittels der im Projekt entstandenen Broschüre kann die Methode unter den Trägern politischer Bildung verbreitet werden.

Auch der Prozess der Interkulturelle Öffnung, seit längerem schon Thema im AdB, konnte erfolgreich fortgesetzt werden und stand und steht unter dem Motto der Öffnung politischer Bildung. Um die Bildungsstätten in ihrem Prozess zu unterstützen, ist eine Broschüre entstanden, die Hinweise, Tipps, Ratschläge und Beispiele bereithält. Erstmals hat sich für die Erstellung dieser Broschüre eine Arbeitsgruppe gegründet, in der neben den pädagogischen Leitungskräften auch Vertreter/-innen aller anderen Bereiche einer Bildungsstätte mitgewirkt haben, d. h. Verwaltung, Öffentlichkeitsarbeit und Hauswirtschaft. Diese plurale Zusammensetzung hat sich gelohnt und konnte positiv im Hinblick auf die Praxistauglichkeit und Qualität der Publikation genutzt werden.

Die Anstrengungen der Bildungsanbieter sind, so die Erfahrung im AdB, vielfältig und kreativ, um neue Teilnehmerinnen und Teilnehmer für die Angebote zu gewinnen und um die Häuser für Teilnehmende mit unterschiedlichen Voraussetzungen zu öffnen. Allerdings sind die Bildungsstätten nicht alleine in der Pflicht, ihre Erreichbarkeit zu erhöhen. Bildungsangebote müssen für alle zugänglich sein, unabhängig von materiellen oder sozialen Voraussetzungen. Rückläufige Fördermittel führen unweigerlich zu einer Erhöhung des Teilnehmendenbeitrags, damit die Häuser und Träger wirtschaftlich arbeiten können. Dies wiederrum führt zum Ausschluss bestimmter Zielgruppen. Politik und Verwaltung sind daher in der Verantwortung, die Träger und Einrichtungen politischer Bildung so ausstatten, dass ein adäquates Angebot, das unterschiedliche Formate, Zugangswege und Arbeitsformen berücksichtigt, für alle bereitsteht und niemand aus finanziellen Gründen ausgeschlossen werden muss.

Strukturentwicklung

Für die Erreichbarkeit von Einrichtungen und Angeboten ist es zudem wichtig, über eine ausreichende und flächendeckende Zahl von Bildungsstätten und Bildungsträgern zu verfügen. Der AdB setzt sich mit vielfältigen Aktivitäten und Maßnahmen für die Entwicklung und den Ausbau der Infrastruktur außerschulischer politischer Bildung ein. Die Fortbildungsangebote für alle Berufsgruppen in Bildungsstätten wurden sehr gut angenommen und besucht. Der wichtige Beitrag der Kommissionen machte sich hier besonders bemerkbar, da insbesondere die Kommission Verwaltung und Finanzen durch ihre regelmäßigen Tagungsangebote – im Jahr 2015 „Führen und Leiten in Bildungseinrichtungen" – zur Qualifizierung und damit zur Stabilisierung der Einrichtungen beiträgt.

Trotz aller Bemühungen gab es in den letzten Jahren einen Abbau der Bildungsinfrastruktur, zahlreiche Einrichtungen mussten schließen, wobei die Gründe nicht immer in der Einrichtung selbst zu suchen waren, sondern durch externe Faktoren wie hohe Mietforderungen, nicht erfüllbare Brandschutzauflagen, ungeklärte Besitzverhältnisse u. a. begründet waren. Der Ausbau der digitalen Medien, das damit einhergehende, sich verändernde Kommunikationsverhalten der Teilnehmenden sowie daran geknüpfte neue Formen und Möglichkeiten des Lernens führten auch zu einer Diskussion, die nach der grundsätzlichen Notwendigkeit von Bildungsstätten fragte. Nach Jahren der durchaus erfolgreichen Erprobung von Online-Akademien, Blended-Learning-Formaten, Webinaren und anderen Formaten sind auch weiterhin Schließungen von Einrichtungen zu verzeichnen, es lässt auch aber auch ein gegenläufiger Trend feststellen, der aktuell sogar zum Aufbau neuer Bildungsstätten führt. Diese neuen Bildungsstätten wagen

neue Modelle abseits der „klassischen" Bildungsstättenformate. Der Verein „Soziale Bildung" in Rostock hat mitten in der Stadt Übernachtungsmöglichkeiten für die Bildungsarbeit geschaffen, das Haus beherbergt darüber hinaus eine Café, offene Angebote der Kinder- und Jugendarbeit sowie kulturelle Angebote. Neu aufgenommen in den AdB wurde der Verein dock europe, der in diesem Jahr in Hamburg-Altona ein Internationales Bildungszentrum mit Seminarräumen und Übernachtungsmöglichkeiten für 32 Gäste eröffnet hat. Mit anderen Anbietern von Bildungs- und Sozialarbeit wurde hierfür das Genossenschaftsmodell gewählt. Der Verein Waldritter e. V. wird zur Belebung der Bildungsarbeit der Stadt Herten in Nordrhein-Westfalen ebenfalls eine neue Bildungsstätte mit Übernachtungsplätzen, Seminar- und Workshopräumen sowie Büros eröffnen.

Vorstand und Mitgliederversammlung des AdB freuen sich über das Interesse dieser innovativen Einrichtungsformen an der Mitarbeit im AdB und sehen einen Gewinn in der Zusammenarbeit und dem Austausch der unterschiedlichen Konzepte und Ideen.

Die Notwendigkeit von Bildungsstätten als besondere Form des Lern- und Begegnungsortes wird im Übrigen vielfach in der internationalen Bildungsarbeit hervorgehoben. Gerade Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Staaten ohne eigene demokratische Tradition und/oder einer außerschulischen Bildungsinfrastruktur schätzen Bildungsstätten in freier Trägerschaft als geschützten Lern- und Erfahrungsraum. In seiner internationalen Arbeit unterstützt der AdB daher auch den Aufbau demokratischer Bildungsstrukturen in anderen Ländern wie z. B. seit Jahren erfolgreich in der Mongolei, zuletzt auch in Tunesien und Portugal.

Sichtbarkeit politischer Bildung erhöhen

Die Sichtbarkeit dieser positiven Erfolge politischer Bildung und der Arbeit in Bildungsstätten weiterhin zu verbessern und zu erhöhen ist eine bleibende Aufgabe für den AdB. In zahlreichen Publikationen, Pressemitteilungen, Homepagemeldungen, in Gesprächen mit politisch Verantwortlichen, in Gremiensitzungen und auf Fachtagungen vertritt der AdB die Interessen seiner Mitglieder und die Anliegen politischer Bildung. Als erfolgreiches Medium hat sich dabei die Zeitschrift „Außerschulische Bildung" bewährt, die auch dank einer verbesserten Öffentlichkeitsarbeit positive Abonnentenzahlen vermelden kann.

Zentrale Orte, an denen die Sichtbarkeit politischer Bildung noch ausgebaut werden kann, sind Hochschulen und Universitäten. Die Erfahrung des letzten Jahres hat gezeigt, dass vielen Studierenden die außerschulische politische Bildung als Profession und mögliches eigenes Arbeitsfeld nicht bekannt ist. Zudem will sich der AdB daran beteiligen, die Zusammenarbeit von Praktikerinnen und Praktikern der politischen Bildung und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu verbessern, um den Transfern von Forschungsbedarfen auf der einen Seite und Forschungsergebnissen auf der anderen Seite dauerhaft zu verbessern. Ein weiterer Beitrag des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten zur Qualitätssteigerung politischer Bildung.

Positionen

Die qualitative Vertiefung wagen!

AdB-Stellungnahme zur Weiterentwicklung der europäischen und internationalen politischen Bildungsarbeit im AdB

Präambel

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB) hat unter Einbeziehung aller verbandlichen Gremien die qualitative Ausgestaltung und Weiterentwicklung seiner europäischen und internationalen Bildungsarbeit diskutiert. Er sieht sich in der Verantwortung, sein Verständnis der europäischen und internationalen Arbeit zu überprüfen und die Voraussetzungen für eine adäquate Weiterentwicklung zu schaffen angesichts der sich rapide verändernden nationalen und globalen Rahmenbedingungen und daraus resultierender Herausforderungen an Jugend- und Erwachsenenbildungsarbeit.

Globale wirtschaftliche und soziale Entwicklungen, Krisen und Konflikte sowie weltweite Wanderungsbewegungen wirken sich auch auf die internationale Bildungsarbeit, die Inhalte, Themen und Teilnehmenden der Begegnungsmaßnahmen aus und führen zu einer Re-Politisierung der internationalen Begegnungsarbeit. Zudem rücken sie die internationalen Fachkräfte- und Jugendaustauschmaßnahmen stärker in den Fokus des Politischen. So richten sich mittlerweile nicht nur jugendpolitische, sondern auch bildungs-, außen-, sicherheits-, wirtschafts- und entwicklungspolitische Erwartungen an die Begegnungen. Dieses ressortübergreifende Interesse führt auf internationaler Ebene zu einer Vernetzung bisher getrennter Politikfelder, zu einem erweiterten fachpolitischen Austausch, zu einer neuen politischen Rahmung von Fachdiskursen und damit auch zu Konsequenzen für die Bearbeitung auf nationaler Ebene.

Zum Verständnis europäischer und internationaler politischer Bildung

Europäische und internationale Arbeit (EIA) im AdB ist fester inhaltlicher und struktureller Bestandteil außerschulischer politischer Bildungsarbeit und auch internationaler Bildungs- und Begegnungsarbeit mit Jugendlichen, Erwachsenen und Fachkräften der Jugendarbeit.

Europäische und internationale Bildungsarbeit hat das Ziel, den Austausch über Fragen des demokratischen Zusammenlebens in einer globalisierten Welt anzuregen. Dies geschieht im internationalen Kontext verbunden mit Fragen nach Subsidiarität, Solidarität und gesellschaftlichem Ausgleich. Als Einrichtungen politischer Bildung sind die Bildungsstätten und Bildungswerke Anbieter einer Pädagogik außerschulischen, non-formalen Lernens und gestalten Lernprozesse, die Einzelne und Gruppen befähigen, sich im gesellschaftlichen Wandel zu orientieren, zu positionieren und diesen mitzugestalten. In einer globalisierten Welt hat dieser Wandel immer eine internationale Dimension, die sichtbar und verstehbar gemacht werden soll.

Die europäische und internationale Bildungsarbeit in den Einrichtungen der politischen Bildung leistet einen zentralen Beitrag zur Verständigung sowie zur Entwicklung eines dynamischen Geschichtsbildes über nationale Identitätskonzepte hinaus, das die Orientierung in einer pluralistischen Gesellschaft ermöglicht. Ein wichtiger Bestandteil ist hier die Gedenk- und Erinnerungsarbeit, die die historische Grundlage für die europäische und internationale Zusammenarbeit bilden.

Europäische und internationale Bildungsarbeit trägt zur Internationalisierung Deutschlands bei, indem sie im Rahmen internationaler Begegnungen Räume schafft, die den Umgang mit Diversität und Vielfalt ermöglichen sowie interkulturelle und fremdsprachliche Kompetenzen stärken. Internationale Maßnahmen haben einen nachgewiesenen Einfluss auf die Biografien von Teilnehmenden, sie sind oft Ausgangspunkt für eine internationale Ausrichtung in ihren späteren Tätigkeiten.

Europäische und internationale Bildungsarbeit leistet einen Beitrag zur Herausbildung einer internationalen und europäischen Identität und Bürgerschaft, da sie wertebildend ist, die Bearbeitung länderübergreifender Fragen ermöglicht und zu gemeinsamem politischem Engagement auf europäischer und internationaler Ebene motiviert.

Die Rolle des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten nimmt im Kontext europäischer und internationaler Bildungsarbeit verschiedene Aufgaben wahr. Er berät, unterstützt, qualifiziert und fördert die praktische Begegnungsarbeit in den Einrichtungen. Er vertritt in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitszusammenhängen die Interessen der Mitgliedseinrichtungen. Und er agiert auf nationaler, europäischer und internationaler politischer Ebene, um die jugend-, bildungs- und förderpolitischen Rahmenbedingungen für die europäische und internationale politische Bildungsarbeit positiv mitzugestalten. Zu diesen Aufgaben gehören auch die Initiierung und Unterstützung von sowie Mitwirkung in internationalen Netzwerken sowie das Zusammenwirken mit wissenschaftlicher Forschung und die Beteiligung an europäischen und internationalen

wissenschaftlichen Forschungsvorhaben zu politischer Bildung und zu internationalem Jugend- und Fachkräfteaustausch.

Die Rolle der Bildungsstätten für europäische und internationale Bildungsarbeit

Bildungsstätten sind Orte der Begegnung, Beratung, Information und Fortbildung. Die besonderen Lernbedingungen für internationale Bildungsarbeit, die sie schaffen, zeichnen sie in besonderer Weise aus. Bildungsstätten sind Lernorte, die sich an den Bedürfnissen der Teilnehmenden orientieren und ihnen ein adäquates, zielgruppenorientiertes und aktuelles Bildungsangebot machen. Mit ihrer räumlichen, fachlichen und pädagogischen Infrastruktur bieten sie insbesondere für internationale Bildungsarbeit einen sicheren Lern- und Erfahrungsraum für selbstbestimmtes, kreatives und eigenständiges Lernen. Dieser ist an vielen anderen Orten der Welt keine Selbstverständlichkeit, jedoch für Anliegen demokratischer Teilhabe und Mitwirkung unerlässlich.

Bildungsstätten sind damit Ermöglichungsorte für demokratische Erfahrungen, demokratisches Engagement und demokratisches Handeln. Sie bilden im internationalen Kontext einen in vielerlei Hinsicht einmaligen Ort für Bildungsprozesse. Sie vereinen räumliche Möglichkeiten, pädagogische Expertise und fachlich qualifiziertes Personal. Sie sind Orte, die Change Agents ausbilden, die wiederum den demokratischen Wandel in ihren jeweiligen Heimatländern mitgestalten.

Diesen sicheren Erfahrungsraum zu generieren, stellt eine pädagogische (und eine politische Herausforderung) im Sinne der Entwicklung einer Werthaltung dar, der sich Bildungsstätten stellen und immer wieder neu stellen müssen. Diese Werthaltung ist zugleich Kernbestand politischer Bildungsarbeit und Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche international angelegte politische Bildungsarbeit.

Dimensionserweiterung

Träger politischer Bildung stehen vor der Herausforderung, sich selbst und ihre Bildungsarbeit im globalisierten Entwicklungskontext zu verorten und sich als gestaltende Akteure dieser Entwicklung zu verstehen. Diese Internationalität kann sich in länderübergreifenden Programmen des Austauschs und der Begegnungen niederschlagen.

Der AdB will darüber hinaus anregen, nicht nur die internationale Arbeit selbst, sondern grundsätzlich die politische Bildung in ihrer Gesamtheit international zu begreifen und zu denken und die Diskurse und Fachthemen politischer Bildungsarbeit und Demokratiebildung als Ausdruck internationaler Entwicklungen und internationaler Herausforderungen zu begreifen.

Politische Bildung erfährt auf diese Weise eine Dimensionserweiterung, die sich auf Fragen und Themenbereiche politischer Bildung wie Macht, Migration, Gerechtigkeit, Teilhabe und Inklusion, Vielfalt und Diversität, Antidiskriminierung und Geschlechtergerechtigkeit, Anti-Rassismus, (Rechts)extremismus, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Menschenrechte, historisch-politische Bildung, Europa in all seinen Widersprüchen, u. a. bezieht und die als Ausdruck aktueller globaler gesellschaftspolitischer Fragen im lokalen wie im globalen Kontext bearbeitet werden.

Durch die bewusste Einbettung politischer Jugend- und Erwachsenenbildungsarbeit in einen globalen Bezugsrahmen und das bewusste Aufgreifen und Einbetten in jugend-, bildungs-, außen-, sicherheits-, wirtschafts- und entwicklungspolitische Diskurse eröffnet sich der politischen Bildung eine neue Dimension des Lernens durch Internationalität.

Zugleich schafft sie dadurch die Voraussetzung zu einer Aufwertung der eigenen Bedeutung. Politische Bildung findet einen Weg, die nicht mehr zeitgemäße „Versäulung" in internationale und nationale Bildungsarbeit anspruchsvoll und positiv zu wenden: Indem sie selbst die Rahmenbedingungen für Menschenrechtsbildung und politische Bildung neu formuliert, erfährt Lernen durch internationale Kontextualisierung eine Dimensionserweiterung, eine Vertiefung und einen Wirkungsgewinn. Zugleich begreift die politische Bildung sich als politikgestaltender Akteur, der Bildungsarbeit im Rahmen völkerrechtlicher Vereinbarungen und Verträge leistet. Dazu gehören u. a.

- die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die Umsetzung des World Program for Human Rights Education;
- die UN-Kinderrechtskonvention, die Frauenrechtskonvention, der Genfer Flüchtlingskonvention;
- die UN-Konvention für die Rechte der Menschen mit Behinderungen;
- die Europaratscharta für politische Bildung und Menschenrechtsbildung (und weitere Vereinbarungen des Europarats);
- die Grundrechtecharta der EU und der Vertrag von Lissabon;
- die Umsetzung und Gestaltung europäische Jugendpolitik;
- die bilateralen Vereinbarungen zwischen Deutschland und anderen Ländern.

Indem der AdB im Verbund mit seinen Mitgliedsorganisationen diese Dimensionen in der Arbeit auf nationaler Ebene berücksichtigt, schaffen sie die Voraussetzung für eine Aufwertung politischer Bildung auf mehreren Ebenen:

- inhaltlich für die Teilnehmenden;
- als Lernorte, die die oben genannten Kontexte sichtbar machen und Verbindungen aufzeigen;
- als politische Akteure, die maßgebliche Bezugspunkte für die fachliche und inhaltliche Debatte aus dem Bereich der politischen Bildung selbst einbringen.

Konsequenzen und Empfehlungen

Aus den oben beschriebenen veränderten Rahmenbedingungen für (europäische und internationale) politische Bildung sowie aus der daraus resultierenden Dimensionserweiterung ergeben sich aus Sicht des AdB Konsequenzen und Empfehlungen für die zukünftige Arbeit sowohl des Verbandes als auch der Mitgliedseinrichtungen:

- Die Träger und Einrichtungen der politischen Bildung sind gefordert, ihre Strukturen und ihre Arbeit zu europäisieren und zu internationalisieren und Fragestellungen politischer Bildung unter einer europäischen und internationalen Perspektive anzugehen. Dies kann eine stärkere Verzahnung und Verknüpfung aller Arbeitsfelder zu europäischen und internationalen Fragestellungen bedeuten, eine stärkere Ansprache internationaler Teilnehmerinnen und Teilnehmer oder eine Verbesserung der Mehrsprachigkeit auf allen Ebenen im Verband. In diesem Zusammenhang bietet es sich an, die Trennung in internationale und nationale Jugend- und Erwachsenenbildung zugunsten einer inhaltlichen Profilierung aufzuheben, die in allen Bereichen auch die Durchführung europäischer und internationaler Themen, Projekte und Partnerschaften ermöglichen würde.

- Bildungsstätten und andere Bildungsträger sollten ihre Arbeit im Wirkungszusammenhang europäischer und internationaler Entwicklungen sehen, wobei Europa mehr ist als die EU. Sie können und sollten sich offensiv als Orte der Demokratie, der Menschenrechtsbildung, des Demokratielernens und der Teilhabe, der Emanzipation und des Diskurses begreifen und sich gestaltend auf allen sie betreffenden Ebenen in den Diskurs um die Umsetzung einbringen. Damit tragen sie zur Umsetzung und Ausgestaltung der „Pariser Erklärung zur Förderung von Politischer Bildung und der gemeinsamen Werte von Freiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung" der Bildungsminister der Europäischen Union vom 17. März 2015 bei.[1]

- Die Akteure politischer Bildung sind aufgefordert, sich aktiv in die Gestaltung des von der UN-Vollversammlung in der Sitzung vom 25. bis 27. September 2015 verabschiedeten Sustainable Development Goals 4.7[2] einzubringen. Der Anspruch könnte wirksam unterstützt werden durch die Aufnahme von Global Citizenship Education in das Leitbild jeder Einrichtung oder jedes Trägers.

- Insbesondere Jugendbildungsstätten wird empfohlen, sich aktiv um das „Council of Europe Quality Label for Youth Centres" (Qualitätslabel des Europarats für Einrichtungen politischer Jugend- und Menschenrechtsbildung) zu bewerben und sich als Orte des „Lebens und Lernens unter einem Dach" im Sinne außerschulischer Menschenrechtsbildung und des Demokratielernens international zu profilieren.

- Die Nutzung eines erweiterten, lebensweltlich orientierten Kulturbegriffs, der von Mehrfachzugehörigkeiten, Diversität und Weltoffenheit im Sinne eines emanzipatorischen Anspruchs ausgeht, mit dem Ziel, der Kulturalisierung sozialer und politischer Konflikte weltweit entgegenzuwirken, unterstützt Anliegen und Anspruch politischer Bildungsarbeit.

- Vorstand und Geschäftsstelle des AdB sind gefordert, zur Entwicklung und Umsetzung der Europäisierung und Internationalisierung Fortbildungen anzubieten und Unterstützungsangebote an die Mitglieder zu richten. Die erforderlichen Schritte stehen dabei in engem Zusammenhang mit der angestrebten interkulturellen Öffnung und der Abbildung von Diversität im Verband. Dabei sollte ein Ansatz von Diversität und Mehrfachzugehörigkeiten verfolgt werden, der den Aufbau von Kooperationsstrukturen zwischen Trägern internationaler politischer Jugendbildung und Migrantinnen- und Migranten-Vereinen bzw. Organisationen der (jugendbezogenen) Migrationsarbeit einschließt und diese stärker in die internationale Arbeit einzubeziehen sucht. Ziel muss es sein, dass die europäische und internationale Bildung die gesamte Gesellschaft erreicht.

- Im Hinblick auf die aktuellen Debatten in der außerschulischen politischen Bildung – genannt seien exemplarisch die Anerkennung non-formalen Lernens, die Sichtbarmachung von Wirkungen internationaler Bildungs- und Begegnungsarbeit, die Teilhabe benachteiligter Gruppen oder die Zusammenarbeit mit Transformationsländern Nordafrikas – erscheint es notwendig, die internationale Expertise, die Fachkenntnisse und die Erfahrungen im AdB und seinen Mitgliedseinrichtungen stärker herauszustellen und sichtbar zu machen. Damit empfiehlt sich der Verband als Ansprechpartner gegenüber politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern, Fördereinrichtungen und Ministerien auf den unterschiedlichen Ebenen.

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, Berlin im Oktober 2015

---

1 http://ec.europa.eu/education/news/2015/documents/citizenship-education-declaration_de.pdf

2 Target 4.7: By 2030, ensure that all learners acquire the knowledge and skills needed to promote sustainable development; including, among others, through education for sustainable development and sustainable lifestyles, human rights, gender equality, promotion of a culture of peace and nonviolence, global citizenship and appreciation of cultural diversity and of culture's contribution to sustainable development, Quelle: Transforming our world: the 2030 Agenda for Sustainable Development; www.gcedclearinghouse.org/news-events/gced-endorsed-target-education-sdg-united-nations-summit

„Wie wollen wir zusammen leben? Armut und Reichtum in der Demokratie“

Stellungnahme zum Jahresthema 2016

Die seit den 80er Jahren zu beobachtende zunehmende Einkommensungleichheit in Deutschland gibt Anlass zur Sorge. Die Schere zwischen hohen und niedrigen Einkommen geht immer weiter auseinander. Wohlhabende sind reicher und vermögender geworden, während Einkommen in der Mitte und am unteren Ende der Einkommensskala (wenn überhaupt) nur gering gestiegen sind. Und obwohl die Arbeitslosigkeit seit 2005 stark zurückgegangen ist, kann dies nicht für die Armut festgestellt werden. Sie stagniert.

Armut schließt aus. Nicht nur von materiellen Gütern, sondern auch vom sozialen, kulturellen, politischen Leben und von Bildung. Demokratie enthält aber das Versprechen der gleichen Chancen für alle, der Repräsentativität und der politischen Gleichheit. Dies schließt auch neu zuwandernde Menschen mit ein, die in die demokratische Wertegemeinschaft einbezogen und für demokratische Teilhabe gewonnen werden müssen.

Umfragen belegen aber, dass eine Mehrheit der hier lebenden Menschen der Meinung ist, in Deutschland ginge es nicht gerecht zu. Es mehren sich die Anzeichen, dass sich diese Situation auch auf die Funktionsfähigkeit der Demokratie und des demokratischen Systems in Deutschland auswirkt. Wenn sich rund ein Viertel der Menschen mit Armutsgefährdung auf Nachfrage als politisch uninteressiert bezeichnen, hingegen aber nur 12 Prozent derjenigen ohne Armutsrisiko, weist das bereits auf eine Gefährdung der Demokratie hin.

So manifestiert sich in der „Politikverdrossenheit“ sozial Benachteiligter, die unter anderem am Wahlverhalten zu beobachten ist, letztlich eine Repräsentationskrise des demokratischen Systems, deren Ursachen nicht zuletzt in einer als ungerecht erlebten Verteilung von Ressourcen, Finanzmitteln und Gütern zu suchen sind. Politische Entscheidungen dürfen aber nicht nur zugunsten Wohlhabender und gut Ausgebildeter getroffen werden, denn damit schwindet das Vertrauen in die Institutionen des parlamentarisch-demokratischen Repräsentativsystems. Die daraus resultierende Neigung, sich weder an Wahlen zu beteiligen noch andere Formen politischer Partizipation zu nutzen, stärkt wiederum jene politischen Kräfte, die um eine Sicherung der Privilegien einzelner Interessengruppen bemüht sind. Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden. Demokratie ist mehr als ein formales Regelwerk. Sie bedeutet, dass alle Menschen eines Landes über dessen Entwicklung mitbestimmen (können), indem sie an den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen teilnehmen.

Eine entscheidende Rolle spielt dabei der Faktor Bildung. Bei bildungsbenachteiligten Jugendlichen und Erwachsenen greifen häufig Mechanismen des Selbstausschlusses vom politischen, sozialen und kulturellen Leben, während gut ausgebildete Bürgerinnen und Bürger über Netzwerke und Verbindungen sowie über Kompetenzen verfügen, ihre Ressourcen zu mobilisieren und ihre Interessen zu artikulieren.

Ein gleichberechtigter Zugang zu Bildung, insbesondere zu politischer Bildung, ist daher entscheidend, um das solidarische Zusammenleben und eine starke Teilhabe in der Demokratie zu fördern. Bildungsangebote müssen für alle erreichbar sein, unabhängig von materiellen oder sozialen Voraussetzungen. Dazu gehört es auch, die Träger und Einrichtungen politischer Bildung so auszustatten, dass ein adäquates Angebot, das unterschiedliche Formate, Zugangswege und Arbeitsformen berücksichtigt, für alle Bürgerinnen und Bürger bereitsteht und niemand aus finanziellen Gründen ausgeschlossen werden muss.

Der AdB fordert seine Mitgliedseinrichtungen auf, weiterhin die gesellschaftlichen Ungleichheiten in Bildungsveranstaltungen sowie gegenüber Politik und Verwaltung zu benennen. Er regt an, verstärkt Menschen mit Armutsrisiko für die Bildungsarbeit zu gewinnen, sie für demokratische Beteiligungsverfahren zu mobilisieren und zu befähigen. Politische Bildung hat auch die Aufgabe, die Ursachen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft und alternative Formen zu einem ausschließlich auf Wirtschaftswachstum basierenden Gesellschaftsmodell aufzuzeigen.

Die Politik und die politischen Akteure werden aufgefordert, Armutsrisiken durch eine gerechte Verteilungspolitik abzubauen und die Beteiligungs- und Entscheidungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an einer transparenten und dem Gemeinwohl dienenden Politik zu stärken und so eine wirkungsvolle Partizipation aller gesellschaftlichen Gruppen zu garantieren.

Die Fragen nach Armut und Reichtum und nach der Gestaltung eines guten Zusammenlebens in der Gesellschaft ist immer auch eine Frage nach der Zukunftsfähigkeit der Demokratie, auf nationaler wie auf europäischer Ebene. Der AdB und seine Mitgliedseinrichtungen sind dieser Zukunftsfähigkeit verpflichtet und tragen mit ihren Angeboten politischer Bildung dazu bei, Demokratie als Grundlage einer solidarischen und gerechten Gesellschaft für alle erlebbar zu machen.

Verabschiedet auf der Mitgliederversammlung des AdB am 25.11.2015 in Tutzing

Der AdB im Überblick

Veranstaltungen des AdB

Fachkommissionen, Arbeits- und Steuerungsgruppen, Redaktionsbeirat

02.02.–03.02./15.06.–16.06.2015	Redaktionsbeirat der Zeitschrift „Außerschulische Bildung“
02.03.–04.03/14.09.–15.09.2015	Kommission Europäische und Internationale Bildungsarbeit
03.03.–04.03./14.09.–16.09.2015	Kommission Erwachsenenbildung
17.03.–18.03./02.11.–03.11.2015	Kommission Mädchen- und Frauenbildung
24.03.–25.03./22.09.–24.09.2015	Kommission Verwaltung und Finanzen
12.03.–13.03./20.10.–22.10.2015	Kommission Jugendbildung

Fachveranstaltungen, Fortbildungs- und Arbeitstagungen

20.01./28.05.2015	Politische Jugendbildung, Koordinatorensitzungen
09.02.–10.02.2015	Fachtagung in Kooperation mit dem LV HVHS „Bildungsstätten – Lernorte der Zukunft“
17.02.–20.02.2015	Fachtagung für Hauswirtschaftsleitungen in Bildungsstätten
16.03.–20.03.2015	Politische Jugendbildung, Zentrale Arbeitstagung, „Partizipation und Demokratie in und mit der Schule“
21.03.2015	Workshop während des Bundeskongresses Politische Bildung „Wahlrecht für alle?! – Erfordern Migration und demografischer Wandel ein Nachdenken über das Wahlrecht?“
28.04.2015	Fachtagung in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin „Herausforderung Heterogenität. Politische Bildung und die Perspektive der Teilhabe“
28.04.–30.04.2015	Politische Jugendbildung, Projektgruppe „Aufwachsen in der Einwanderungsgesellschaft“
08.06.–10.06.2015	Politische Jugendbildung, Projektgruppe „Partizipation und Demokratie in und mit der Schule“
08.06.–10.06.2015	Politische Jugendbildung, Projektgruppe „Globalisierung und Medienkommunikation“
22.06.–24.06.2015	Politische Jugendbildung, Projektgruppe „Arbeitsweltbezogene politische Bildung“
23.09.–24.09.2015	Fachtagung „Führen und Leiten in Bildungseinrichtungen“
29.09.–30.09.2015	Informationstagung zum Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ 2017–2022
12.10.2015	Workshop in Kooperation mit PRO Asyl und Bildungsstätte Anne Frank „Flucht, Asyl und Migration als Thema der politischen Bildung“
13.10.–16.10.2015	Fortbildungstagung für Haustechniker/-innen
02.11.–04.11.2015	Politische Jugendbildung, Gemeinsame Projektgruppensitzung
09.11.–10.11.2015	Fortbildungstagung für Öffentlichkeitsarbeit „On- und offline kommunizieren“
24.11.–25.11.2015	Fachtagung in Kooperation mit der Akademie für Politische Bildung „Wie wollen wir zusammen leben? Armut und Reichtum in der Demokratie“

Internationale Fachprogramme und Projekte

Zentralstellenarbeit International

- Deutsch-Chinesische Jugendbegegnung

18.04.–26.04.2015	Deutsch-Chinesische Jugendbegegnung „China zwischen Tradition und Moderne“ in China (Akademie Biggesee, Attendorn)
01.08.–10.08.2015	Deutsch-Chinesische Jugendbegegnung „Jugendliche in Deutschland und China“ in Deutschland (Akademie Biggesee, Attendorn)
29.09.–07.10.2015	Deutsch-Chinesische Jugendbegegnung „Von der deutschen Kolonie zur Millionenmetropole heute: Qingdao, die Hafenstadt am Gelben Meer“ in China (Akademie Biggesee, Attendorn)
09.11.–15.11.2015	Deutsch-Chinesische Jugendbegegnung „Zwei Länder - Zwei Kulturen - Eine Welt“ in Deutschland (Akademie Biggesee, Attendorn)
06.12.–14.12.2015	Deutsch-Chinesische Jugendbegegnung „China zwischen Tradition und Moderne“ in China (Akademie Biggesee, Attendorn)

- Deutsch-Russischer Austausch

18.06.–25.06.2015 Deutsch-Russische Jugendbegegnung „Menschenrechte in Deutschland und Russland“ in Russland (Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar, EJBW)

- Deutsch-Israelischer Austausch

21.02.–28.02.2015 Deutsch-Israelisches Fachkräfteprogramm „Inklusion in der Jugendarbeit und in sozialen Systemen“ in Israel (Bildungsstätte Bredbeck, Osterholz-Scharmbeck)

24.02.–02.03.2015 Deutsch-Israelisches Fachkräfteprogramm „Remembering 1 –Politische Bildung und Erinnerungsdiskurs“ in Israel (ABC Bildungs- und Tagungszentrum, Drochtersen-Hüll)

30.06.–07.07.2015 Deutsch-Israelische Jugendbegegnung „Werte leben – Zukunft gestalten“ in Deutschland (Akademie Biggesee, Attendorn)

19.07.–26.07.2015 Deutsch-Israelische Jugendbegegnung „Remembering 2 – Erinnerung in der 4. Generation“ in Deutschland (ABC Bildungs- und Tagungszentrum, Drochtersen-Hüll)

09.08.–16.08.2015 Deutsch-Israelische Jugendbegegnung „Werte leben – Zukunft gestalten“ in Israel (Akademie Biggesee, Attendorn)

24.08.–30.08.2015 Deutsch-Israelisches Fachkräfteprogramm „Lernen über den Holocaust im deutsch-israelischen Jugendaustausch“ in Deutschland (Max Mannheimer Studienzentrum, Dachau)

05.09.–11.09.2015 Deutsch-Israelisches Fachkräfteprogramm „Remembering 3 – Politische Bildung und digitale Medien“ in Israel (ABC Bildungs- und Tagungszentrum, Drochtersen-Hüll)

25.10.–01.11.2015 Deutsch-Israelisches Fachkräfteprogramm „Inklusion in der Jugendarbeit und in sozialen Systemen“ in Deutschland (Bildungsstätte Bredbeck, Osterholz-Scharmbeck)

25.10.–01.11.2015 Deutsch-Israelische Jugendbegegnung „Remembering 4 – Zugangswege der 4. Generation“ in Israel (ABC Bildungs- und Tagungszentrum, Drochtersen-Hüll)

12.12.–21.12.2015 Deutsch-Israelisches Fachkräfteprogramm „Shoah und Täter/-innenschaft im Nationalsozialismus – in der Jugendbildung“ in Israel (Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg, Potsdam)

Sommer 2015 Kleinprojekt zur DVD-Herstellung und Druck eines Begleitheftes zum Zeitzeugenprojekt (Schloss Gollwitz, Brandenburg)

- Längerfristige Förderung

30.07.–09.08.2015 Deutsch-Mongolische Jugendbegegnung „Empowermentstrategien für die Gestaltung unserer Zukunft“ in Deutschland (Freizeitwerk Welper, Hattingen)

20.06.–01.07.2015 Deutsch-Mongolisches Fachkräfteprogramm „Einführung in die theaterpädagogische Arbeit“ in Deutschland (JugendAkademie Segeberg, Bad Segeberg)

Internationale Verbandsprojekte

- Deutsch-Tunesischer Austausch

05.10.–10.10.2015 Deutsch-Tunesisches Fachkräfteprogramm „Matters Gender 2015? Womens Rights Education in Transition“ in Tunesien (AdB und Internationales Forum Burg Liebenzell, Bad Liebenzell)

18.10.–22.10.2015 Deutsch-Tunesisches Fachkräfteprogramm „Matters Gender 2015? Womens Rights Education in Transition“ in Deutschland (AdB und Internationales Forum Burg Liebenzell, Bad Liebenzell)

- Deutsch-Tschechischer Austausch

Kooperationspartner: AdB, Multikulturní Centrum Praha, Brücke/Most-Stiftung, Tandem Regensburg

22. 03.–26.03.2015 Deutsch-Tschechischer Fachkräfteaustausch „Match it – Is apolictical adolcescence in a democracy possible“ (Brücke/Most-Zentrum, Dresden)

07.06.–11.06.2015 Match it – Fostering the debate on non-formal citizenship education in Czech Republic and Germany“ (Ecological Centrum Toulcův dvůr, Prag)

- Projekt ENGAGE politisch bilden I beteiligen I Kinderrechte umsetzen mit 8- bis 12-Jährigen
  Kooperationspartner: CIDEM (FR), CIVES (ESP), CEO (PL), POLIS (AT), VOLUNTEERING MATTERS (UK), AdB (DE)

21.01.–23.01.2015	Europäischer Partnerworkshop in Paris
30.01.2015	Nationale Arbeitsgruppe, Berlin
11.04.–13.04.2015	Europäischer Partnerworkshop in Madrid
30.04.2015	Nationale Arbeitsgruppe, Berlin

- Türkisch-Lettisch-Deutsches Projekt zum zivilgesellschaftlichen Dialog: Strenghtening Democracy and the Rule of Law
  Kooperationspartner: KACED association, Civic Alliance Latvia, AdB, Owen e. V.

11.03.–13.03.2015	Workshop I, Exploring the situation of involvement and participation in Turkey and the EU, Rize/ Türkei
10.06.–13.06.2015	Democracy and Grass-roots civil society initiatives in the framing of women engaging in Berlin, Berlin
28.09.–30.09.2015	Empowering and lobbying for NGO Work in the context of Latvian civil society movements, Riga, LV

Mitgliederversammlung

25.11.–26.11.2015	Mitgliederversammlung in der Akademie für Politische Bildung, Tutzing

Vorstandsaktivitäten

21.01.–22.01.2015	Vorstandssitzung und Austausch mit den Kommissionsvorsitzenden, Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg, Berlin
22.04.2015	Vorstandssitzung, Haus der Jugendarbeit und Jugendhilfe, Berlin
27.08.2015	Vorstandssitzung, Haus der Jugendarbeit und Jugendhilfe, Berlin
01.10.2015	Vorstandssitzung, Haus der Jugendarbeit und Jugendhilfe, Berlin

Mitglieder des Vorstands

Vorsitzender:	Ulrich Ballhausen, Weimar-Jena-Akademie, Weimar
Stellv. Vorsitzende:	Ulrike Steimann, Karl-Arnold-Stiftung, Köln, bis 25.11.2015
	Petra Tabakovic, Internationaler Bund (IB), Frankfurt am Main, seit 25.11.2015
Udo Dittmann	Akademie Biggesee, Attendorn
Albert Fußmann	Institut für Jugendarbeit, Gauting
Martin Kaiser	Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen, Europ. Bildungs- und Tagungshaus, Bad Bevensen
Nina Pauseback	Jakob-Kaiser-Stiftung, Königswinter, seit 25.11.2015
Christine Reich	Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein, Werneuchen
Birgit Weidemann	HochDrei – Bilden und Begegnen in Brandenburg, Potsdam

Mitglieder des Redaktionsbeirats der „Außerschulischen Bildung“

Herausgeber im Auftrag des Vorstands:

Dr. Paul Ciupke	Bildungswerk der Humanistischen Union NRW, Essen
Ulrike Steimann	Karl-Arnold-Stiftung, Köln

Vom Vorstand als Mitglieder des Redaktionsbeirats berufen:

Gertrud Gandenberger	Internationales Forum Burg Liebenzell, Bad Liebenzell
Dr. Meron Mendel	Bildungsstätte Anne Frank, Frankfurt am Main
Wolfgang Pauls	Bildungsstätte Kinder- und Jugendzentrum Bahnhof Göhrde, Nahrendorf
Dr. Melanie Piepenschneider	Konrad-Adenauer-Stiftung, Wesseling
Dr. Beate Rosenzweig	Studienhaus Wiesneck, Institut für politische Bildung Baden-Württemberg, Buchenbach
Ina Bielenberg	AdB-Geschäftsstelle

Redaktion:

Dr. Friedrun Erben	AdB-Geschäftsstelle

Mitglieder der Fachkommissionen

Kommission Jugendbildung

Vorsitzender:	Ulrich Ballhausen, Weimar-Jena-Akademie, Weimar
Stellv. Vorsitzende:	Carola Brindöpke, Haus Neuland, Bielefeld

Mitglieder:

Larissa Bothe	Anne Frank Zentrum, Berlin
Alexander Darànyi	Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland, Papenburg
Bettina Dettendorfer	Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein, Werneuchen
Navina Engelage	Gesamteuropäisches Studienwerk, Vlotho
Ines Gerke-Weipert	Akademie Biggesee, Attendorn
Lisa Hempel	Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus
Martin Klähn	Politische Memoriale, Schwerin
Anja Krückels	ijgd-Landesgeschäftsstelle Nord, Hildesheim
Andreas Luckey	Stätte der Begegnung, Vlotho
Wolfgang Pauls	Bildungsstätte Kinder- und Jugendzentrum Bahnhof Göhrde, Nahrendorf
Finn Sörje	Stiftung wannseeFORUM, Berlin
Petra Tabakovic	Internationaler Bund (IB), Frankfurt am Main
Stefanie Wolniewicz	Jugendbildungszentrum Blossin, Heidesee

Kommission Mädchen- und Frauenbildung

Vorsitzende:	Birgit Weidemann, HochDrei – Bilden und Begegnen in Brandenburg, Potsdam

Mitglieder:

Stephanie Böhm	Akademie Frankenwarte, Gesellschaft für Politische Bildung, Würzburg
Sabine Cimbollek	ijgd-Landesgeschäftsstelle Nord, Hildesheim
Ursula Grzeschke	Bildungsstätte Bredbeck, Heimvolkshochschule des Landkreises Osterholz, Osterholz-Scharmbeck
Anette Klasing	Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus
Christine Reich	Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein, Werneuchen
Edda Smidt	Europahaus Aurich, Deutsch-Niederländische Heimvolkshochschule, Aurich
Birgit Uhing	aktuelles forum, Gelsenkirchen

Kommission Erwachsenenbildung

Vorsitzender:	Prof. Dr. Christoph Meyer, Herbert-Wehner-Bildungswerk, Dresden
Stellv. Vorsitzende:	Gila Zirfas-Krauel, Evangelischer Verband Kirche – Wirtschaft – Arbeitswelt, Hannover

Mitglieder:

Nadja Bilstein	Haus Neuland, Bielefeld
Albert Fußmann	Institut für Jugendarbeit, Gauting
Dr. Ben Grewing	dbb akademie, Bonn
Rasmus Grobe	Bewegungsakademie, Verden
Klaus Hamann	Franken-Akademie Schloß Schney, Lichtenfels
Karl Heinz Keil	Hanns-Seidel-Stiftung, München
Oliver Krauß	Karl-Arnold-Stiftung, Köln
Harald Meves	Stätte der Begegnung, Vlotho
Nina Pauseback	Jakob-Kaiser-Stiftung, Königswinter
Prof. Dr. Matthias Pfüller	Politische Memoriale, Schwerin
Dr. Robert Schmidt	Akademie Biggesee, Attendorn
Uta Schumann	Internationaler Bund West, Köln

Kommission für Europäische und Internationale Bildungsarbeit

Vorsitzender:	Tim Scholz, Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein, Werneuchen
Stellv. Vorsitzende:	Gabriele Wiemeyer, Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen, Europ. Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen

Mitglieder:

Kirsten Dallmann	Bildungsstätte Bredbeck, Heimvolkshochschule des Landkreises Osterholz, Osterholz-Scharmbeck
Horst Dreimann	Internationaler Bund, Frankfurt am Main
Gertrud Gandenberger	Internationales Forum Burg Liebenzell, Bad Liebenzell
Dr. Barbara Hopmann	Karl-Arnold-Stiftung, Köln
Martin Kaiser	Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen, Europäisches Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen
Alice Lechleitner	Salvador-Allende-Haus, Oer-Erkenschwick
Anne-Laure Leroy	Jugendbildungszentrum Blossin, Heidesee
Nora Ludl	Internationales Haus Sonnenberg – Sonnenberg-Kreis, St. Andreasberg
Homaira Mansury	Akademie Frankenwarte, Gesellschaft für Politische Bildung, Würzburg
Bernd Neufurth	Akademie Biggesee, Attendorn
Pirjo Niskanen	Europahaus Aurich, Deutsch-Niederländische Heimvolkshochschule, Aurich
Beata Rauch	Schloß Trebnitz, Bildungs- und Begegnungszentrum, Müncheberg
Magdalena Sankowska	Brücke/Most-Stiftung, Dresden
Margarethe Schiolko	Auslandsgesellschaft NRW, Dortmund
Dajena Schlöffel	Stiftung Begegnungsstätte Gollwitz, Brandenburg
Gerhart Schöll	Arbeitskreis Entwicklungspolitik, Vlotho
Anselm Maria Sellen	Europa-Haus Marienberg, Bad Marienberg
Patrick Siegele	Anne Frank Zentrum, Berlin
Norbert Tillmann	aktuelles forum, Gelsenkirchen
Dr. Zbigniew Wilkiewicz	Gesamteuropäisches Studienwerk, Vlotho
Eric Wrasse	Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar

Kommission Verwaltung und Finanzen

Vorsitzender:	Bernd Vaupel, LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho
Stellv. Vorsitzende:	Ina Nottebohm, Haus Neuland, Bielefeld

Mitglieder:

Birgit Ackermeier	Gesamteuropäisches Studienwerk, Vlotho
Gudrun Afken	Bildungsstätte der WiSoAk Bremen, Bad Zwischenahn
Frank Bobran	Bildungsstätte Bredbeck, Heimvolkshochschule des Landkreises Osterholz, Osterholz-Scharmbeck
Sylva Büter	Anne Frank Zentrum, Berlin
Udo Dittmann	Akademie Biggesee, Attendorn
Prof. Dr. Ulrich Eith	Studienhaus Wiesneck, Buchenbach
Anita Essing	Willi-Eichler-Bildungswerk, Köln
Sven Fischer	Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg, Berlin
Burkhard Franke	HochDrei – Bilden und Begegnen in Brandenburg, Potsdam
Dr. Niels Haberlandt	Stiftung Begegnungsstätte Gollwitz, Brandenburg
Tobias Kley	Brücke/Most-Stiftung, Dresden
Eckhard Kohle	Auslandsgesellschaft Nordrhein-Westfalen, Dortmund
Michael Lehmann	Jugendbildungszentrum Blossin, Heidesee
Karsten Lucke	Europa-Haus Marienberg, Bad Marienberg
Darius Müller	Schloß Trebnitz, Bildungs- und Begegnungszentrum, Müncheberg
Beenhard Oldigs	Europahaus Aurich, Deutsch-Niederländische Heimvolkshochschule, Aurich
Dr. Hauke Petersen	Gustav-Heinemann-Bildungsstätte, Bad Malente
Karin Pritzel	Herbert-Wehner-Bildungswerk, Dresden
Ina Roßmeisl	Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar
Reiner Schindler	Stätte der Begegnung, Vlotho
Sonja Schweizer	Bildungswerk Stenden, Düsseldorf
Karl-Heinz Spiegel	Akademie Frankenwarte, Gesellschaft für Politische Bildung, Würzburg
Marianne Stietenroth	Ländliche Heimvolkshochschule Mariaspring, Bovenden
Dr. Philipp-Christian Wachs	Gesellschaft für Politik und Wirtschaft – Haus Rissen Hamburg
Horst Weiher	Internationales Haus Sonnenberg – Sonnenberg-Kreis, St. Andreasberg

Jugendbildungsreferentinnen und -referenten im Programm „Politische Jugendbildung“ im AdB im Rahmen des KJP

Projektgruppe „Globalisierung und Medienkommunikation“

Verena Falterbaum	aktuelles forum, Gelsenkirchen
Frank Hofmann	Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein, Werneuchen
Christian Kirschner	Bildungsstätte Alte Schule Anspach basa, Neu-Anspach
Sebastian Kretzschmar	Bildungswerk BLITZ, Jugendbildungsstätte Hütten, Krölpa
Annette Ullrich	Stiftung wannseeFORUM, Berlin
Henning Wötzel-Herber	ABC Bildungs- und Tagungszentrum, Drochtersen-Hüll

Projektgruppe „Partizipation und Demokratie in und mit der Schule“

Iwona Domachowska	Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen, Europäisches Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen
Annemarie Hühne	Anne Frank Zentrum, Berlin
Mechtild Möller	Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland, Papenburg
Annika Siefken	Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus

Projektgruppe „Aufwachsen in der Einwanderungsgesellschaft“

Kerem Atasever	Alte Feuerwache – Jugendbildungsstätte Kaubstraße, Berlin
Thomas Grimm	Gustav-Stresemann-Institut, Bonn
Christian-Friedrich Lohe	Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar
Jan Rakelmann	Stätte der Begegnung, Vlotho
Gina Schumm	Jugendkulturarbeit, Oldenburg
Katja Schütze	Bildungswerk der Humanistischen Union, Essen

Projektgruppe „Arbeitsweltbezogene politische Bildung“

Tanja Berger	HochDrei – Bilden und Begegnen in Brandenburg, Potsdam
Karsten Färber	Internationales Haus Sonnenberg – Sonnenberg-Kreis, St. Andreasberg
Miriam Grün	Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter
Manja Jakob	Gesellschaft für Politik und Wirtschaft, Haus Rissen Hamburg
Andreas Kleinert	Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg, Potsdam
Mari Nagaoka	Bildungsstätte Bredbeck, Heimvolkshochschule des Landkreises Osterholz, Osterholz-Scharmbeck
Sibylle Nau	Villa Fohrde Bildungs- und Kulturhaus, Havelsee
Edda Smidt	Europahaus Aurich, Deutsch-Niederländische Heimvolkshochschule, Aurich

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle

Ina Bielenberg	Geschäftsführerin
Boris Brokmeier	Referent für Jugendbildung, stellv. Geschäftsführer
Elke Buntrock	Sachbearbeiterin im Bereich der Geschäftsführung, bis 31.07.2015
Larissa Döring	Sachbearbeiterin in den Bereichen internationale Aufgaben, Kommissionsarbeit, Jugend- und Fortbildung
Dr. Friedrun Erben	Referentin für Kommunikation und Medien
Ivonne Meißner	Sachbearbeiterin im Referat für Kommunikation und Medien
Sabine Mertin	Referentin für Finanzen, Personal und Verwaltung
Silke Neumann	Sachbearbeiterin im Bereich der Geschäftsführung, seit 15.08.2015
Georg Pirker	Referent für internationale Aufgaben
Birgit Schörling	Sachbearbeiterin im Finanzreferat/Zentralstellenaufgaben
Sema Ünal	Sachbearbeiterin im Finanzreferat

Mitgliedschaften und Gremienarbeit

Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ)
Mitgliederversammlung und Vorstand, Vorsitzender des Fachausschusses Jugend, Bildung, Beruf: Boris Brokmeier

Arbeitskreis der Bildungsstätten und Akademien (HVHS) in NRW e. V. (@ba)
Ulrike Steimann

Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik
Ursula Grzeschke

Bundesausschuss Politische Bildung (bap)
Stellvertretende Vorsitzende im Vorstand: Ina Bielenberg
AG Grundsatzfragen: Dr. Paul Ciupke
AG Richtlinien: Ina Bielenberg

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Programmspezifische Arbeitsgruppe
Ina Bielenberg, Boris Brokmeier
Steuerungsrunde zur Evaluation des KJP-Programms „Politische Bildung“
Ina Bielenberg

Bundeszentrale für politische Bildung – Runder Tisch
Ina Bielenberg und direkt berufene Mitglieder aus dem AdB

DARE
Geschäftsführung und Mitglied: Georg Pirker

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE)
Mitgliederversammlung: Dr. Paul Ciupke

Deutsch-Polnischer Jugendrat
Birgit Weidemann (für bap)

Europäischer Verband für Erwachsenenbildung (EAEA)
Ina Bielenberg

Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V. (IJAB)
Ina Bielenberg

Forschung und Praxis im Dialog: Internationale Jugendarbeit (FPD)
Ulrich Ballhausen

Gemeinsame Initiative der Träger Politischer Jugendbildung (GEMINI)
Ina Bielenberg, Boris Brokmeier

Gesprächskreis politische Bildung der Berliner Landeszentrale für politische Bildung
Ina Bielenberg

Haus der Jugendarbeit und Jugendhilfe (HdJ)
Geschäftsführender Ausschuss und stellvertretende Vorsitzende des e. V.: Ina Bielenberg; Mitglied des e. V.: Sabine Mertin

Internationale Jugendbegegnungsstätte (IJBS) der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung
Vorsitzender des Beirats der IJBS: Ulrich Ballhausen

Netzwerk Europäische Bewegung
Georg Pirker

Praxisforum Rechtsextremismus
Ina Bielenberg

Rat der Weiterbildung – KAW
Ina Bielenberg

Stiftung Deutsche Jugendmarke
Mitgliederversammlung: Ina Bielenberg (für bap)

Strukturierter Dialog in Deutschland
Nationaler Beirat: Ina Bielenberg (für GEMINI)

VBLU-Mitgliederversammlung
Sabine Mertin

WOCHENSCHAU Verlag – Herausgeberkreis für die Publikationsreihe „Non-formale Bildung“
Ina Bielenberg

Mitgliedseinrichtungen des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V.

Baden-Württemberg

Internationales Forum Burg Liebenzell e. V.
Prof. h.c. Manfred Hübscher
Burg Liebenzell 1 A, 75378 Bad Liebenzell
Telefon: 07052-9245-0, Fax: 07052-9245-18
info@internationalesforum.de
www.internationalesforum.de

Landesakademie für Jugendbildung
Jugendbildungsstätte Johannes Kepler
Knut-Alexander Hirnschall
Malersbuckel 8–10, 71263 Weil der Stadt
Telefon: 07033-5269-0, Fax: 07033-5269-100
info@jugendbildung.org
www.jugendbildung.org

Studienhaus Wiesneck
Institut für politische Bildung Baden-Württemberg e. V.
Prof. Dr. Ulrich Eith
Wiesneckstr. 6, 79256 Buchenbach b. Freiburg
Telefon: 07661-9875-0, Fax: 07661-9875-99
wiesneck@wiesneck.de | www.wiesneck.de

Bayern

Akademie Frankenwarte
Gesellschaft für Politische Bildung e. V.
Karl-Heinz Spiegel
Leutfresserweg 81–83, 97082 Würzburg
Postfach 55 80, 97005 Würzburg
Telefon: 0931-80464-0, Fax: 0931-80464-77
info@frankenwarte.de
www.frankenwarte.de

Akademie für Politische Bildung Tutzing
Dr. Michael Schröder
Buchensee 1, 82327 Tutzing
Telefon: 08158-256-0, Fax: 08158-256-51
info@apb-tutzing.de
www.apb-tutzing.de

„Der Heiligenhof"
Stiftung Sudetendeutsches Sozial- und Bildungswerk
Ulrich Rümenapp
Alte Euerdorfer Str. 1, 97688 Bad Kissingen
Telefon: 0971-7147-0, Fax: 0971-7147-47
info@heiligenhof.de | www.heiligenhof.de

Europäische Akademie Bayern e. V.
Birgit Schmitz-Lenders
Hirtenstr. 16, 80335 München
Telefon: 089-549141-0, Fax: 089-549141-9
info@europaeische-akademie.de
www.europaeische-akademie.de

Franken-Akademie Schloß Schney e. V.
Susann Biedefeld
Schloßplatz 8, 96215 Lichtenfels
Telefon: 09571-9750-0, Fax: 09571-9750-25
info@franken-akademie.de
www.franken-akademie.de

Georg-von-Vollmar-Akademie e. V.
Tamara Wissing
Bildungsstätte Schloss Aspenstein,
Am Aspensteinbichl 9–11, 82431 Kochel am See
Telefon: 08851-78-0, Fax: 08851-78-23
info@vollmar-akademie.de
Verwaltungssitz:
Oberanger 38/1, 80331 München
Telefon: 089-595223, Fax: 089-5503849
www.vollmar-akademie.de

Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit e. V.
Victor Fischer (seit 02/2016 Robert Kampe)
Halbinselstraße 42, 88142 Wasserburg/Bodensee
Telefon: 08382-943362-0, Fax: 08382-943362-6
kontakt@guez-dokumente.org
www.guez-dokumente.org
Bildungsstätte: Deutsch-Französisches Zentrum
Halbinselstr. 74, 88142 Wasserburg/Bodensee

Hanns-Seidel-Stiftung e. V.
Dr. Franz Guber
Lazarettstr. 33, 80636 München
Telefon: 089-1258-0, Fax: 089-1258-338
info@hss.de
www.hss.de
Bildungszentrum Wildbad Kreuth der Hanns-Seidel-Stiftung
83708 Wildbad Kreuth
Telefon: 08029-170, Fax: 08029-1734
Bildungszentrum Kloster Banz der Hanns-Seidel-Stiftung
96231 Bad Staffelstein
Telefon: 09573-3370, Telefax: 09573-33733

Institut für Jugendarbeit
Albert Fußmann
Germeringer Str. 30, 82131 Gauting
Telefon: 089-893233-0, Fax: 089-893233-33
info@institutgauting.de
www.institutgauting.de

Kritische Akademie Inzell
Wilfried Heß
Salinenweg 45, 83334 Inzell/Obb.
Telefon: 08665-980-0, Fax: 08665-980-555
info@kritische-akademie.de
www.kritische-akademie.de

Max Mannheimer Studienzentrum
Internationales Jugendgästehaus Dachau
Pädagogischer Bereich
Nina Ritz
Roßwachtstr. 15, 85221 Dachau
Telefon: 08131-6177-0, Fax: 08131-6177-19
bildung@mmsz-dachau.de
www.jgh-dachau.de

Berlin

Alte Feuerwache e. V. – Jugendbildungsstätte Kaubstraße
Roland Wylezol
Kaubstr. 9–10, 10713 Berlin
Telefon: 030-8619359, Fax: 030-8616249
bildungsbereich@kaubstrasse.de
www.kaubstrasse.de

Anne Frank Zentrum e. V.
Patrick Siegele
Rosenthaler Str. 39, 10178 Berlin
Telefon: 030-2888656-00, Fax: 030-2888656-01
zentrum@annefrank.de
www.annefrank.de

Europäische Akademie Berlin e. V.
Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte
Bismarckallee 46/48, 14193 Berlin
Telefon: 030-895951-0, Fax: 030-895951-95
eab@eab-berlin.eu | www.eab-berlin.eu

OWEN e. V.
Mobile Akademie für Geschlechterdemokratie und Friedensförderung
Dr. Marina Grasse
c/o Metrogap, Lausitzer Str. 10, 10999 Berlin
Telefon: 030-280854-1, -6128878-5, Fax: 030-283225-2
mail@owen-berlin.de
www.owen-berlin.de
www.omnibus1325.de

Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg
Anne Lersch
Königstr. 36 B, 14109 Berlin
Telefon: 030-48481-0, Fax: 030-48481-120
info@sfbb.berlin-brandenburg.de
www.sfbb.berlin-brandenburg.de

Stiftung wannseeFORUM
Uta Denzin-von Broich-Oppert (seit 01/2016 Roman Fröhlich)
Hohenzollernstr. 14, 14109 Berlin
Telefon: 030-80680-0, Fax: 030-80680-88
wsf@wannseeforum.de
www.wannseeforum.de

Brandenburg

HochDrei e. V. – Bilden und Begegnen in Brandenburg
Birgit Weidemann
Büroadresse: Schulstr. 9, 14482 Potsdam
Telefon: 0331-5813-244, Fax: 0331-5813-223
info@hochdrei.org
www.hochdrei.org
Seminar- und Gästehaus Hochlland
Holzmarktstr. 12, 14467 Potsdam
Telefon: 0331-5813-244, Fax: 0331-5813-223
info@hochdrei.org
www.hochlland.de

Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e. V.
Haus der außerschulischen Jugendbildung
Christine Reich
Freienwalder Allee 8–10,
16356 Werneuchen OT Werftpfuhl
Telefon: 033398-8999-11, Fax: 033398-8999-13
info@kurt-loewenstein.de
www.kurt-loewenstein.de

Jugendbildungszentrum Blossin e. V.*)
Michael Lehmann
Waldweg 10, 15754 Heidesee OT Blossin
Telefon: 033767-75-0, Fax: 033767-75-100
info@blossin.de
www.blossin.de

Mostar Friedensprojekt e. V.
Eggert Hardten
Charlottenstr. 14, 14467 Potsdam
Telefon: 0331-201046-0, Fax: 0331-201046-2
mostarfp@yahoo.de

Schloß Trebnitz
Bildungs- und Begegnungszentrum e. V.
Darius Müller
Platz der Jugend 6, 15374 Müncheberg OT Trebnitz
Telefon: 033477-519-0, Fax: 033477-519-15
empfang@schloss-trebnitz.de
www.schloss-trebnitz.de

Stiftung Begegnungsstätte Gollwitz
Dr. Niels Haberlandt
Schlossallee 101, 14776 Brandenburg OT Gollwitz
Telefon: 03381-21386-0, Fax: 03381-21386-2
bildung@stiftunggollwitz.de
www.stiftunggollwitz.de

Villa Fohrde
Bildungs- und Kulturhaus e. V.
Daniel Wunderer
August-Bebel-Str. 42, 14798 Havelsee OT Fohrde
Telefon: 033834-50282, Fax: 033834-51879
info@villa-fohrde.de | www.villa-fohrde.de

Bremen

Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus gGmbH
Anne Dwertmann
Weg zum Krähenberg 33 A, 28201 Bremen
Telefon: 0421-69272-0, Fax: 0421-69272-16
lidice@lidicehaus.de
www.lidicehaus.de

Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen gGmbH
Geschäftsstelle: Bertha-von-Suttner-Str. 17, 28207 Bremen
Telefon: 0421-4499-5, Fax: 0421-4499-651
info@wisoak.de
www.wisoak.de
Bildungsstätte der Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen gGmbH
Gudrun Afken
Zum Rosenteich 26, 26160 Bad Zwischenahn
Telefon: 04403-924-0, Fax: 04403-58895
bildungsstaette@wisoak.de
www.bildungsstaette-badzwischenahn.de

Hamburg

dock europe e. V.
Petra Barz
Amandastr. 60, 20357 Hamburg
Telefon: 040-806092-22, Fax: 040-806092-15
office@dock-europe.net | www.dock-europe.net

HAUS RISSEN HAMBURG
Internationales Institut für Politik und Wirtschaft
Gesellschaft für Politik und Wirtschaft e. V.
Dr. Philipp-Christian Wachs
Rissener Landstr. 193, 22559 Hamburg
Telefon: 040-81907-0, Fax: 040-81907-59
mail@hausrissen.org
www.hausrissen.org

Hessen

Bildungsstätte Alte Schule Anspach basa e. V.
Bärbel Bimschas
Schulstr. 3, 61267 Neu-Anspach (Taunus)
Telefon: 06081-41772, Fax: 06081-960083
info@basa.de
www.basa.de

Bildungsstätte Anne Frank e. V.
Dr. Meron Mendel
Hansaallee 150, 60320 Frankfurt am Main
Telefon: 069-560002-0, Fax: 069-560002-50
info@bs-anne-frank.de
www.bs-anne-frank.de

BURG FÜRSTENECK
Akademie für berufliche und musisch-kulturelle Weiterbildung
Hartmut Piekatz
Am Schloßgarten 3, 36132 Eiterfeld
Telefon: 06672-9202-0, Fax: 06672-9202-30
bildung@burg-fuersteneck.de
www.burg-fuersteneck.de

Mecklenburg-Vorpommern

Akademie für Politik, Wirtschaft und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern e. V.
Joachim Bussiek
Mecklenburgstr. 59, 19053 Schwerin
Telefon: 0385-555709-0, Fax: 0385-555709-13
sekretariat@akademie-schwerin.de
www.akademie-schwerin.de

Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte Golm
Kinga Sikora
Dorfstr. 33, 17419 Kamminke
Telefon: 038376-290-0, Fax: 038376-290-68
info@jbs-golm.de
www.jbs-golm.de

Politische Memoriale e. V.
Prof. Dr. Matthias Pfüller
Severinstr. 6, 19053 Schwerin
Telefon: 0385-758731-1, Fax: 0385-758731-3
info@polmem-mv.de
www.polmem-mv.de

Soziale Bildung e. V.
Stefan Nadolny
Doberaner Str. 21, 18057 Rostock
Telefon: 0381-1273363, Fax: 0381-26054205
bildung@soziale-bildung.org
www.soziale-bildung.org

Niedersachsen

ABC Bildungs-und Tagungszentrum
Ina Meier
Bauernreihe 1, 21706 Drochtersen-Hüll
Telefon: 04775-529, Fax: 04775-695
abc@abc-huell.de
www.abc-huell.de

Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft e. V.
Hermann Kinzel
Adenauerring 23, 37115 Duderstadt
Telefon: 05527-9847-22, Fax: 05527-9847-77
asg-nord@asgpolbi.de
www.asgpolbi.de

Bewegungsakademie e. V.
Rasmus Grobe
Artilleriestr. 6, 27283 Verden
Telefon: 04231-9575-16, Fax: 04231-9574-00
info@bewegungsakademie.de
www.bewegungsakademie.de

Bildungshaus Zeppelin – Heimvolkshochschule Goslar e. V.
Heiko Eifling
Zeppelinstr. 7, 38640 Goslar
Telefon: 05321-3411-0, Fax: 05321-3411-50
info@bildungshaus-zeppelin.de
www.bildungshaus-zeppelin.de

Bildungsstätte Kinder- und Jugendzentrum Bahnhof Göhrde e. V.
Wolfgang Pauls
Breese 11, 21369 Nahrendorf OT Breese
Telefon: 05855-545, Fax: 05855-390
bahnhof-goehrde@t-online.de
www.bahnhof-goehrde.de

Die Freudenburg – Europäisches Seminar- und Tagungshaus*)
Thomas Hermenau
Amtsfreiheit 1 a, 27211 Bassum
Telefon: 04241-9311-0, Fax: 04241-9311-11
freudenburg@vhs-diepholz.de
www.freudenburg-bassum.de
Volkshochschule des Landkreises Diepholz
Nienburger Str. 5, 28857 Syke
Telefon: 04242-976-4075, Fax: 04242-976-4942
vhs@vhs-diepholz.de
www.vhs-diepholz.de

Europahaus Aurich
Deutsch-Niederländische Heimvolkshochschule e. V.
Beenhard Oldigs
von-Jhering-Str. 33, 26603 Aurich
Telefon: 04941-9527-0, Fax: 04941-9527-27
info@europahaus-aurich.de
www.europahaus-aurich.de

Evangelischer Verband Kirche – Wirtschaft – Arbeitswelt e. V.
Gila Zirfas-Krauel
Arnswaldstr. 6, 30159 Hannover
Telefon: 0511-473877-0, Fax: 0511-473877-18
info@kwa-ekd.de
www.kda-ekd.de

Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen e. V.
Europäisches Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen
Martin Kaiser
Klosterweg 4, 29549 Bad Bevensen
Telefon: 05821-955-0, Fax: 05821-955-299
info@gsi-bevensen.de
www.gsi-bevensen.org

Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland in Papenburg e. V.
Dr. Thomas Südbeck
Spillmannsweg 30, 26871 Papenburg
Telefon: 04961-9788-0, Fax: 04961-9788-44
info@hoeb.de
www.hoeb.de

Internationales Haus Sonnenberg
Sonnenberg-Kreis e. V.
Horst Weiher (seit 01/2016 Jens Steffen Minkus)
Clausthaler Str. 11, 37444 St. Andreasberg
Telefon: 05582-944-0, Fax: 05582-944-100
info@sonnenberg-international.de
www.sonnenberg-international.de

Jugendkulturarbeit e. V.
Jörg Kowollik
Schliefenstr. 9, 26123 Oldenburg
Telefon: 0441-3901075-0, Fax: 0441-3901075-7
info@jugendkulturarbeit.eu
www.jugendkulturarbeit.eu

Ländliche Heimvolkshochschule Mariaspring e. V.
Wolfgang Borchardt (seit 02/2016 Boris Brokmeier)
Rauschenwasser 78, 37120 Bovenden-Eddigehausen
Telefon: 05594-9506-0, Fax: 05594-9506-50
info@mariaspring.de
www.mariaspring.de

Ostheim e. V. – Jugendbildungsstätte und Tagungsheim
Ralph Ullrich Winkler
Parkstr. 14, 31812 Bad Pyrmont
Telefon: 05281-9361-0, Fax: 05281-9361-11
info@ostheim-pyrmont.de
www.ostheim-pyrmont.de

Politische Bildungsstätte Helmstedt e. V.
Heimvolkshochschule
Thomas Strelow
Am Bötschenberg 4, 38350 Helmstedt
Telefon: 05351-5851-0, Fax: 05351-5851-30
info@pbh-hvhs.de
www.pbh-hvhs.de

Stiftung Akademie Waldschlösschen
Dr. Rainer Marbach
37130 Reinhausen bei Göttingen
Telefon: 05592-9277-0, Fax: 05592-9277-77
info@waldschloesschen.org
www.waldschloesschen.org

Bildungsstätte Bredbeck
Heimvolkshochschule des Landkreises Osterholz
Frank Bobran
An der Wassermühle 30, 27711 Osterholz-Scharmbeck
Telefon: 04791-9618-0, Fax: 04791-961813
info@bredbeck.de
www.bredbeck.de

Nordrhein-Westfalen

Akademie Biggesee gGmbH
Udo Dittmann
Ewiger Str. 7–9, 57439 Attendorn
Telefon: 02722-709-0, Fax: 02722-709453
info@akademie-biggesee.de
www.akademie-biggesee.de

aktuelles forum e. V.
Ulrika Engler
Hohenstaufenallee 1, 45888 Gelsenkirchen
Telefon: 0209-15510-0, Fax: 0209-15510-29
info@aktuelles-forum.de
www.aktuelles-forum.de

Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (AZK)
Stiftung Christlich-Soziale Politik e. V.
Karsten Matthis
Johannes-Albers-Allee 3, 53639 Königswinter
Telefon: 02223-730, Fax: 02223-73111
info@azk.de
stiftungcsp@azk.de
www.azk.de

Arbeitskreis Entwicklungspolitik e. V.
Gerhart Schöll
c/o Südfeldstr. 4, 32602 Vlotho
Telefon: 05733-10307, Fax: 05733-961899
gerhart@stieber-schoell.de

Auslandsgesellschaft Nordrhein-Westfalen e. V.
Institut für politische Bildung
Eckhard Kohle (seit 01/2016 Jörn Janssen)
Steinstr. 48, 44147 Dortmund
Postfach 103334, 44033 Dortmund
Telefon: 0231-83800-15, Fax: 0231-83800-56
info@agnrw.de
www.auslandsgesellschaft.de

Bildungswerk der Humanistischen Union NRW e. V.
Dr. Paul Ciupke
Kronprinzenstr. 15, 45128 Essen
Telefon: 0201-227982 u. 228937, Fax: 0201-235505
buero@hu-bildungswerk.de
www.hu-bildungswerk.de

Bildungswerk Stenden
Neue Gesellschaft Niederrhein e. V.
Sonja Schweizer
Kavalleriestr. 16, 40213 Düsseldorf
Telefon: 0211-8628261-0, Fax: 0211-8628261-9
info@bildungswerk-stenden.de
www.bildungswerk-stenden.de

dbb akademie
Anke Weigend
Dreizehnmorgenweg 36, 53175 Bonn
Telefon: 0228-81931-0, Fax: 0228-81931-06
info@dbbakademie.de
www.dbbakademie.de
dbb akademie Berlin – Büro im dbb forum berlin
Friedrichstraße 169-170, 10117 Berlin
Telefon: 030-4081-6500, Fax: 030-4081-6510
dbb akademie Königswinter – Büro im dbb forum siebengebirge
An der Herrenwiese 14, 53639 Königswinter
Telefon: 0228-8193-135, Fax: 0228-8193-276

Europäische Akademie Nordrhein-Westfalen e. V.
Hanns Christhard Eichhorst
Weberstr. 118, 53113 Bonn
Telefon: 0228-949301-0, Fax: 0228-949301-29
info@eanrw.eu
www.eanrw.eu

Gesamteuropäisches Studienwerk e. V.
Dr. Theo Mechtenberg
Südfeldstr. 2–4, 32602 Vlotho
Telefon: 05733-9138-0, Fax: 05733-913847
info@gesw.de
www.gesw.de

Gustav-Stresemann-Institut e. V.
Dr. Ansgar Burghof
Langer Grabenweg 68, 53175 Bonn
Telefon: 0228-8107-0, Fax: 0228-8107-198
info@gsi-bonn.de | www.gsi-bonn.de

Haus Neuland e. V.
Ina Nottebohm
Senner Hellweg 493, 33689 Bielefeld
Telefon: 05205-9126-0, Fax: 05205-9126-20
info@haus-neuland.de
www.haus-neuland.de

IKAB-Bildungswerk e. V./IKAB e. V.
Institut für angewandte Kommunikationsforschung in der Außerschulischen Bildung
Dr. Hendrik Otten
Poppelsdorfer Allee 92, 53115 Bonn
Telefon: 0228-636460, Fax: 0228-694848
info@ikab.de
www.ikab.de

Informations- und Bildungszentrum Schloss Gimborn e. V.
René Kauffmann
Schloßstr. 10, 51709 Marienheide
Telefon: 02264-40433-0, Fax: 02264-3713
info@ibz-gimborn.de
www.ibz-gimborn.de

Internationales Bildungs- und Begegnungswerk gGmbH
Elke Wegener
Bornstr. 66, 44145 Dortmund
Telefon: 0231-952096-0, Fax: 0231-521233
info@ibb-d.de
www.ibb-d.de

Jakob-Kaiser-Stiftung e. V.
Nina Pauseback
Godesberger Str. 8, 53639 Königswinter
Telefon: 02223-706-10, Fax: 02223-706-20
mail@jakob-kaiser-stiftung.de
www.jakobkaiser.de

Jugendbildungsstätte Welper im Freizeitwerk Welper e. V.
Fatma Gögdagöz
Rathenaustr. 59 a, 45527 Hattingen
Telefon: 02324-9464-0, Fax: 02324-9464-94
info@freizeitwerk-welper.de
www.freizeitwerk-welper.de

Karl-Arnold-Stiftung e. V.
Ulrike Steimann
Eupener Str. 70, 50933 Köln
Telefon: 0221-669975-0, Fax: 0221-669975-612
info@karl-arnold-stiftung.de
www.karl-arnold-stiftung.de

LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho
Heidrun Kaiser
Oeynhausener Str. 1, 32602 Vlotho
Telefon: 05733-923-0, Fax: 05733-10564
info@lwl-bildungszentrum-jugendhof-vlotho.de
www.lwl-bildungszentrum-jugendhof-vlotho.de

Salvador-Allende-Haus
Sozialistisches Bildungszentrum Haard e. V.
Thomas Wette
Haardgrenzweg 77, 45739 Oer-Erkenschwick
Telefon: 02368-6906-0, Fax: 02368-6906-66
info@allende-haus.de
www.allende-haus.de

Stätte der Begegnung e. V.
Harald Meves
Oeynhausener Str. 5, 32602 Vlotho
Telefon: 05733-9129-0, Fax: 05733-9129-15
info@staette.de | www.staette.de

ver.di-Institut für Bildung, Medien und Kunst
Josef Peitz
Teutoburger-Wald-Str. 105, 32791 Lage-Hörste
Telefon: 05232-983-0, Fax: 05232-983-462
info.imk@verdi.de
www.imk.verdi.de

vogelsang ip gGmbH/Internationaler Platz
Stefan Wunsch
Kulturkino, 53937 Schleiden
Telefon: 02444-91579-0, Fax; 02444-91579-29
info@vogelsang-ip.de
www.vogelsang-ip.de

Waldritter e. V.
Dirk Springenberg
Bladenhorster Str. 94, 44575 Castrop-Rauxel
Telefon: 02305-90214-10, Fax: 02305-90214-20
info@waldritter.de
www.waldritter.org

Willi-Eichler-Bildungswerk
Martin Schilling
Rubensstr. 7–13, 50676 Köln
Telefon: 0221-20407-44, Fax: 0221-20407-92
kontakt@web-koeln.de
www.web-koeln.de

Rheinland-Pfalz

Europa-Haus Marienberg
Karsten Lucke
Europastr. 1, 56470 Bad Marienberg
Telefon: 02661-640-0, Fax: 02661-640-100
ehm@europa-haus-marienberg.de
www.europa-haus-marienberg.eu

Saarland

Europäische Akademie Otzenhausen gGmbH
Marco Wölflinger
Europahausstraße 35, 66620 Nonnweiler
Telefon: 068973-662-0, Fax: 06873-662-150
info@eao-otzenhausen.de
www.eao-otzenhausen.de

Sachsen

Brücke/Most-Stiftung
Tobias Kley
Reinhold-Becker-Str. 5, 01277 Dresden
Telefon: 0351-43314-0, Fax: 0351-43314-133
info@bmst.eu
www.bmst.eu

Herbert-Wehner-Bildungswerk e. V.
Karin Pritzel
Kamenzer Str. 12, 01099 Dresden
Telefon: 0351-804022-0, Fax: 0351-804022-2
info@wehnerwerk.de
www.wehnerwerk.de

HILLERSCHE VILLA e. V.
Frank Rischer
Klienebergerplatz 1, 02763 Zittau
Tagungshaus im Dreieck
Zittauer Str. 17, 02747 Großhennersdorf
Telefon: 035873-413-0, Fax: 035873-41319
info@hillerschevilla.de
www.hillerschevilla.de

Schleswig-Holstein

Gustav-Heinemann-Bildungsstätte
Gesellschaft für Politik und Bildung Schleswig-Holstein e. V.
Dr. Hauke Petersen
Schweizer Str. 58, 23714 Bad Malente
Telefon: 04523-88097-0, Fax: 04523-88097-28
info@heinemann-bildungsstaette.de
www.heinemann-bildungsstaette.de

Hermann-Ehlers-Stiftung e. V.
Hermann-Ehlers-Akademie gGmbH
Marcia Jankwitz
Niemannsweg 78, 24105 Kiel
Telefon: 0431-3892-0, Fax: 0431-3892-38
info@hermann-ehlers.de
www.hermann-ehlers.de

Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg
Karsten Biermann
24972 Steinbergkirche
Telefon: 04632-8480-0, Fax: 04632-8480-30
info@scheersberg.de
www.scheersberg.de

JugendAkademie Segeberg
Verein für Jugend- und Kulturarbeit im Kreis Segeberg e. V.
Martin Karolczak
Marienstr. 31, 23795 Bad Segeberg
Telefon: 04551-9591-0, Fax: 04551-9591-15
info@vjka.de
www.vjka.de

Thüringen

Bildungswerk BLITZ e. V.
Jugendbildungsstätte Hütten
Cornelia Möbius
Herschdorfer Str. 19, 07387 Krölpa OT Hütten
Telefon: 03647-414771, Fax: 03647-418936
huetten@bildungswerk-blitz.de
www.bildungswerk-blitz.de
Sitz des BLITZ e. V.
Zeitzgrund 6, 07646 Stadtroda
Telefon: 036428-517-0, -28, Fax: 036428-517-27
www.bildungswerk-blitz.de

Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar
Dr. Moritz Kilger
Jenaer Str. 2/4, 99425 Weimar
Telefon: 03643-827-0, Fax: 03643-827-111
kontakt@ejbweimar.de
www.ejbweimar.de

Weimar-Jena-Akademie
Verein für Bildung e. V.
Ulrich Ballhausen
Jakobstr. 10, 99423 Weimar
Telefon: 03643-495574, Fax: 03643-770637
info@weimar-jena-akademie.de
www.weimar-jena-akademie.de
Bildungsstätte im Wielandgut Ossmannstedt
Wielandstr. 16, 99510 Oßmannstedt
Telefon: 036462-92091-0, Fax: 036462-92091-2
bildungsstaette-wielandgut@gmx.de

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.

AWO Bundesakademie
Karin Kunert
Blücherstr. 62/63, 10961 Berlin
Telefon: 030-26309-139, Fax: 030-26309-32139
karin.kunert@awo.org
akademie@awo.org
www.awo-bundesakademie.org
Tagungszentrum Haus Humboldtstein
53424 Remagen-Rolandseck
Telefon: 02228-932-0, Fax: 02228-932-100

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Politische Akademie Bonn
Reinhard Weil
Hausanschrift: Godesberger Allee 149, 53175 Bonn
Postanschrift: 53170 Bonn
Telefon: 0228-883-7102, Fax: 0228-883-9223
ingrid.nordemann@fes.de
www.fes.de/pa
www.netzwerk-politische-bildung.de

Akademie für ArbeitnehmerWeiterbildung in NRW
Rebecca Demars
Hausanschrift: Godesberger Allee 149, 53175 Bonn
Postanschrift: 53170 Bonn
Telefon: 0228-883-7115, Fax: 0228-883-9210
arbeitnehmerweiterbildung@fes.de
fes-arbeitnehmerweiterbildung.de

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Büro Berlin-Brandenburg/Truman-Haus
Bereich Politische Bildung und Begabtenförderung
Karl-Marx-Str. 2, 14482 Potsdam
Telefon: 0331-7019-190, Fax: 0331-7019-280
www.freiheit.org

Theodor-Heuss-Akademie
Klaus Füßmann
Theodor-Heuss-Str. 26, 51645 Gummersbach
Telefon: 02261-3002-0, Fax: 02261-3002-21
klaus.fuessmann@freiheit.org
tha@freiheit.org
www.freiheit.org

Friedrich-Naumann-Stiftung
Büro Berlin-Brandenburg/Hauptstadtbüro
Reinhardtstr. 12, 10117 Berlin
Telefon: 030-2887784-2, Fax: 030-2887784-9
buero.berlin-brandenburg@freiheit.org
www.freiheit.org

Heinrich-Böll-Stiftung e. V.

Referat Zeitgeschichte und Demokratieentwicklung
Eike Botta-Venhorst
Schumannstr. 8, 10117 Berlin
Telefon: 030-28534-0, -235, Fax: 030-28534-109
botta@boell.de
info@boell.de
www.boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg
Werkstatt für politische Bildung e. V.
Inka Thunecke
Dortustr. 52, 14467 Potsdam
Telefon: 0331-200578-0, Fax: 0331-200578-20
thunecke@boell-brandenburg.de
organisation@boell-brandenburg.de
www.boell-brandenburg.de

Internationale Jugendgemeinschaftsdienste

ijgd-Bundesverein e. V.
Jürgen Wittmer

Adressen der ijgd-Vereine und -Geschäftsstellen:

ijgd-Bundesgeschäftsstelle
Zuständig für ijgd-Bundesverein e. V.
Kasernenstr. 48, 53111 Bonn
Telefon: 0228-22800-0, Fax: 0228-22800-29
ijgd@ijgd.de
www.ijgd.de

ijgd-Landesgeschäftsstelle Mitte-Süd
Zuständig für ijgd-Landesvereine Nordrhein-Westfalen e. V.
Rheinland-Pfalz/Saarland e. V. Baden-Württemberg e. V.
Hessen e. V. Süddeutschland e. V.
Kasernenstr. 48, 53111 Bonn
Telefon: 0228-22800-0, Fax: 0228-22800-29

ijgd-Landesgeschäftstelle Nord
Zuständig für ijgd-Landesvereine Niedersachsen e. V.
Hamburg/Schleswig-Holstein e. V.
Katharinenstr. 13, 31135 Hildesheim
Telefon: 05121-20661-30, Fax: 05121-20661-45

ijgd-Landesgeschäftsstelle Sachsen-Anhalt
Zuständig für ijgd-Landesverein Sachsen-Anhalt und Thüringen e. V.
Westendorf 26, 38820 Halberstadt
Telefon: 03941-5652-0, Fax: 03941-5652-52
ijgd.halberstadt@ijgd.de

ijgd-Landesgeschäftsstelle Berlin
Zuständig für ijgd-Landesvereine Berlin e. V. Sachsen e. V.
Glogauerstr. 21, 10999 Berlin
Telefon: 030-6120313-21, Fax: 030-6120313-38
pr.berlin@ijgd.de

ijgd-Geschäftsstelle Potsdam
Zuständig für ijgd-Landesverein Brandenburg e. V.
Lindenstr. 28/29, 14467 Potsdam
Telefon: 0331-293523, Fax: 0331-2804044

ijgd-Landesgeschäftsstelle Nord-Ost
Zuständig für ijgd-Landesverein Mecklenburg-Vorpommern
Am Schilde 4, 23966 Wismar
Telefon: 03841-226-773, Fax: 03841-226-941

Internationaler Bund (IB)

Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e. V.
Zentrale Geschäftsführung:
Ressort Produkte & Programme
Petra Tabakovic
Valentin-Senger-Str. 5, 60389 Frankfurt am Main
Telefon: 069-94545-184, Fax: 069-94545-280
petra.tabakovic@internationaler-bund.de
info@internationaler-bund.de
www.internationaler-bund.de

Internationaler Bund – Hauptstadtbüro
Hannoversche Str. 19 A, 10115 Berlin
Telefon: 030-214096-0, Fax: 030-214096-22
hauptstadtbuero-berlin@internationaler-bund.de

IB-Bildungszentrum Bernau (Brandenburg)
Fritz-Heckert-Str. 1, 16321 Bernau
Telefon: 03338-7045911, Fax: 03338-754948

IB-Internationale Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte Hadamar (Hessen)
Mönchberg 8, 65589 Hadamar
Telefon: 06433-93017-6, Fax: 06433-93017-7

Internationaler Bund West gGmbH/Familienbildungswerk
Uta Schumann
Pfälzischer Ring 100–102, 51063 Köln
Telefon: 0221-98095-13, Fax: 0221-98095-25
uta.schumann@internationaler-bund.de
ib-west-ggmbh@internationaler-bund.de

IB-Jugendwerkstatt Schwarzenbek (Schleswig-Holstein)
Allensteiner Str. 40, 21493 Schwarzenbek
Telefon: 04151-81418, Fax: 04151-891626

IB-Internationales Jugendgästehaus (Thüringen)
Am Herrenberge 3, 07745 Jena
Telefon: 03641-6872-30, Fax: 03641-6872-02
jugendgaestehaus.jena@internationaler-bund.de

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. – Bereich Politische Bildung

Abteilung Bildungswerke
Dr. Werner Blumenthal
Postanschrift: Rathausallee 12, 53757 St. Augustin
Besucheranschrift: Südstr. 2a-b, 53757 St. Augustin
Telefon: 02241-246-0, Fax: 02241-246-4403
werner.blumenthal@kas.de
zentrale@kas.de
www.kas.de

Bildungswerk Sachsen-Anhalt
Alexandra Mehnert
Franckestr. 1, 39104 Magdeburg
Telefon: 0391-520887101
kas-sachsen-anhalt@kas.de

Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit
Klingelhöferstr. 23, 10785 Berlin
Telefon: 030-26996-3370, Fax: 030-26996-3558
www.kas.de

Paritätisches Bildungswerk – Bundesverband e. V.

Uwe Weppler
Heinrich-Hoffmann-Str. 3, 60528 Frankfurt am Main
Telefon: 069-6706-271, Fax: 069-6706-203
weppler@pb-paritaet.de
bildungswerk@pb-paritaet.de
www.pb-paritaet.de

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V.
Akademie für politische Bildung
Silke Veth
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Telefon: 030-44310-163, Fax: 030-44310-222
veth@rosalux.de
info@rosalux.de
www.rosalux.de

---

*) Assoziierte Mitgliedseinrichtungen
Stand: 31. Dezember 2015

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB)
Mühlendamm 3, 10178 Berlin
Telefon: 030-400 401 00, Fax: 030-400 401 22
E-Mail: info@adb.de,
Internet: www.adb.de